



6. Sitzung

Donnerstag, 29. Mai 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	169	Fraktion der GAL:	
		Kein kultureller Dispens für Mord	
Fortsetzung der Tagesordnung	169		
Aktuelle Stunde	169	Bettina Machaczek CDU	177
Fraktion DIE LINKE:		Carola Veit SPD	178, 184
Europa soll eine soziale Union werden, getragen durch Volksentscheide!		Nebahat Güclü GAL	179
		Christiane Schneider DIE LINKE	180
Norbert Hackbusch DIE LINKE	169, 171, 175	Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin	181
Roland Heintze CDU	170, 171	Dr. Andreas Dressel SPD	182
Günter Frank SPD	171	Viviane Spethmann CDU	184, 185
Andreas Waldowsky GAL	172	Christiane Blömeke GAL	185
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	173	Kersten Artus DIE LINKE	186
Elisabeth Baum DIE LINKE	174	Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten	187
Britta Ernst SPD	175	Ergebnis	187
Farid Müller GAL	176		
Fraktion der CDU:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Jeder Mord wird konsequent verfolgt und bestraft		Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für Stadtentwicklung	
mit		– Drs 19/9 –	188

und		und	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Wahl von zehn ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kreditkommission		Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	
– Drs 19/14 –	188	– Drs 19/393 –	188
und		und	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg 2008		Wahl von zwei Mitgliedern für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes	
– Drs 19/44 (Neufassung) –	188	– Drs 19/394 –	188
und		und	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Wahl von neun Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung		Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes	
– Drs 19/45 –	188	– Drs 19/395 –	188
und		Ergebnis	188
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Senatsmitteilung:	
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) der Europäischen Union		Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 8. November 2007 – Vertiefung der Beziehungen zu Daressalam (Drucksache 18/7238)	
– Drs 19/46 –	188	– Drs 19/163 –	188
und		mit	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Senatsmitteilung:	
Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung		Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen St. Petersburg und Hamburg	
– Drs 19/47 –	188	– Drs 19/164 –	189
und		Roland Heintze CDU	189
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Rolf-Dieter Klooß SPD	191
Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrates der „Hamburger Stiftung Asien-Brücke“		Andreas Waldowsky GAL	192
– Drs 19/48 –	188	Norbert Hackbusch DIE LINKE	193

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin	194	Qualität der Pflege sichern: Flächendeckende Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten gut vorbereiten – Runder Tisch "Pflegestützpunkte" für die Vorbereitung erforderlich	
Kenntnisnahme	194	– Drs 19/93 –	216
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Dirk Kienscherf SPD	216
Auswirkungen der Videoüberwachung, insbesondere der Reeperbahn		Harald Krüger CDU	218
– Drs 19/102 (Neufassung) –	195	Christiane Blömeke GAL	219
Dr. Andreas Dressel SPD	195, 197	Kersten Artus DIE LINKE	220
Kai Voet van Vormizeele CDU	197, 197	Beschluss	221
Antje Möller GAL	198	Gemeinsame Beratung	
Christiane Schneider DIE LINKE	199	Bericht des Eingabenausschusses:	
Christoph Ahlhaus, Senator	200	Eingaben	
Andy Grote SPD	202	– Drs 19/142 –	221
Farid Müller GAL	203	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	204	Eingaben	
Kenntnisnahme	204	– Drs 19/233 –	221
Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Nacht der Jugend 2009		Eingaben	
– Drs 19/272 –	205	– Drs 19/234 –	221
Christiane Blömeke GAL	205	Beschlüsse	221
Stephan Müller CDU	206	Sammelübersicht	221
Carola Veit SPD	207	Beschlüsse	221
Mehmet Yildiz DIE LINKE	208		
Linda Heitmann GAL	208		
Beschluss	209		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Armuts- und Reichtumsbericht		Zukünftige Versorgung mit Postleistungen in Hamburg - Umwandlung von Postfilialen in Partneragenturen	
– Drs 19/178 –	209	– Drs 19/103 –	221
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	209	Kenntnisnahme ohne Besprechung	221
Egbert von Frankenberg CDU	212	Dringlicher Senatsantrag:	
Uwe Grund SPD	213	Neustrukturierung der Behörden 2008	
Martina Gregersen GAL	214	– Drs 19/379 –	221
Elisabeth Baum DIE LINKE	215		
Dirk Kienscherf SPD	216		
Beschluss	216		
Antrag der Fraktion der SPD:			

Beschlüsse [221](#)

Antrag der Fraktion der SPD:

**Erhalt des Hafendenkmals
Wassertreppe 51 in der Billwer-
der Bucht**

– Drs 19/256 – [222](#)

Beschluss [222](#)

Beginn: 15.04 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst einmal beginne ich mit Glückwünschen, wie schön. Sie richten sich an unsere Kollegin Frau Gienow. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar

von der Fraktion DIE LINKE

Europa soll eine soziale Union werden, getragen durch Volksentscheide!

von der CDU-Fraktion

Jeder Mord wird konsequent verfolgt und bestraft

von der SPD-Fraktion

Abpfeif für die Sportstadt Hamburg?!

und von der GAL-Fraktion

Kein kultureller Dispens für Mord

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Die Gesamtdauer der Aktuellen Stunde beträgt vereinbarungsgemäß – das steht sogar in der Geschäftsordnung – 75 Minuten.

Ich rufe nunmehr das erste Thema auf. Der Abgeordnete Hackbusch bekommt das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin gespannt, wie diese Legislatur insgesamt laufen wird. Der Anfang ist etwas holprig. Die Regierungsbank ist noch nicht richtig gut gefüllt, aber das wird hoffentlich – wie uns der Bürgermeister gesagt hat – ein bisschen besser werden.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – *Frank Schira CDU*: Keine Sorge!)

– Soweit dazu. Aufregung ist auch da, die Stimmung ist gut.

Wir sind bei einem wichtigen Thema. In der letzten Woche wurde im Bundesrat der Vertrag von Lissabon verabschiedet, eine sehr trockene Materie. Im Wesentlichen wird darin die Politik der Europäischen Gemeinschaft in den nächsten Jahren festgelegt. Die Debatte darüber ist – finde ich – in die-

ser Gesellschaft zu wenig geführt worden. Der Senat hat mit fast allen anderen Bundesländern diesem Vertrag zugestimmt.

(*Jens Kerstan GAL*: Mit einer Ausnahme!)

Für etwas Aufregung hat gesorgt, dass das Bundesland Berlin dem nicht zugestimmt hat.

(*Frank Schira CDU*: In der Tat!)

Ich möchte das ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum? Das wirkt ein bisschen, als ob die Linken nicht in der Lage wären regierungsfähig zu sein – hat, glaube ich, die Sozialdemokratie gesagt –

(Beifall bei der CDU und der GAL)

oder als wüssten wir gar nicht, was in der Politik geschieht. Dieses Werk hat über 500 Seiten. Ich vermute, die meisten in diesem Saal haben es nicht gelesen.

(*Frank Schira CDU*: Doch, Herr Heintze!)

Ich habe es auch noch nicht alles gelesen. Ich möchte Ihnen aber sagen: Der entscheidende Satz ist ein juristischer Satz. Der wirkt völlig harmlos. Das Entscheidende, was in diesem Vertrag von Lissabon festgelegt wird, ist, dass die Rechtsstaatlichkeit auf europäischer Ebene definiert wird, während das, was wir verlangen, die Sozialstaatlichkeit, auf dieser Ebene nicht festgelegt wird mit der Begründung, das werde schon auf nationaler und regionaler Ebene geregelt werden und sei dort auch geregelt. Das hört sich nach nichts Wichtigem an. Wir sagen, das ist eine politisch völlig falsche Weichenstellung. Sie besagt, dass das Soziale in Europa niedrig gesetzt wird und dass das, was wir an Erfahrungen mit sozialen Standards, die gesenkt werden, gemacht haben, in den nächsten Monaten und Jahren noch weiter festgelegt wird.

Ich will Ihnen ein konkretes Beispiel dafür nennen, was sich anhand von verschiedenen Gerichtsurteilen des Europäischen Gerichtshofs in den letzten Monaten festgesetzt hat. Eine Sache trifft Hamburg jetzt in dieser Zeit schon hart und brutal. Das ist die Frage dessen, dass nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, dem sogenannten Rüffert-Urteil, Vergabegesetze der Bundesländer in der Form, in der wir das gemacht haben, nicht mehr erlaubt sind. Das bedeutet für Hamburg – Frau Ahrons wird mich darin bestätigen – ein großes Problem für das gesamte Baugewerbe, weil wir dort in den letzten Jahren dadurch eine stabile Situation der Beschäftigten haben, weil durch das Vergabegesetz dort Hamburger Löhne bezahlt werden können. Das ist durch die europäische Gesetzgebung gefährdet. Hier ist die Qualität von Zehntausenden von Arbeitsplätzen gefährdet. Das ist eine Art und Weise, wie wir bisher auf regionaler Ebene wunderbar Politik machen konnten

(Norbert Hackbusch)

und wunderbar in der Lage waren, soziale Standards festzulegen. Das wird uns durch diese europäische Gesetzgebung gegenwärtig nicht mehr erlaubt.

Unser Vorschlag dazu ist, dass es die Möglichkeit gegeben hätte, über den Lissaboner Vertrag und über die Diskussion dieses Vertrags oder Zusätze dazu in der Lage zu sein, soziale Standards zu setzen und auf regionaler Ebene Politik für eine soziale Stadt zu machen. Wir stellen fest, dass uns dieses Instrument weggenommen worden ist. Ich betrachte es als eine Aufgabe von uns allen hier, sich dagegen zu wehren, damit das möglich ist. Und ich verlange das auch von allen, die nach mir reden. Das ist das eine.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich verlange das, weil Sie angetreten sind und gesagt haben, dass Sie soziale Standards in dieser Stadt sichern wollen. Diese sind in diesem Bereich hart bedroht. Die Handwerkskammer würde Ihnen das deutlich erzählen, wenn Sie dort einmal nachfragen würden, welche Bedrohungen existieren.

Das zweite entscheidende Moment, das wir haben, ist: Wir verlangen, dass solche wichtigen Gesetzesregelungen wie der Lissabon-Vertrag in Zukunft durch Volksbegehren abgestimmt werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Volksbegehren sind die einzige Möglichkeit, den europäischen Gedanken breit in der Öffentlichkeit zu diskutieren und nicht unter einem Expertenwissen und damit nicht verankert in der Bevölkerung laufen zu lassen, wie das beim Lissabon-Vertrag heutzutage der Fall ist. Dementsprechend möchte ich Sie darauf hinweisen, diesen Gedanken mit aufzunehmen. Gerade die Grünen sollten sich doch über so etwas freuen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ...

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: – Danke.

Das Wort bekommt der Abgeordnete Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Hackbusch, man hat gemerkt, dass Sie den Vertrag in der Tat noch nicht zu Ende gelesen haben, denn Ihnen sind einige wesentliche Punkte entgangen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Unter anderem ist Ihnen entgangen, dass durch diesen Vertrag die Subsidiarität gestärkt wird, die Parlamente im Vergleich zur Kommission gestärkt werden, Volkspetitionen ermöglicht werden und eine gemeinsame Außenpolitik der EU gestärkt wird. Darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen. Ich glaube, wenn man dieses Thema debattiert, ist es nachlässig, so vorzugehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich glaube aber auch, dass das einen Grund hat, warum Sie so vorgegangen sind. Mir ist aufgefallen, als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, dass Ihr Umgang mit der Europäischen Union ein extrem populistischer ist. Sie haben dort ein Feld entdeckt, wo Sie sagen: "Mensch, das verstehen die Menschen nicht so richtig, da lass uns einmal reinhauen. Da lass uns einmal Punkte herauspicken, da lass uns einmal draufgehen. Zeigen wir den etablierten Parteien einmal, was eine Härke ist." Dabei betreiben Sie ein Spiel, das für Hamburg extrem gefährlich ist. Sie haben übersehen, dass Hamburg als eine Hafenstadt und eine stark internationale Stadt auf die Europäische Union angewiesen ist. Sie haben übersehen, dass Hamburg auf verständnisvolle Partner angewiesen ist, die sagen, dass man an einem gemeinsamen Projekt arbeite und nicht an Einzelinteressen oder Populismuskampagnen, die uns auf die zukünftigen Europawahlkämpfe vorbereiten sollen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Binnenmarkt sichert Arbeitsplätze. Und wenn Sie davon sprechen, dass Zehntausende von Arbeitsplätzen durch eine kleine Regelung bedroht seien, dann übersehen Sie, dass in dieser Stadt Hunderttausende von Arbeitsplätzen durch die EU und die EU-Politik der letzten Jahre gesichert wurden. Diesem Konsens entziehen Sie sich hier und peinlicherweise die SPD in Berlin gleich mit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie torpedieren Zuverlässigkeit, die wichtig ist für unsere europäischen Partner und für einen Staat wie Deutschland, der in der EU groß ist und wo die Partner sehr intensiv schauen, was wir tun. Wenn Sie hier anfangen, Tür und Tor zu öffnen – zum Beispiel mit Ihren Volksbegehren, die Sie auf EU-Ebene auch noch verbindlich fordern –, dass nationale Völker gegeneinander ausgespielt werden, nur weil es der LINKEN gerade passt und man Volksbegehren auf den Weg bringen muss, dann ist das verantwortungslos und trägt sicherlich nicht zum Frieden in Europa bei.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Aber – und da wird Ihr Populismus besonders deutlich – Sie sagen, wir bräuchten jetzt ganz viele Volksbegehren auf EU-Ebene und das müsse man einmal alles machen. Nur haben wir in Berlin in

(Roland Heintze)

Tempelhof gerade gelernt: Wenn Ihnen die Ergebnisse nicht passen, dann sind die Volksbegehren bitte nicht zu respektieren und zu beachten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das haben Sie doch gar nicht geschafft!)

Sondern dann wird der Senat das schon richten. Wenn das Ihre Politik ist, ist das fadenscheinig.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind froh,

(Glocke)

dass Sie hier nicht in die Lage versetzt werden, ...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, kennen Sie diese Glocke?

Roland Heintze (fortfahrend): – Ja.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): – Fein. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hackbusch?

Roland Heintze (fortfahrend): – Ja.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Bitte, Herr Hackbusch.

Zwischenfrage von Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Heintze, ich möchte gerne wissen, ob Sie mit Ihrer Formulierung, wo so viele Arbeitsplätze entstanden sind, gesagt haben, dass Ihnen die Zehntausende Arbeitsplätze, die durch die Vergaberichtlinie gefährdet sind, nicht so bedeutend sind.

Roland Heintze (fortfahrend): – Nein, das habe ich nicht gesagt, weil ich diese Arbeitsplätze nicht gefährdet sehe. Ich sehe sie allerdings durch Ihre Politik gefährdet, wenn Sie sich dem EU-Konsens der Parteien hier in diesem Hause entziehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Populismus, den Sie hier an den Tag legen, ist schädlich für Hamburg. Wir als CDU werden uns dagegenstellen. Wir werden Ihr Spiel nicht mitspielen. Wir bekennen uns deutlich zu Lissabon. Lissabon bringt Vorteile für Hamburg. Und diese Politik werden wir fortsetzen, egal, was für Initiativen Sie hier starten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Frank.

(Hans-Detlef Roock CDU: Günter, gib' Gas!)

Günter Frank SPD: – Wie Sie das wieder sagen.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): – Darauf kommt es nicht an, Herr Frank. Sie haben das Wort.

Günter Frank (fortfahrend): – Danke.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, Sie können sicher sein, dass ich alles gelesen habe, was die LINKE zum Thema Europa von sich gegeben hat. Ich muss Ihnen aber sagen: Allerdings mit Schrecken. Das Thema ist viel ernster und grundsätzlicher, als dass man einfach einen Vertrag so ablehnen könnte, wie Sie das hier vorgetragen haben. Das Thema ist viel ernster und grundsätzlicher.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Herr Hackbusch, das vereinte und auch versöhnte Europa mit jetzt mehr als 450 Millionen Menschen war und ist die politisch-moralische Antwort auf die Verbrechen und Kriege in den letzten Jahrhunderten. Wer aber wie Sie und Ihre Partei den europäischen Reformvertrag – ich habe das gelesen, Sie haben das hier nicht immer ganz so deutlich gesagt, das ist bei Ihnen aber alles nachzulesen – als antisoziales, sogar kriegstreibendes und undemokratisches Machwerk verunglimpft, hetzt die Menschen gegen Europa auf und geht mit diesem Linksnationalismus auf einen ganz opportunistischen Stimmenfang. Und das machen Sie.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Das führt mich dazu, Ihnen auch zu sagen – auch wenn Sie das für sich anders sehen: In Wahrheit ist Ihre Partei eine europafeindliche. Das muss ich Ihnen an dieser Stelle sagen.

(Frank Schira CDU: Erzählen Sie das einmal dem Kollegen Wowereit!)

Der Vertrag von Lissabon schafft keine neue Europäische Union, aber sie bekommt mit diesem Vertrag ein neues Fundament. Der Reformvertrag – schauen Sie bitte hinein – bekennt sich zum Frieden, zur Solidarität, zur Nachhaltigkeit, zur Beseitigung von Armut, zu den Menschenrechten und so weiter. Europa wird mit diesem Vertrag eindeutig solidarischer, demokratischer und auch handlungsfähiger. Die Parlamente werden gestärkt, die Bürger erhalten mehr Rechte und eine rechtsverbindliche Charta mit Grundrechten. Deshalb haben wir Sozialdemokraten

(Frank Schira CDU: Auch in Berlin!)

und auch die anderen Parteien im Bundestag und im Bundesrat mit fester Überzeugung diesem Vertrag zugestimmt und bekräftigen das hier und heute auch in der Hamburgischen Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD – Frank Schira CDU: Und in Berlin?)

(Günter Frank)

Herr Heintze, wenn Sie von Zuverlässigkeit reden – Herr Schira ist gestern auch auf das Stimmverhalten der SPD eingegangen –, dann sage ich Ihnen einmal: Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag noch nicht einmal geschlossen für diesen Vertrag gestimmt. Der CDU/CSU-Abgeordnete Gauweiler geht mit Herrn Dehm von den LINKEN Hand in Hand zum Bundesverfassungsgericht. Das ist auch eine Realität Ihrer Partei.

(Frank Schira CDU: Der ist nicht in einer Landesregierung!)

Sorgen Sie im Übrigen einmal dafür, dass der amtierende Bundesratspräsident von Beust bei so bedeutenden Entscheidungen im Bundesrat auch anwesend ist. Fassen Sie sich einmal an Ihre eigene Nase, bevor Sie auf andere zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nicht weiter auf den erweiterten Sicherheitsbegriff eingehen. Wir haben hier nicht so viel Zeit, aber ich sage Ihnen dazu: Es ist völlig abstrus – ich sage es den Linken –, diesen europäischen Sicherheitsbegriff als militaristisch und kriegstreibend zu bezeichnen – welch eine bössartige Unterstellung und Diffamierung der europäischen Friedenspolitik. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

Zum Thema Volksabstimmung sage ich Ihnen Folgendes: Auch wir Sozialdemokraten hatten damals für eine gleichzeitige europaweite Volksabstimmung über den damaligen Verfassungsvertrag viel Sympathie. Das war aber nicht zu realisieren und die Verfassung ist darüber hinaus gescheitert, wie Sie wissen. DIE LINKE ist mit ihrer populistischen Forderung nach einer Volksabstimmung über den Reformvertrag jetzt völlig jenseits politischer Realitäten. Das kann man gar nicht mehr ernst nehmen. Der Vertrag wird im nächsten Jahr in Kraft treten und das ist gut für die Menschen in Europa.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Aspekt: Europa muss in der Tat eine soziale Union werden. Das sehen wir so wie Sie. Die soziale Dimension Europas muss gestärkt und entwickelt werden. Damit meinen wir Arbeitnehmerrechte, die Ausgestaltung der Marktwirtschaft als eine die Menschen schützende soziale Marktwirtschaft, Daseinsvorsorge, betriebliche Mitbestimmung, Mindestlohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Wenn konservative und neoliberale Kräfte ein soziales Europa behindern, dann werden sich die Menschen in Europa andere politische Mehrheiten suchen und suchen müssen. Im schlimmsten Fall werden sie sich von Europa abwenden. Nur ein soziales Europa wird die Zukunft Europas sichern können.

(Beifall bei der SPD und bei Horst Becker GAL)

Die politische ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss mich leider auch von Ihnen abwenden.

Günter Frank (fortfahrend): – Ja, ich komme zum Schluss.

Die politische Realität gibt den Sozialdemokraten die Möglichkeit, den Menschen in Europa zu zeigen, wer ein soziales Europa will und wer nicht. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ihnen, der Partei der LINKEN, ganz dankbar, dass wir einmal über Ihre europapolitischen Vorstellungen sprechen können. Sie fordern mehr direkte Demokratie im Zusammenhang mit Europa. Direkte Demokratie fordern wir Grünen auch, das ist nicht unser Problem. Aber hier wird doch ganz deutlich, dass Sie die direkte Demokratie und Volksentscheide nur fordern, um Ihre europapolitischen Vorstellungen und Ihre Ablehnung von Europa zu verbrämen. Worum geht es bei Ihren europapolitischen Vorstellungen? Da geht es darum, dass Sie im Prinzip die Europäische Union ablehnen. Da muss eine Europaabgeordnete von Ihnen auf den Parteitag gehen und muss eine Rede halten unter dem Motto "Wir bejahen die Europäische Union". Da wird also Ihren Parteitagsabgeordneten noch einmal von der Europaabgeordneten erzählt, dass Sie eigentlich doch für die Europäische Union seien. Aber daran kann man ganz erhebliche Zweifel haben, ob das wirklich so stimmt.

Wir von den Grünen finden Lissabon natürlich gut. Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Der Kollege Heintze und auch der Kollege Franke haben schon gesagt, wo der Vertrag auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung und zu einem geeinten Europa inhaltlich richtig und gut ist. Aber es ist leider erst einmal nur ein Schritt. Aber so funktioniert die Politik in Europa. Schritt für Schritt kommen wir voran, was man an den fast 50 Jahren Entwicklung nachvollziehen kann. Einiges bleibt noch offen. Natürlich wollen wir eine richtige Verfassung haben. Natürlich wollen wir, dass das Europaparlament ein Parlament mit allen Rechten ist, so wie auch der Bundestag oder die anderen Landesparlamente. Natürlich sind wir von den Grünen auch noch unzufrieden mit den sozialen Rechten, die dort festgeschrieben sind.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ach!)

(Andreas Waldowsky)

Wir wollen zum Beispiel auch soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards, die festgeschrieben werden. Wir wollen auch, dass Mindestregeln für Unternehmensbesteuerung festgeschrieben werden. Wir wollen zum Beispiel auch, dass das Einstimmigkeitsprinzip in der Sozialpolitik aufgehoben wird. All das wollen wir und dafür werden wir uns auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einsetzen – in der eigenen Partei und auch mit den Kollegen aus den anderen Parteien. So funktioniert Europa. So, wie Sie das angehen, dass Sie sagen, Sie wollten alles, und zwar jetzt und sofort, und wenn Sie nicht alles bekommen, stimmen Sie mit "Nein", so funktioniert Europa nicht. Europa funktioniert aus einem Kompromiss von 27 Staaten. Da geht es leider nur Schritt für Schritt voran.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es ist zutiefst unpolitisch, zu sagen, dass man dagegen stimmt, wenn man nicht das bekommt, was man will. Was mich bei Ihnen ebenfalls ziemlich entsetzt hat, ist, dass Sie sich an den Urteilen des EuGH, des Europäischen Gerichtshofs, abarbeiten. Der EuGH hat nichts mit dem Lissabon-Vertrag zu tun. In Europa ist die Rechtsprechung unabhängig. Es gibt auch in Europa Gewaltenteilung. Wenn der EuGH Recht spricht, das Ihnen und auch uns im Detail nicht gefällt, dann ist das okay. Aber das hat mit Lissabon nichts zu tun und deshalb kann man doch diesen europäischen Einigungsprozess nicht infrage stellen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Herr Frank hat es deutlich gemacht. Es ist ganz schön einsam um Sie geworden mit Ihren europäischen Vorstellungen. Sie haben in Deutschland noch Peter Gauweiler auf Ihrer Seite, einen alten Recken der CSU, so muss man das sehen.

(Heiterkeit bei der GAL, der CDU und der SPD)

In Europa – wenn wir auf das ganze Gebiet der Europäischen Union schauen – ist es nicht ganz so einsam um Sie. Da haben Sie noch LePenn von Front National in Frankreich bei sich. Sie haben noch Jörg Haider von der FPÖ bei sich.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Was ist das für eine Unverschämtheit? Was soll denn das?)

Das sind alles die Parteien und Politiker, die Lissabon ablehnen. Informieren Sie sich, schauen Sie sich das an. Das sind die rechtskatholischen Kreise in Polen um Lech Kaczyński und die flämischen Nationalisten. Da sind Sie in sehr illustrierender Gesellschaft.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Wir sind heilfroh, dass Sie im Moment keinen Einfluss auf die deutsche Außenpolitik nehmen können

(Zuruf von der CDU: Das soll auch so bleiben!)

und dass das ein ziemlich hilfloser Versuch war, den Sie in Berlin gestartet haben. Und das soll auch so bleiben. – Danke.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Präsident des Senats.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Hackbusch, wir kennen uns lange. Und ich glaube, dass das, was Sie gesagt haben, eigentlich nicht Ihrer inneren Überzeugung entspricht. Denn, dass Sie sich zum Wortführer derjenigen machen, die im linken und rechten trüben Gewässer von Europa gegnern fischen, ist eigentlich nicht Ihr Anstand und Ihre Art, Herr Hackbusch. Das passt nicht zu Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei Dr. Mathias Petersen SPD)

Wir haben eben gehört, wo noch die Gegner dieses Vertrages sitzen, und ich habe ein bisschen den Eindruck, ohne Ihnen zunahe treten zu wollen, dass mehr der populistische Wille bei denjenigen, die aus welchen Gründen auch immer – da gibt es teilweise sehr skurrile Gründe – gegen die Einigung Europas sind, auf Ihr Stimmverhalten wirkt. Das finde ich aber der Bedeutung dieses Themas absolut nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer die Einigung Europas verzögert oder verhindert, schadet den Interessen der Menschen in Deutschland, allen voran in Hamburg. Das steht für mich fest. Dieser Vertrag von Lissabon hat – man kann über einzelne Formulierungen streiten – eine Historie, eine Geschichte. Die Geschichte ist die, dass in einigen Ländern die europäische Verfassung gescheitert ist. Da kann man sagen: gut oder schlecht, wie auch immer. Aber die Europäische Verfassung, die in wesentlichen Elementen in diesem Vertrag enthalten ist, hat zum ersten Mal – und das finde ich gut und wichtig für Europa – moralische, wertbezogene inhaltliche Elemente, die wir brauchen, um Europa weiter zusammenzuführen. Wir brauchen Moral und Werte. Und das wollen Sie mit Ihrem Beitrag verhindern. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ganz konkret mahnen Sie an, dass in diesem Vertrag von Lissabon die soziale Dimension zu kurz

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

käme. Natürlich kommt einiges wie immer zu kurz. Aber zum ersten Mal sind in diesem Vertrag in Artikel 2 Absatz 3 soziale Komponenten in das europäische Vertragswerk aufgenommen worden. Ich zitiere einmal:

"Die Union ... wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz ..."

Noch einmal:

"Sie bekämpft ... Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz ..."

Das ist genau der richtige Schritt, den wir in Europa brauchen. Und das steht doch drin, Herr Hackbusch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich sage Ihnen: Auch aus Hamburger Interessen brauchen wir es. Natürlich gibt es Schwierigkeiten – da haben Sie recht – bei den Punkten, die Sie angesprochen haben, mit Handwerk, auch mit den Fragen der Besoldung und dem Verdienst der Hafenarbeiter. Darüber wird auch gerungen und gesprochen. Wir haben alle über Port Package II und diese Dinge diskutiert. Da ist auch viel verhindert worden, was uns in der Tat geschadet hätte. Aber es ist verhindert worden.

Ich komme gerade von einem Kongress der europäischen Vereinigung der Port Authorities, der Hafenverwaltungen. Auf diesem Kongress, der im Atlantic-Hotel tagt, wurde von den europäischen Hafenverwaltungen zum Beispiel gesagt, wir müssen als Europäer zusammenstehen, weil der Wettbewerb, der von Konkurrenzhäfen in Asien, in arabischen Ländern bis hin zu Russland ausgeht, groß ist, und es daher wichtig ist, dass wir als Hafenverwaltungen für gemeinsame verlässliche Standards sorgen, auch für soziale und ökologische Standards, und nicht als einzelne Häfen und Nationen in einen ruinösen Wettbewerb kommen, der uns Ökologie und soziale Standards vergessen lassen muss. Das wollen wir nicht, wir wollen hier eine europäische Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist wichtig für Hamburg, für Deutschland und für eine Wertebezogenheit der Europäischen Union. Natürlich sind nicht alle Träume wahr geworden, es gibt Dinge, die ich mir auch gewünscht hät-

te. Es gibt Dinge, bei denen man sich fragen muss, wie weit dieser Einigungsprozess geht, wenn zum Beispiel auf den Gebieten Inneres und Recht viele Dinge auf europäischer Ebene gehen, aber teilweise in einem schwierigen Verhältnis zu unserem Grundgesetz zu werten sind, das aufgrund unserer historischen Erfahrungen in Deutschland besondere Formen der Bürgerrechte und der Rechte der Menschen gegen den Staat hat. Auch darüber muss diskutiert werden, gar keine Frage. Das ist ein Prozess, den man gemeinsam begleiten und gestalten und nicht aufhalten sollte; das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Abgeordneten! Das ist unser Weg, wurde eben gesagt. Unser Weg wäre aber auch gewesen, demokratisch über diesen Vertrag abstimmen zu können,

(Beifall bei der LINKEN)

denn die meisten Menschen, die von diesen bevorstehenden einschneidenden Veränderungen betroffen wären, hätten gerne mitbestimmt. Diese Veränderungen betreffen unter anderem die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Kostendämpfung bei den Renten, die Verlängerung der Arbeitszeiten und auch den Abbau des Kündigungsschutzes. Wir befürchten eine Verschärfung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, die ihre ersten Schritte der Umsetzung in den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 gefunden hat.

Zur weiteren Umsetzung der Lissabon-Strategie haben die Arbeits- und Sozialminister im Dezember 2007 Grundsätze unter anderem für das Flexicurity-Konzept beschlossen und darunter versteht der Bundesrat eine Politik, die auf Ausgleich zwischen Flexibilisierung und Sicherheit gerichtet ist. Dabei geht es nicht um den Schutz des einzelnen Arbeitsplatzes. Wir befürchten, dass durch die konsequente weitere Umsetzung der Lissabon-Strategie mit allen Bestandteilen, also mit Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarkts, eine weitere Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse vorangetrieben wird und trotz Arbeit die Armut vorangetrieben wird. Auch das hat mit Moral nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss endlich aufhören, dass Menschen durch Arbeit arm sind und am Monatsende nicht mehr wissen, wie sie ihre Sachen bezahlen sollen.

(Jens Kerstan GAL: Was hat das mit Europa zu tun?)

(Elisabeth Baum)

Davon ist der Großteil der europäischen Bevölkerung betroffen.

Aus diesem Grund ist auch die Besorgnis der europäischen Gewerkschaften verständlich und die sehen erheblichen Handlungsbedarf. Es muss sichergestellt werden, dass Grundrechte Vorrang vor freiem Kapital und Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit und Freizügigkeit haben. Nationalstaatliche Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen dürfen nicht weiter den Bedürfnissen des Binnenmarkts untergeordnet werden. Die jüngsten EuGH-Urteile haben gezeigt, dass es in eine andere Richtung geht.

Wir lehnen nicht Europa ab, wir lehnen die Art und Weise, wie mit diesem Reformvertrag umgegangen wird, ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Diese Debatte zeigt, dass die Partei DIE LINKE vielleicht nicht völlig politikunfähig ist, aber was die Europapolitik angeht, wird Ihnen niemand in diesem Hause bescheinigen, dass Sie irgendetwas einbringen, das uns voranbringen könnte; darüber besteht hier eine große Einigkeit.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Im Gegenteil!)

Ich frage mich, warum Sie eigentlich dieses Thema mit diesem merkwürdigen Titel zur Aktuellen Stunde angemeldet haben. Faktisch ist Ihre Position doch, man hätte diesem Vertrag nicht zustimmen sollen – das haben Sie auch gesagt – und Sie verbinden das Ganze mit dem Instrument der Volksabstimmung, die Sie als Mindestbedingung anführen. Die reale Alternative war, diesem Vertrag zuzustimmen und deshalb zur realen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Europa zu kommen oder diesem Vertrag nicht zuzustimmen und auf dem Niveau des Vertrags von Nizza zu bleiben. Es gibt eigentlich niemanden, der in dieser Debatte ernsthaft eine Rolle spielt, der nicht sieht, welche konkreten Verbesserungen dieser Vertrag von Lissabon bringt und deshalb war die Zustimmung richtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihre Beiträge zeigen auch einen grundsätzlichen europapolitischen Dissens. Für uns ist der Einigungsprozess der Europäischen Union notwendig, um die Menschen in Europa vor den Folgen der Globalisierung zu schützen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland sind doch mit Billigkonkurrenz aus dem Ausland konfrontiert und wir schaffen das nicht, wenn wir uns darauf beschränken, eine Sozialgesetzgebung zu haben, die an den Grenzen endet. Das ist der wahre Grund,

warum wir um eine Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung ringen, die wir dringend brauchen, um zu einem einheitlichen Schutz und zu einheitlichen Standards in Europa zu kommen, und dazu hat dieser Vertrag einen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es schlimm, dass Sie die Instrumente diffamieren, die Schutz bieten sollten und damit Populisten recht geben, die das Thema Europa benutzen, um Menschen weiter zu verunsichern; das finde ich falsch.

Generell ist diese Aktuelle Stunde keine Bekehrungsveranstaltung von Unbelehrbaren in dieser Frage. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir noch das zweite Thema diskutieren könnten. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Hackbusch.

(Olaf Ohlsen CDU: Oh Mann!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele dieser Äußerungen, die eben in der Debatte uns und mir gegenüber gemacht worden sind, sind unverschämte.

(Beifall bei der LINKEN – Karl-Heinz Warnholz CDU: Überhaupt nicht!)

Ich finde es unverschämte zu sagen, wir würden uns nicht für Moral und Werte einsetzen, denn jeder, der unsere Art und Weise kennt, wie wir als Partei oder als Personen Politik gemacht haben, sieht doch, dass wir diejenigen sind, die sich am Stärksten gerade für diejenigen in dieser Gesellschaft eingesetzt haben, die eigentlich kaum Rechte haben. Wir haben dafür gekämpft, dass diese Menschen auch Rechte bekommen. Das ist zumindest meine Tradition und das weiß Herr von Beust sehr genau.

Zweitens sind wir nicht diejenigen, die im Zusammenhang mit der sozialen Frage Europa verunsichern. Verunsichern tun – da können Sie viele Menschen in dieser Stadt fragen – diejenigen, die soziale Standards senken. Ich habe das Beispiel der Vergaberichtlinien genannt. Es hat übrigens niemand geschafft, darauf einzugehen, weil es die Art und Weise festlegt, wie die verfassungsrechtliche Debatte zu Europa gegenwärtig stattfindet. Dementsprechend sind die Urteile des Gerichtshofs und deshalb ist die Vertragssicherung auf regionaler Ebene gefährdet.

Für das Baugewerbe in Hamburg ist es ein großes Problem, was da auf uns zukommt, und das ist die soziale Verunsicherung. Für die Hochbahner in Hamburg gehen die Diskussion und die Auseinandersetzung seit Jahren darum, dass die öffentliche

(Norbert Hackbusch)

Ausschreibung europaweit eine Bedrohung ihres sozialen Standards bedeutet und diesen Streit bringt nicht die LINKE ein, der ist in dieser Stadt. Für die Hafenarbeiter gibt es diese Auseinandersetzung im Zusammenhang mit Port Package schon monate- und jahrelang. Für alle Menschen, die etwas mit Dienstleistungen in dieser Stadt zu tun haben, gibt es die Auseinandersetzung, dass die sozialen Standards gesenkt werden. Es muss eine entscheidende Frage von Europa sein, soziale Standards nicht zu schwächen, sondern zu stärken.

(Beifall bei der LINKEN – *Olaf Ohlsen CDU*: Hör auf!)

Frau Ernst, natürlich ist dieser Vertrag besser als dasjenige, was vor 50 Jahren vereinbart worden ist oder in Nizza. Natürlich ist das besser, es steht aber nicht für das, was wir gegenwärtig in diesem Staat und in Europa brauchen und vor allen Dingen nicht für das, was wir sozial brauchen; das ist der Streit bei diesem Punkt.

Zum Schluss: Es ist unverschämt, uns in irgendeiner Weise – gerade uns – in Verbindung mit Nazis und Faschisten zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN – *Frank Schira CDU*: Das hat bisher keiner gemacht!)

Diese Art und Weise kann ich wirklich nicht akzeptieren und mit der verunglimpfen Sie alles, was an Kritik vorgebracht wurde. Wir haben hier keine allgemeinen Sachen gebracht wie Herr Frank, sondern mein Beitrag war konkret auf Hamburger Beispiele bezogen. Hamburger Positionen müssen hier verteidigt werden und das wäre eine Aufgabe des gesamten Parlaments.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Farid Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, der Eindruck, der hier entstanden ist, ist der, dass Sie innenpolitische oder auch Hamburger Probleme missbrauchen und instrumentalisieren wollen, um die Europaidee zu torpedieren. Aus dem gleichen Grund sind die Volksentscheide über die Verfassung in Frankreich und den Niederlanden übrigens gescheitert, weil dort für innenpolitische Probleme Europa als Sündenbock erhalten musste. Deswegen haben wir die Entwicklung, dass jetzt ein neuer Vertrag, der nicht mehr Verfassung heißt, zustande gekommen ist.

Wir Grünen waren immer dafür, über so eine Verfassung abzustimmen, aber wir wollen keine nationalen Volksentscheide über ein Europathema. Wir haben damals gesagt, als die Debatte in Deutschland lief, wenn, dann darf es ein europaweites Re-

ferendum geben, gegen das dann Frankreich oder Deutschland, die Niederlande oder Luxemburg auch kein Veto einlegen, sondern dann geht es darum, ob das europäische Volk in der Mehrheit dafür ist; das wäre wirklich europapolitisches Denken.

Sie haben uns heute nicht gesagt, wie Sie sich so einen Volksentscheid überhaupt vorstellen, aber nach Ihrer heutigen Rede zu urteilen wäre es natürlich ein nationaler Volksentscheid gewesen, in dem Sie das soziale Thema, das ohne Frage in Europa und auch in Hamburg wichtig ist, dazu missbrauchen, Europa zu diskreditieren und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn wir über Volksentscheide reden, dann frage ich mich, wo denn Ihre Initiativen zur Grundgesetzänderung sind. Wir haben vor Jahren gemeinsam einen Antrag in den Bundestag eingebracht, von Ihnen habe ich derzeit überhaupt noch nichts gehört. Wenn man sich hier hinstellt und solche Dinge anmeldet, dann muss man irgendwann einmal in dieser Frage aktiv sein, sonst ist das nicht glaubwürdig. Ich glaube, dass Ihre Mitglieder in der Fraktion – wie ich Herrn Bischoff kenne, da er auch Mitglied im Bündnis zur Rettung des Volksentscheids ist – an sich ganz klare Befürworter der direkten Demokratie sind. Man fragt sich nur, warum Sie diesen populistischen Hebel jetzt anlegen, um Europa mit der sozialen Frage in so ein Bündel zu bringen, dass die Leute verängstigt sind und deswegen, weil es hier soziale Probleme gibt, Europa ablehnen. Wie ernst meinen Sie es mit der direkten Demokratie? Ich habe eher das Gefühl, dass Sie dazu ein sehr taktisches Verhältnis haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieses Gefühl ist auch nicht so einfach gekommen, sondern, das wurde hier schon angesprochen, es gab in Berlin ein Volksbegehren – das haben wir alle gehört, das ging national durch die Medien – und Ihr Senat hat gleich angekündigt, egal, wie es ausgeht, wir werden es auf jeden Fall nicht umsetzen; ein sehr taktisches Verhältnis zur direkten Demokratie.

(*Ingo Egloff SPD*: Das kennen wir in Hamburg aber auch!)

Wenn man dann auch noch sagt, wir lehnen diesen Vertrag ab – vielleicht haben Sie doch noch den einen oder anderen Part gelesen –, dann wissen Sie, dass zum ersten Mal mit diesem Lissabon-Vertrag, so er denn zustande kommt, ein europaweites Referendum möglich sein wird mit einer Million Unterschriften. Da gibt es zum ersten Mal eine europäische Meinung und so etwas abzulehnen, verstehe ich nicht und ich glaube, auch die Hamburgerinnen und Hamburger verstehen es nicht.

(Farid Müller)

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Ich rufe das zweite, von der CDU-Fraktion angemeldete Thema auf:

Jeder Mord wird konsequent verfolgt und bestraft

Es wird zusammen mit dem vierten, von der GAL-Fraktion angemeldeten Thema debattiert:

Kein kultureller Dispens für Mord

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Machaczek hat es.

Bettina Machaczek CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt geht es um Morsal, ein junges Mädchen aus Hamburg mit afghanischen Wurzeln, eine junge Frau, die noch in der Pubertät war. Wie wir heute ahnen, fast wissen, war sie völlig verzweifelt zwischen der Lust, als junge Frau die Welt zu entdecken und dem Martyrium, das ihr die archaisch-patriarchalische Struktur der eigenen Familie, der eigenen Mutter, des Vaters und der Geschwister antat, eine Familie, die offensichtlich im Geiste nie in Deutschland angekommen ist. Es ist unerträglich, wie manche Menschen – ich betone: manche Menschen – aus anderen Kulturen unsere freiheitlichen Werte und unser Rechtssystem mit Füßen treten.

(Beifall bei der CDU und bei *Nebahat Güclü* GAL)

So stehen wir vor der Frage, wie wir uns dafür Respekt verschaffen können, denn abgeschreckt war der kriminelle Bruder nicht. Eine Möglichkeit ist diese öffentliche Debatte, die zurzeit überall geführt wird, auch in der muslimisch geprägten Gesellschaft. Es ist gut, dass sämtliche Medien die Abscheu des übergroßen Teils der Gesellschaft transportieren. Dieses muss noch stärker dazu führen, dass Eltern, die ihre Kinder nicht lieben, sondern misshandeln, geächtet werden, damit diese Verbrechen als ehrlos gebrandmarkt werden, und dieses muss vor allem in den sogenannten eigenen Kulturkreisen geschehen.

Meine Damen und Herren! Wer in dieser Debatte schweigt, lässt die Opfer allein. Untersuchungen und eigene Gespräche zeigen leider, dass diese Schandmorde nur die Spitze eines Eisbergs sind. Es sind so viele Mädchen und Frauen bedroht, oft werden sie nur unterschwellig an ihrer freien Entfaltung gehindert. Daher mein erneuter Appell, diese Taten noch viel stärker im sogenannten eigenen Milieu zu ächten. Migrantenorganisationen

müssen noch vielfältiger, als sie es heute schon tun, ihr Gesicht zeigen. Dadurch könnte man vielleicht aktiver die Ausgrenzung dieser brutalen Strukturen betreiben. Es muss immer wieder laut gesagt werden, dass es nie eine Rechtfertigung für Mord und Gewalt gibt, keine aus traditionellen Motiven und schon gar keine aus religiösen Motiven.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Niemand darf die Verletzungen der Würde des Menschen akzeptieren, für welches Motiv auch immer, denn viele Menschen sind gerade nach Deutschland gekommen, weil wir ein freies und offenes Land sind, ein Land, in dem sich Frauen und Männer gleichberechtigt entfalten dürfen. Solche Morde, die verquere Ehrvorstellungen haben, dass Väter und Brüder ihre Frauen und Schwestern mit Gewalt ihre zumeist auch noch doppelbödigen Moralvorstellungen aufoktroieren, besudeln nun wirklich die Ehre der hier lebenden rechtschaffenen Zuwanderer. Also: Wer mordet, kann seine Ehre nicht retten, sondern er verliert diese. Diese Ansicht muss sich in einigen Teilen unserer Gesellschaft noch stärker durchsetzen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es darf auch keine klammheimliche Freude geben, wenn so etwas geschieht.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

So werden wir dies zum Anlass nehmen, im Bereich der fordernden und fördernden Integrationspolitik noch stärker die verschiedenen Migrantenorganisationen einzubinden, sie aufzufordern, mitzumachen und sie unterstützen. Wir wollen noch mehr Netzwerke schaffen, die hoffentlich rechtzeitig sich abzeichnende Katastrophen erkennen und dann zügig und effektiv handeln können.

Die Aufarbeitung, soweit sie bis heute geschehen konnte, zeigt, dass unser Rechtsstaat oft zu langsam ist, weil es fast immer Rechtsmittel gibt, die auch Strafanträge verzögern können, gerade in diesem Fall ein ganz großes Problem. Nach Bekanntwerden der kriminellen und entwürdigenden Details aus der Akte von Ahmad O. denkt doch der rechtschaffene Bürger, dass er schon lange hinter Schloss und Riegel hätte sitzen müssen und ich hoffe sehr, dass er jetzt auch bald verurteilt wird.

Meine Damen und Herren! Die Reaktionen der beiden Behörden für Soziales und Schule waren besonnen und richtig. Ab sofort wird man künftig von einem Worst-case-Szenario mit entsprechenden Folgerungen ausgehen, auch schon, wenn möglicherweise lebensbedrohende Gefährdungen aus Familien, wie hier beschrieben, bekannt werden.

Auch wenn es die SPD anders behauptet: Nach den heutigen Gesetzen hätte man Morsal nicht in eine Art Schutzhaft nehmen können.

(Bettina Machaczek)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Rechtlich unmöglich, hier von Schutzhaft zu reden!)

Doch dieser Fall hat uns gezeigt, dass wir unsere Instrumente schärfen müssen und auch eine solche Möglichkeit ins Auge fassen müssen.

Mit einigem Befremden lese und höre ich die Äußerungen der SPD zu diesem Thema. Haben Sie denn keine besseren Ideen, als nur auf uns einzuschlagen und so zu tun, als ob so etwas unter Ihrer Regierung nicht hätte passieren können? – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Jeder Mord wird konsequent verfolgt und bestraft" und "Kein kultureller Dispens für Mord" sind Ihre angemeldeten Themen. Dem stimmen wir voll und ganz zu. Natürlich sollten, wo immer das möglich ist, solche Gewalttaten verhindert werden. Das gehört bei diesem Thema dazu und darüber sollten wir auch reden.

Wir sprechen hier über einen ganz konkreten individuellen Fall von schwerer Gewalt in einer Familie – wir sprechen jetzt davon, Sie haben das eben leider nicht getan –, der nach jahrelanger Entwicklung und immer weitergehender Eskalation sein Ende in einem schrecklichen Mord an einer jungen Frau gefunden hat, und die Begründung dafür, das fürchterliche Unwort vom Ehrenmord, macht betroffen, macht eigentlich sprachlos.

Frau Machaczek, ich bin aber auch erstaunt, dass Sie im Gegenzug davon sprechen, nun sollten wir Eltern ächten. Ich weiß nicht, ob uns solche Formulierungen hier weiterbringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was uns aber auch sprachlos macht und was das Schreckliche an diesem Fall ist, das ist die Tatsache, dass staatliche Stellen seit Jahren Kenntnis von dem Martyrium des Mädchens Morsal hatten. Ich würde gerne wissen, wo eigentlich der für Jugendhilfe, Kinderschutz, Integration, soziale Dienste und Familienhilfe zuständige Senator ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nach all den schrecklichen Fällen und Vorfällen der vergangenen Jahre, nach Jessica und all den anderen, nachdem uns der Senat jahrelang immer wieder das Hohelied des dichten Netzes der Hilfeeinrichtungen hier gesungen hat, müssen wir jetzt schon wieder erfahren, dass das System nicht funktioniert hat. Die Schule, der Kinder- und Jugendnotdienst, die Polizei, die Staatsanwaltschaft, alle waren irgendwann mit Morsal und ihrer Familie befasst, aber eine wirksame Hilfe gab es nicht.

Morsal ist über Jahre von ihrer Familie bedroht, geschlagen, getreten, misshandelt, gewürgt worden, ihr ist ein Zahn ausgeschlagen worden, es ist unglaublich. All diese Details und noch viel mehr, was wir inzwischen wissen, waren dem Senat bekannt. Der Fall war der Jugendhilfe bekannt, die Schule wusste Bescheid, die Polizei und der Jugendnotdienst waren immer und immer involviert, aber geholfen hat dem Mädchen am Ende niemand.

Deshalb lautet die zentrale Frage, von der Sie hier abzulenken versuchen: Haben die beteiligten Dienststellen und hat die verantwortliche Behörde alles getan, um Morsal zu schützen oder sind die beteiligten Dienststellen und der verantwortliche Fachsenator mitverantwortlich für Morsals Tod? Der CDU-Senat hat beharrlich und jahrelang die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten nicht genutzt, die ihm zur Verfügung standen, Morsal zu helfen. Sie haben zwangsläufige Schlussfolgerungen nicht gezogen, das ist heute schon offensichtlich. Es ist unvorstellbar, aber Sie haben offensichtlich keinen Zusammenhang zwischen all den bekannten Vorfällen rund um Morsal hergestellt. Es gab nicht einmal eine Fallkonferenz zu dem Mädchen. Sie haben nicht einmal geprüft, ob ein Sorgerechtsentzug überhaupt infrage kommt. Sie haben Morsal, obwohl sie in staatlicher Obhut war, nicht geschützt. Sie haben sie wieder zu ihrer Familie geschickt und damit letztendlich in den Tod.

(Wolfgang Beuß CDU und Farid Müller GAL: Wer hat sie denn geschickt?)

Von Schutzhaft, Frau Machaczek, ist hier nicht die Rede, das ist der falsche Begriff. Senator Wersich hat auf der Landespressekonferenz den Eindruck erweckt, es hätte keine Möglichkeit gegeben, Morsal auch gegen ihren Willen in der Obhut zu behalten, höchstens als Ultima Ratio, denn – der stellvertretende Amtsleiter hat es vorgetragen – es habe ja keine Gefahr für Leib und Leben des Mädchens vorgelegen. Was, wenn nicht Morsals Martyrium, das den Behörden bekannt war, wäre denn ein Fall, bei dem diese Ultima Ratio greifen würde? Beantworten Sie uns bitte diese Frage.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE – Viviane Spethmann CDU: Haben Sie die Antwort?)

Senator Wersich möchte nicht an dieser Debatte teilnehmen, er ist auch erst seit Kurzem Senator dieser Behörde, aber als Staatsrat trägt er schon lange politische Verantwortung.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist unverschämt!)

Hier wurde nicht alles getan, ein Mädchen vor Gewalttaten zu schützen. Es hat am Ende zu ihrem Tod geführt, dafür trägt Senator Wersich die politische Verantwortung.

(Carola Veit)

Ich will mit einem Zitat von Bürgermeister von Beust schließen, der von dieser Stelle aus gesagt hat:

"Die Gretchenfrage ist doch, welche Verantwortung der- oder diejenige hat, die als Senator oder Staatsrat an der Behördenspitze steht. Das ist die entscheidende Frage der politischen Verantwortlichkeit."

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Elisabeth Baum, beide DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Güclü.

Nebahat Güclü GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Veit, ich muss mich doch etwas wundern. Hier haben wir es mit einem Fall zu tun, bei dem wir alle bemüht sind, ihn richtig zu analysieren, um zukünftig daraus die richtigen Handlungsschritte abzuleiten, und der Senat hat schnell und auch richtig reagiert.

Ich möchte eines vorwegschicken: Die SPD tut in dem einen Fall jetzt sehr entsetzt. Wir sind alle sehr berührt, dass so ein Fall mitten in unserer Gesellschaft passieren kann, aber ich möchte zu bedenken geben, dass wir auch in Zeiten von SPD-Regierungen 1991, 1994 und 1997 abscheuliche Greuelaten erleben mussten, zum Teil vor den Hamburger Frauenhäusern, aber auch in der Nähe von Beratungsstellen, die nicht einmal spezifische Frauenberatungsstellen waren. Es ist ein Problem, mit dem die ganze Gesellschaft zu tun hat, nicht nur wir in Hamburg, und ich werde Ihnen das gleich noch einmal erläutern.

(Dirk Kienschurf SPD: Da sind wir aber gespannt, Frau Güclü!)

Meine Kollegin Frau Blömeke wird Ihnen im Anschluss auch noch aus jugendpolitischer Sicht Näheres dazu sagen.

Der Mord hat uns alle tief berührt, ein Mord aus vermeintlicher Ehrverletzung. Natürlich finden wir alle, dass dieses in unserer Gesellschaft keinen Platz haben sollte und trotzdem passiert es. Morsal muss in den zurückliegenden Jahren die Hölle durchlitten haben und war zerrissen zwischen dem patriarchalischen Familienleben – den Bruch mit der Familie hat sie nicht hinbekommen – und dem Wunsch, ein selbstbestimmtes Leben zu leben. Aber Morsals Schicksal ist nicht das erste in Hamburg und auch nicht in der Bundesrepublik. Er reiht sich ein in eine Kette von langen Greuelaten von 40 sogenannten Ehrenmorden – ich finde diesen Begriff furchtbar – in der ganzen Bundesrepublik in den letzten sechs Jahren. Was kann ein Mord mit Ehre zu tun haben, wir sollten diesen Begriff gar nicht erst verwenden.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Egal, was das Motiv ist, Mord ist Mord und muss mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. Aber die Herausforderung, vor der wir stehen, ist, wie gelingt es uns, Prävention zu leisten, wie gelingt es uns, die Familien zu erreichen, wie gelingt es uns, früh mit Jungenarbeit zu beginnen und eine breite Aufklärungsarbeit zu machen. Hier sage ich sehr deutlich: Es darf und kann keinen Kulturrabatt geben. Das sage ich sehr bewusst und das möchte ich hier unterstreichen.

Aber ich möchte auch ein paar andere Zahlen nennen. Nach einem Bericht der EU-Kommission von 2005 sterben in den 15 alten EU-Mitgliedsstaaten jährlich 700 bis 900 Frauen, und zwar durch die Hand ihrer Partner oder Ex-Partner. 2007 waren es in Spanien 71 Frauen, Frankreich ist hier Spitzenreiter. Alle vier Tage wird eine Frau durch Beziehungsgewalt ermordet. Die Arbeit in der Bundesrepublik, die vor 30 Jahren begonnen hat, um genau diese Verbrechen zu bekämpfen, hat erst 2002 durch die Einführung des Gewaltschutzgesetzes eine wirkungsvolle Maßnahme erfahren. Wir wissen aus der ersten Studie des Bundesministeriums von 2002, dass Gewalt ein ziemlich verbreitetes Problem ist, und zwar ein globales Problem.

Wir wissen aber auch, dass in dieser ganzen Debatte – das ist traurigerweise aus der SPD gekommen – sehr schnell pauschale Lösungen gefunden wurden. Die Analysen hießen, das sei ein Problem aus den Migranten-Communities, es gab eine Diskussion um Erschwerungen von Einbürgerungen, es gab eine Diskussion um Abschiebungen. Das halte ich alles für ziemlich populismus,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

weil es hier um wirksame Maßnahmen geht, wie Menschen geschützt werden können. Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Unser aller Interesse ist es, alle Bürgerinnen zu schützen und solche abscheulichen Taten dürfen in dieser Stadt nicht passieren. Ich finde, der Senat hat hier sehr gut gehandelt.

(Dirk Kienschurf SPD: Das zu sagen ist unglaublich!)

Der Ansatz, bei Familienkonflikten von einem worst case auszugehen, ist der richtige Ansatz. Es ist endlich ein Paradigmenwechsel, den wir außerordentlich begrüßen, flankiert mit der Einstellung von interkulturellem Personal in den Schulen, die die Möglichkeit haben, Brücken zu den Elternhäusern zu bauen, früh Kontakte zur Jugendhilfe aufzunehmen. Das ist der richtige Weg; ich bin gespannt auf Ihre Alternativen.

Ich bin überzeugt davon, dass parallel dazu der Ausbau der interkulturellen Gewaltberatungsstellen mit den speziellen Unterkunftsmöglichkeiten für die

(Nebahat Güclü)

jungen Frauen der richtige Weg ist. Auf diesem Weg müssen wir konsequent und entschlossen weitergehen. Nur beides zusammen, Prävention und der Schutz von Leib und Leben, sind der richtige Weg.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Vielleicht werden wir es nicht schaffen, trotz aller Mühe Einzelfälle zu verhindern, aber ich bin mir sicher, dass die Maßnahmen wirkungsvoll sein werden und es unser aller Pflicht ist, das Risiko, das grundsätzlich global für Frauen besteht, zu minimieren. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeder Mord wird konsequent verfolgt und bestraft. Nun gibt es niemanden in diesem Haus, der das so allgemein, wie das formuliert ist, bestreiten will. Die vielleicht zufällige Häufung schwerer Gewalttaten – es gab nicht nur den furchtbaren Fall Morsal, es gab zum Beispiel ein Ehedrama mit tödlichem Ausgang und es gab andere Gewalttaten – in den letzten Wochen beunruhigt. Sie betrifft uns als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und sie ist zu allererst Anlass von Trauer um die vernichteten und zerstörten Leben. Jedes Leben ist einmalig.

Allerdings scheint es mir nötig, zu erinnern, dass die Verfolgung und Bestrafung von Straftaten in die Verantwortung von Polizei, Staatsanwalt und Gericht fällt. Unsere Verantwortung, die Verantwortung der Politik und des Parlaments, ist eine andere. Sie setzt auch nicht erst da ein, wo es um die Frage geht, ob die Gesetze ausreichen und angemessen sind. Sie setzt vielmehr viel früher ein, nämlich bei der Frage, was zu tun ist, um Gewalt vorzubeugen und zu verhindern. Was ist erstens zu tun, um die Umstände, die Kriminalität, Aggressionen und Gewalt erzeugen, zu verändern? Zweitens: Welche institutionellen Möglichkeiten können und müssen bereitgestellt werden, um Konfliktbewältigung zu unterstützen und schließlich auch Leben zu retten? Drittens natürlich: Welcher Schutz muss in den konkreten Fällen geboten werden?

Die Ursachen von Aggressionen und Gewalt sind mit Sicherheit vielschichtig. Die Fortexistenz blutiger archaischer Rechtsvorstellungen und ihr Zusammenprallen mit den modernen Lebensweisen gehören dazu. Aber zu den Ursachen gehören auch – jedenfalls nach den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen – Diskriminierungserfahrungen junger Migranten. Des Weiteren produzieren die gesellschaftlichen Modernisierungs- und Ausdifferenzierungsprozesse Verlierer und führen dazu, dass Menschen an den sozialen Rand und in ausweglose Situationen gedrängt werden, Situatio-

nen, in denen dann vielleicht auch die Mittel fehlen, Konflikte zu bewältigen, zum Beispiel, weil die Partner, die es nicht mehr zusammen aushalten können, sich aus sozialer Not nicht trennen können. Viele, vielleicht die meisten schweren Gewaltdelikte werden in zugespitzten Konfliktsituationen begangen. Politik, die Gewalt vorbeugen und Gewaltdelikte so weit wie möglich verhindern will, muss an diesen vielschichtigen Ursachen ansetzen und die Umstände ändern, die zu Gewalt und Aggressionen führen, und zwar vor allem und zuallererst durch sozial regulierende Maßnahmen, das heißt durch Maßnahmen, die soziale Ausgrenzung beenden, nicht zuletzt auch durch die Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten und die Stärkung der demokratischen und gleichberechtigten Partizipation aller in dieser Stadt lebenden Menschen. Es geht dann aber auch um die Schaffung beziehungsweise Ausweitung institutioneller Möglichkeiten, damit Beziehungen, die konfliktartig eskalieren, beendet werden können. Kürzungen bei den Frauenhäusern zum Beispiel – wie in der vergangenen Legislaturperiode durchgezogen – sind hierbei absolut kontraproduktiv.

Geradezu verantwortungslos haben die Behörden anscheinend im Fall der getöteten Morsal O. gehandelt. Trifft die Darstellung in "Der Welt" vom heutigen Tage auch nur annähernd zu, dann liest sich die Eskalation des Konflikts über Jahre hinweg wie die Chronik eines angekündigten Todes. Was Sie, Frau Machaczek, gesagt haben, war scheinheilig. Ich zitiere aus dem Paragraphen 230 des Strafgesetzbuchs, in dem es zum Thema Strafantrag heißt – ich mache ein paar Auslassungen:

"Die vorsätzliche Körperverletzung ..."

– um die es ging –

"... nach Paragraph 223 ... [wird] nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält."

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Die Misshandlungen waren bekannt. Das öffentliche Interesse kann überhaupt nicht bestritten werden. Was ist getan worden, um das Leben dieser jungen Frau zu retten? Wir fordern die umfassende Aufklärung der jugend- und familienrechtlichen Maßnahmen und der staatsanwaltlichen Ermittlungen. Wir fordern insbesondere Aufklärung, warum hier nicht nach Paragraph 230 gehandelt wurde. Darüber hinaus will ich dafür plädieren, dass Sie sich alle ernsthaft mit dem von uns in die Diskussion gebrachten Vorschlag befassen – nicht hier, nicht heute, aber vielleicht in den nächsten Wochen –, eine Enquete-Kommission ins Leben zu ru-

(Christiane Schneider)

fen, die sich mit den Ursachen von Gewalt befasst und Anregungen für die Erarbeitung langfristiger Strategien zur Gewaltprävention gibt.

(Beifall bei der LINKEN – *Olaf Ohlsen CDU*: Normalerweise ist das ein Arbeitskreis!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Veit, Herr Wersich ist auf der Jugendministerkonferenz.

(*Frank Schira CDU*: Das weiß sie auch!)

Und es ist selbstverständlich, dass wir hier – wie wir das auch schon gemeinsam auf der Pressekonferenz am Dienstag gemacht haben – die Bereiche, die die Behörde für Soziales und meine Behörde anbetreffen, nicht nur in der Analyse, im Sachstand und in der Aufklärung angehen, sondern – auch sehr schnell am Dienstag in den Bereichen, die uns betreffen – erste Schlussfolgerungen ziehen. Ich werde sie gleich im Einzelnen und im Detail noch einmal aufführen. Wichtig ist dabei aber, dass wir wirklich diese gesellschaftliche Debatte brauchen, die notwendiger denn je ist. Es geht nicht darum, in irgendeiner Form etwas zurückzuhalten oder zu verheimlichen. Deshalb haben die Fraktionen auch die Debatte "Kein kultureller Dispens für Mord" angemeldet. Es ist schon sehr und zutiefst schockierend. Solch ein Mord ist eine Schandtats und diese junge Frau, Morsal, hatte versucht, von dem Recht auf Selbstbestimmung in Deutschland Gebrauch zu machen. Das ist nicht gelungen. Da gibt es jetzt mehrere Gründe für das, was da zwischen Selbstbestimmung und Bindung passiert ist. Es ist richtig, was hier schon mehrfach gesagt wurde: Für einen Mord kann es nie eine Rechtfertigung geben, keine soziale, keine kulturelle und keine religiöse. Mustafa Yoldas, der Vorsitzende des SCHURA, hat in einer Zeitung richtig gesagt – Zitat:

"Wer einen Ehrenmord begeht, der besudelt aus Sicht der Religion seine Ehre."

Im Senat sind wir uns gemeinsam einig – das haben wir auch sehr deutlich am Dienstag in der Pressekonferenz gesagt –, dass wir alles Mögliche tun werden und müssen, um Mädchen und junge Frauen vor derartiger Gewalt zu schützen. Es geht um Schutz vor Gewalt und das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, das ist unsere Pflicht und eine staatliche Aufgabe. Wir haben ressortübergreifend in der Behörde für Soziales und in der Behörde für Bildung den Umgang mit diesem Fall kritisch analysiert – kritisch analysiert und erste Konsequenzen gezogen. Das ist noch kein Recht oder Anspruch auf Vollständigkeit. Aber wir müssen und werden Mädchen und Frauen aus Familien, die unter patriarchalischer Gewalt leiden, wirksam helfen.

Deshalb sind wir dabei, unsere Schutz- und Hilfsangebote zu intensivieren und besser zu koordinieren. Und wenn hier gefragt wird, wer dafür eigentlich zuständig war: Es war der ASD eingeschaltet, es waren Hilfsangebote da. Aber es gibt das weitere Problem und darauf müssen wir immer wieder zurückkommen, dass trotz dieser Hilfsangebote, trotz der Betreuung des ASD und trotz der Betreuung des Beratungslehrers in der Schule dieses Mädchen immer wieder zwischen der Bindung an die Familie und dem Wahrnehmen der staatlichen Hilfe zerrissen war. Das ist eine ganz schwierige Situation, in der wir tatsächlich etwas verbessern müssen.

(*Carola Veit SPD*: Dann sollen neue Angebote angeboten werden!)

Jeder Fall muss individuell ernst genommen werden – das ist unsere Leitlinie.

Ich möchte Ihnen jetzt sagen, welche neuen gemeinsamen Schwerpunkte wir dafür in den beiden Behörden setzen. Künftig werden Fälle mit hoher Gefährdung immer – und das ist wichtig – mit einem Worst-Case-Szenario eingeschätzt, also aus der Perspektive des schlimmstmöglichen Verlaufs bis hin zu einer möglichen Tötung. In den Schulen werden umgehend – das wird erst in den Debatte und dann in den Lehrerkonferenzen sein – für jeden Einzelfall Szenarien erörtert und in Absprache und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen gehandelt. Wir haben an einem Punkt entdeckt, dass die rechtliche Lage so war, dass die Kinder vor einem Schulwechsel ins Ausland einfach telefonisch abgemeldet werden konnten. Das war die Rechtslage. Das ist ein Punkt, der sofort geändert wird. Die rechtliche Grundlage wird jetzt gerade in meinem Haus erarbeitet. Das geht sowieso nur schriftlich und die Schulen müssen überprüfen können, wie glaubwürdig die Abmeldung ist. Wenn Lehrerinnen und Schulleitungen Verdacht auf Gefährdung durch Gewalt oder Zwangsheirat haben – das kommt jetzt wieder vor den Sommerferien vermehrt auf uns zu –, müssen die Eltern natürlich sofort zum Gespräch mit Unterstützern und Betreuern, möglichst mit interkultureller Kompetenz, in die Schulen kommen. Das ist vollkommen klar und wird gerade vorbereitet.

(*Carola Veit SPD*: Das ist aber nicht passiert!)

Jede Schule und jede andere der zuständigen Institutionen muss interkulturell geschulte Lehrkräfte und Betreuer haben, besser noch Lehrkräfte mit interkulturellem Hintergrund. Wir brauchen Fachleute, die die Situation kompetent einschätzen können und in den Familien akzeptiert werden. Darin liegt eine große Problematik. Das müssen und werden wir bei Neueinstellungen umgehend berücksichtigen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

Ressortübergreifende Schutzmaßnahmen und Hilfsangebote bleiben in einer Hand, damit die beteiligten Institutionen wie Soziale Dienste, Schule, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und weitere öffentliche Stellen koordiniert handeln und das betroffene Mädchen eine beständige Betreuung an seiner Seite hat. Frau Veit, wir waren gemeinsam im Sonderausschuss Jessica.

(Carola Veit SPD: Umso erstaunlicher sind Ihre Äußerungen! – Gegenruf von Jens Kerstan GAL: Und Ihre Äußerungen sind abstoßend!)

In diesem Einzelfall ist, obwohl Hilfe aus einer Hand vorhanden war, kein Erfolg erreicht worden, weil die Problematik in dieser patriarchalisch geprägten Situation verkannt wurde.

(Carola Veit SPD: Warum gab es keine Fallkonferenz?)

Da müssen wir heran.

Ein weiterer Punkt: Um Misshandlungen und andere Gefährdungen zu verhindern, werden wir Interventionsketten ausarbeiten. Das ist gerade für die Lehrkräfte ganz wichtig, um die Signale zu erkennen und dafür sensibilisiert zu werden, geeignete Hilfen einzuschalten – ich sage bewusst geeignete Hilfen, die in dieser Situation auch wirken – und dann mit den Sozialen Diensten für eine feste Betreuung zu sorgen. In den Schulen soll die aktive Ansprache und Aufklärung und die Arbeit mit Jungen und deren Eltern verstärkt werden. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag so vereinbart.

Die Sozialbehörde wird die Gewaltberatungsstellen LÄLE und i.bera, die stark beansprucht werden und sich erfolgreich für Mädchen und Frauen einsetzen, kurzfristig mit 60 000 Euro mehr ausstatten. Das sind zwei bis vier Stellen, je nachdem, wie viele Personen mit diesen Hintergründen dort eingestellt werden können. Bei Warnhinweisen auf eine schwere Bedrohung soll auch der Schutz vor der eigenen Familie konsequenter umgesetzt werden. Der familiengerichtliche Beschluss einer Trennung von der Familie kann Mädchen helfen, aus dem Dilemma zwischen Flucht und Bindung herauszukommen.

(Carola Veit SPD: Das haben Sie nicht einmal geprüft!)

Es ist aber eben bei diesem Einzelfall nicht gelungen, eine stabile Beziehung zwischen denjenigen Personen herzustellen, die Morsal betreut haben. Das ist nicht gelungen und das ist eines der großen Probleme, die gelöst werden müssen.

Viele Mädchen sind von Zwangsheirat bedroht. Darauf zielt das Projekt DAPHNE ab – aktiv gegen Zwangsheirat mit dem Motto, Entscheidungsträger in Verwaltung und Politik zu sensibilisieren und die Öffentlichkeit auf das Verbot der Zwangsheirat aufmerksam zu machen. Bei diesem europäischen

Projekt ist Hamburg mit dabei. Das wird verstärkt werden. Verbreitet sind, wie ich anfangs schon ansprach, die Ferienverheiratungen von Schülerinnen in ihren Herkunftsländern während der Sommerferien. Wenn Lehrkräfte vor den im Juli beginnenden Sommerferien davon erfahren, werden sie umgehend Hilfeeinrichtungen einschalten. Neben bestehenden Einrichtungen wie Frauenhäusern und Mädchenhaus werden wie im Koalitionsvertrag vereinbart zusätzliche Einrichtungen geschaffen, zum Beispiel ein Wohnprojekt speziell für Frauen, die vor einer Zwangsverheiratung Schutz suchen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Bei den gefährdeten Mädchen und Frauen und ebenso auch in der Öffentlichkeit sind viele der Angebote gar nicht bekannt. Das ist auch eine große Lücke, die wir feststellen müssen. Wir wollen daher gemeinsam mit allen beteiligten Behörden über die Hilfeinrichtungen und über die neuen Maßnahmen informieren. Dass sich mit diesem konsequenteren Vorgehen ein Mord wie an Morsal letztlich verhindern lässt, können wir nicht garantieren. Da müssen wir ehrlich und realistisch bleiben. Aber wir werden alles dafür tun.

Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen ist ein hohes Gut, das auch hier hart erkämpft wurde und längst noch nicht vollständig umgesetzt und durchgesetzt ist. Wie alle Grundrechte gilt es für alle Menschen. Wir sind in Gesellschaft und Politik dazu verpflichtet, diejenigen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung verwirklichen wollen, zu schützen und zu bestärken. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Goetsch, in der Opposition hätten Sie vermutlich eine andere Rede zu diesem Fall gehalten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Es ist nicht jeder so populistisch wie Sie, Herr Dr. Dressel!)

Und es stehen Fragen im Raum, die Frau Veit gestellt hat und die nicht beantwortet worden sind, konkrete Fragen, die sich mit diesem Fall beschäftigen. Da sind Sie ausgewichen, obwohl dieses Parlament einen Anspruch darauf hat, das vom Senat zu erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Ein Zitat von Frau Machaczek fand ich gut:

"Wer in dieser Debatte schweigt, lässt die Opfer allein."

(Dr. Andreas Dressel)

Dazu gehört an allererster Stelle die konsequente Aufarbeitung dieses schrecklichen Martyriums, das hier passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne einmal ein paar Punkte, Frau Veit hat einige davon schon angesprochen. Der Senat rühmt sich immer so, er hätte überall die Anzahl der Monate, bis ein Verfahren zur Anklage kommt, verkürzt. Dieser Fall kann offensichtlich nicht damit gemeint gewesen sein. Es gibt Misshandlungsfälle aus dem Jahre 2006, die immer noch nicht vor dem Richter gelandet sind – ein Skandal, wie wir finden. Dazu kann man nur sagen: Wenn solche Verfahren so unerträglich lange dauern, wo es doch wichtig ist, gerade bei solchen Tätern frühzeitig eine Grenze zu setzen, dann ist es nicht verwunderlich, dass diese Täter irgendwann sämtliche Grenzen überschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Insofern muss auch hier nach der Verantwortung der Justiz gefragt werden. Und es ist schon interessant, dass sich Herr Dr. Steffen zwar am Anfang der Aufklärung dazu geäußert hat, aber in den letzten Tagen doch merkwürdig stumm zu diesem Fall geworden ist. Unsere Meinung ist klar. Dieser Täter hätte wesentlich früher hinter Schloss und Riegel gehört.

(Beifall bei der SPD)

Frau Schneider hat die Frage, ob man auch gegen den Willen des Opfers an dieser Stelle Strafverfolgung ermöglichen kann, schon angesprochen. Sie hatten den Paragraphen 230 genannt. Das heißt, der Staat ist nicht machtlos in einer solchen Situation. Er kann durchaus auch gegen den Willen des Opfers und wenn das Opfer sagt, es wolle an dieser Stelle keine Strafverfolgung, mit besonderem öffentlichen Interesse dazu kommen, eine Strafverfolgung einzuleiten, und er darf in dieser Situation die Hände nicht in den Schoß legen. Das ist tragischerweise hier passiert.

(Beifall bei der SPD)

Dann die Frage des Sorgerechtsentzugs und der Inobhutnahme, wo Frau Machaczek dieses unmögliche Wort von der Schutzhaft gebraucht hat: Es geht um Inobhutnahme nach dem Kinderjugendhilfegesetz, nicht um Schutzhaft. In Paragraph 42 KJHG steht ausdrücklich, dass das Jugendamt berechtigt und verpflichtet

(Thomas Böwer SPD: Und verpflichtet!)

– und verpflichtet – ist, auch bei Gefahrensituationen Inobhutnahmen vorzunehmen. Und Sie sprechen von Schutzhaft. Das ist wirklich eine unerträgliche Entgleisung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist klar – das hat Frau Veit angesprochen: Wenn alle Behörden, die hier Erkenntnisse gehabt haben, die Erkenntnisse zusammengetragen hätten, dann wäre in diesem Fall die Gefahr für Leib und Leben offensichtlich gewesen und das ist ein schweres Versäumnis, das in diesem Fall zu verantworten ist.

(Beifall bei der SPD)

Dann die Ablenkungsmanöver, die wir in den letzten Tagen mitbekommen haben – ein bisschen war das hier heute wieder der Fall, auch in der Landespresskonferenz am Dienstag. Viel integrationspolitische heiße Luft, über manche Sachen können wir gerne reden – aber das ersetzt eben nicht die konkrete Aufarbeitung dieses Falls. Das ist eine Frechheit gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber dem Parlament und auch gegenüber den Medien. Ich nenne zum Beispiel unsere Kleine Anfrage. Wir warten bis heute auf die Beantwortung dieser Kleinen Anfrage, die genau die Aufarbeitung dieses Einzelfalls ermöglichen soll.

(Unmutsbekundungen bei der CDU und der GAL)

Stattdessen kommen an der Stelle viel heiße Luft und viele Ankündigungen, was man alles besser machen könnte. Wir sind an der Stelle sehr dankbar, dass – wo wir schon nicht die Antwort bekommen haben – dann zumindest in "Der Welt" von heute die Aufarbeitung, die wir vom Senat erwartet haben, passiert. Wir müssen informiert werden, was in diesem Fall gelaufen ist und was schief gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Frau Goetsch, Herr Dr. Steffen, wir sind von der CDU bei der Aufklärung solcher Fälle nichts anderes gewohnt. Das haben wir in den letzten vier Jahren zur Genüge festgestellt. Aber wir haben von der GAL schon etwas anderes erwartet. Sie haben sich in den letzten vier Jahren bei Einzelfällen, bei denen es auch um Behördenversäumnisse ging, immer als Chefaufklärer geriert und in diesem Fall machen Sie mit bei der Verschleierungs- und Verzögerungstaktik.

(Wolfgang Beuß CDU: Das war zu SPD-Zeiten auch nicht anders! – Klaus-Peter Hesse CDU: So ein Unfug!)

Das ist eine schwere Enttäuschung für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schwer erträglich.

Die Schwachstellenanalyse muss lückenlos und rückhaltlos sein. Und sie muss am Anfang von Konsequenzen, die wir dann gemeinsam diskutieren, stehen. So herum ist die Reihenfolge, nicht anders herum.

(Glocke)

(Dr. Andreas Dressel)

– Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, diese Rede, die Sie hier gehalten haben, war eine Schau- fensterrede und war des Themas nicht würdig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben sich im Ton vergriffen und profilieren sich zulasten des Opfers mit diesem Thema und das ist nicht richtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Uwe Grund SPD: Ein Unsinn!)

Die SPD, Frau Veit und Herr Dr. Dressel, Sie nutzen dieses Thema parteipolitisch und dafür ist dieses Thema nicht geeignet.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Diese Strategie finde ich primitiv und durchsichtig. Denn was ist die genaue Lösung? Sie haben auch keine genaue Lösung für diesen Fall und ich finde das einfach billig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Allein schon die Erwähnung, dass Herr Wersich nicht hier sei – dabei ist er bei der Ministerkonferenz. Auch das weiß Frau Veit, dass das keine Absicht und Missachtung des Parlaments ist. Das, finde ich, ist einfach ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Spethmann, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es wäre ganz hilfreich, wenn die Zwiesgespräche im Parlament unterbleiben würden. Das Wort hat zurzeit Frau Spethmann und einzig sie.

Viviane Spethmann (fortfahrend): Wir müssen feststellen, dass die Grenzen des deutschen Rechtsstaats erreicht werden. Es sind nicht nur muslimische Täter, es sind deutschstämmige Aus-siedler, es sind aber auch junge Deutsche und es ist insbesondere ein Jungenproblem. Wir müssen uns genauer Gedanken darüber machen, was für Probleme wir in diesem Bereich haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sagen Sie noch etwas zu diesem Einzelfall!)

Da werden wir mit allen ...

– Herr Dr. Dressel, es gibt keine pauschale Lösung. Ich will gerade versuchen, ...

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte darauf eingehen, dass wir gemeinsam an diesem Problem arbeiten. Aber profilieren Sie sich nicht zulasten der Opfer. Das tun Sie nämlich hier.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir können doch feststellen, dass in außergewöhnlicher Weise Schule, Polizei, Jugendhilfe und Justiz zusammengewirkt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: In besonderer Weise, genau. Und jetzt ist das Kind tot!)

– Herr Dr. Dressel, lassen Sie mich einmal ausreden.

Wenn Sie dann erwähnen, dass der Antrag nicht weiter nach Paragraph 230 verfolgt worden sei: Die Zeugin hat ihre Aussage zurückgezogen, es gab keine beweisbaren Tatsachen. Das ist der Punkt. Auf den Antrag kommt es nicht an. Sie verdrehen alles.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Haben Sie die Artikel gelesen?)

Wir müssen feststellen, dass wir vielleicht Vertrauenspersonen schaffen müssen, bei denen diese jungen Mädchen, Frauen und andere Betroffene in solchen Fällen Vertrauen gewinnen können und einen Ansprechpartner haben. Wir müssen abwägen, inwieweit wir in Familienkonflikte einschreiten. Herr Dr. Dressel, ich sehe Sie schon. Wenn wir dann zu sehr und zu schnell in eine Familie eingreifen – sei es im Fall Jessica oder woanders –, dann schreien Sie auch ganz groß.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was, was reden Sie?)

Wir haben hier wirklich eine sehr schwierige Situation, in der wir den Schutz der Familie, aber auch den Schutz der Frauen und der Betroffenen ernst nehmen müssen. Dieses müssen wir abwägen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Spethmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Veit?

Viviane Spethmann (fortfahrend): – Ja, klar.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Veit, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Carola Veit SPD:* Frau Spethmann, sind Sie wirklich der Auffassung, dass die beteiligten Behörden und staatlichen Stellen richtig gehandelt haben, insbesondere dass keine Gefahr für Leib und Leben des Mädchens vorlag?

Viviane Spethmann (fortfahrend): Frau Veit, das kann ich doch nicht für alle Behörden beantworten. Ich bin aber der Meinung, dass hier schon sehr gut gearbeitet worden ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, das sieht man ja!)

Insoweit kann ich bei Ihnen nur sehen, dass Sie sich zulasten des Opfers profilieren. Das, finde ich, ist unanständig, schäbig und eine reine Schaufensterpolitik. Und das will der Bürger nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

(*Michael Neumann SPD*: Hat sie nicht ihr Mandat schon zurückgegeben?)

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, Sie schüren hier eine emotionale Debatte, wo Sachlichkeit angebracht wäre.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und das, obwohl Sie es als Jurist eigentlich besser wissen müssten. Ich bin keine Juristin und trotzdem haben wir eine Rechtslage, die Strafverfolgung so festsetzt, wie sie festgesetzt wurde. Sie gehen hier emotional hinein. Ich will Ihnen etwas sagen: Emotional, würden wir alle sagen, hätte der Täter hinter Schloss und Riegel sitzen müssen. Aber juristisch und nach der Rechtslage sieht es eben manchmal anders aus, als wir es vielleicht emotional möchten. Und das ist auch gut so. Da muss man nämlich genau hinschauen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ganz genau dasselbe betrifft meine Kollegin, Frau Veit. Frau Veit, wir sind beide Jugendpolitikerinnen. Wir bewegen uns immer auf dem schmalen Grat des Eingreifens und des Nichteingreifens. Es ist ganz richtig, was Frau Spethmann gesagt hat: Der Aufschrei ist doch bei uns Jugendpolitikern groß, wenn man sagt, dass ein Kind sofort aus der Familie herausgeholt wird. Ich will noch einmal betonen: Wir haben es hier mit einem 16-jährigen Mädchen zu tun gehabt. Diesen Fall kann man mit dem Fall Jessica in keiner Weise vergleichen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD – *Dirk Kienscherf SPD*: Nach drei Jahren!)

Dieses Mädchen Morsal, Frau Veit, ist auch nicht geschickt worden. Sondern es ist selbstbestimmt gegangen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist eine Minderjährige!)

Wenn Sie jetzt behaupten, Paragraph 42, die Inobhutnahme, hätte hier greifen müssen, dann wissen Sie genauso gut wie ich, dass Inobhutnahme 24 Stunden heißt,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: So ist es!)

wenn es eine geschlossene Inobhutnahme ist – ja, wohl, eine geschlossene Inobhutnahme. Das andere ist eine offene Inobhutnahme, bei der das Mädchen trotzdem jederzeit hätte gehen können. Wir können doch nicht bei jeder Gewalt in der Familie, die uns allen nicht behagt, allen Kindern und Jugendlichen eine 24-Stunden-Begleitung zur Seite stellen oder sie ewig in Obhut nehmen. Hier sind andere Lösungsansätze gefragt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Diese anderen Lösungsansätze haben die Behörden, wie ich finde, beispielhaft in übergreifender Art und Weise aufgezeigt. Innerhalb von nur zwei Wochen

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, als das Kind tot war!)

haben die Sozialbehörde und die Schulbehörde – da wurde überhaupt nichts verheimlicht, denn sonst würde man solch eine Pressekonferenz nicht machen – eine Fehleranalyse gemacht und einen Aktionsplan vorgelegt, innerhalb von nur zwei Wochen. Daran können Sie überhaupt keine Kritik üben. Schneller ging es überhaupt nicht. Hier war Handeln gefragt und hier wurde gehandelt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die ganzen Maßnahmen, die ergriffen wurden, brauche ich jetzt nicht noch einmal aufzählen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Da gibt es auch keine!)

Wenn aus den Reihen der SPD immer wieder dazwischengerufen wird, was wir denn nun machen wollen, dann verstehe ich das nicht. Senatorin Goetsch hat ausführlich dargestellt – Sie haben die Pressemitteilung gelesen –, welche Maßnahmen und welche Interventionskette angeleiert werden soll.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir würden auch gerne einmal unsere Kleine Anfrage beantwortet haben!)

Das sind konkrete Maßnahmen.

(Zuruf von *Carola Veit SPD*)

– Frau Veit, soll ich sie noch einmal wiederholen? Nehmen Sie doch das Papier der Behörden und lesen die Maßnahmen noch einmal durch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber eins will ich auch noch einmal ganz deutlich nennen, was wir ergänzen müssen. Es fiel eben in einigen Stichworten. Wir brauchen ganz dringend

(Christiane Blömeke)

auch den Blick nicht nur auf die Opfer, auf die Mädchen und Frauen, sondern wir brauchen auch den Blick auf die Täter. Und das sind in diesem Fall die Jungen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir brauchen ganz dringend geschlechtsspezifische Jungenarbeit, die den Schwerpunkt einerseits auf Gewaltprävention legt aber auch – wie uns dieser Fall einmal mehr zeigte – auf die interkulturellen Aspekte. Diese Jungenarbeit muss frühzeitig in Kita, Schule, Jugendhilfeeinrichtung und auch in außerschulischen Einrichtungen stattfinden. Dafür brauchen wir auch die Qualifikation der Betreuenden, der Erzieher und der Lehrer und Lehrerinnen. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir angehen müssen. Der ist uns so wichtig, dass er im Koalitionsvertrag als eigenständiger Punkt auftritt. Das ist ein konstruktiver Gedanke.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann können wir uns ja wieder hinlegen!)

Anstatt immer wieder emotional Wut zu schüren und Unfähigkeit vorzuwerfen, sollten Sie doch einmal mit konkreten Maßnahmen kommen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Frank Schira CDU: Sehr richtig!)

Sie kommen nur daher und sagen, was alles nicht passiert ist. Hier gibt es eine Interventionskette und ich möchte sie mit meiner Fraktion gemeinsam noch ergänzen, nämlich um den Punkt der geschlechtsspezifischen Jungenarbeit. Lassen Sie uns das nicht aus den Augen verlieren. Denn auch die Täter sind Opfer. Auch dieser Junge ist letztendlich Opfer, wenn auch mein Herz natürlich bei dem Mädchen Morsal hängt. Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, müssen wir frühzeitig anfangen, diese Jungen auch unter interkulturellen Aspekten zu sehen und frühzeitig einzugreifen. Dieses Draufhauen, wie Sie es machen, bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich glaube, wir sind uns einig in der Bewertung dieser Tat. Sie ist zu verurteilen und muss nach allen Möglichkeiten bestraft werden.

Manchmal ist der Einstieg einer Rede prägend und es relativiert das, was man im Folgenden sagt. Frau Machaczek, Sie sagten zum Einstieg, da haben Menschen aus unserer Kultur unsere Gesetze mit Füßen getreten. In welche Richtung Sie damit gehen wollen, haben Sie uns hier nicht erläutert, beziehungsweise ich vermute da etwas. Es ist kein reines MigrantInnenproblem, was hier passiert ist, das

ist in vielen Reden auch zum Ausdruck gekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei vorsätzlichen Gewaltdelikten geht es in der Regel um Macht und vor allem um die Angst vor Macht- und Statusverlust. Da können sich die Juristinnen und Juristen oder die Politikerinnen und Politiker noch so darüber zerstreiten, was wohl die besten Maßnahmen wären, um das zu verhindern. Es muss mehr Prävention betrieben werden, das ist hier vielfach gesagt worden, es müssen mehr Schutzzräume her. Sicherlich kann man die Hürden höher legen, wenn künftig von der Schule eine schriftliche Abmeldung verlangt wird, wie das im konkreten Fall vorgeschlagen wird, und eine telefonische nicht mehr ausreicht. Aber verändert das das Ego eines gedemütigten Mannes?

So ist auch die Form der Bestrafung im Endeffekt relativ müßig – ob Herr Voscherau alle Männer aus Europa ausweisen will, die keine Achtung vor Frauen haben, oder der Stammtisch verlangt, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich aberkannt werden soll. Es reicht auch nicht, wie Herr Schalthoff das in seiner Talkrunde mehrfach einforderte, jetzt konkret etwas zu tun, auch wenn das natürlich richtig ist. Und ich sage Ihnen eines: Dieser Fall wird der erste konkrete Prüfstein dieser schwarz-grünen Regierung sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider liegt das Problem tiefer, es ist grundsätzlich, ich verstehe Prävention nämlich umfassender. Die Geschlechterrollen sind auch unter Deutschen immer noch sehr unterschiedlich verteilt. Die Prägung der geschlechtlichen Identität und das daraus abgeleitete Rollen- und Selbstverständnis wird sehr frühzeitig herausgebildet. Wir werden nicht als Mädchen oder Jungen geboren, wir werden dazu gemacht, heißt es in feministischen Kreisen, und das stimmt. Auch in dieser Gesellschaft darf ein Junge eher aggressiv sein als ein Mädchen. Er darf mit schmutzigen Hosen nach Hause kommen und muss sich nicht so vorsehen wie ein Mädchen, weil er mit Sicherheit niemals Lackschuhe oder ein rosa Röckchen mit weißen Strumpfhosen tragen wird.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Michael Neumann SPD: Das machen manche Männer auch gerne!)

– Das hören Sie nicht gerne, das ist mir schon klar.

Kommen wir zum Grundübel von männlicher Gewalt. Als meine Kinder noch in die Kita gingen, habe ich durchaus Jungen erlebt, die neidisch auf die Kleider der Mädchen waren. Aber als dann ein Junge tatsächlich das Kleid eines Mädchens anzog, wurde er ausgelacht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir reden über Morsal!)

(Kersten Artus)

Denken Sie einmal darüber nach, wo Geschlechterrollen auch geprägt werden. Ein Mädchen muss niedlich sein, ein Junge darf wild sein. Die Attribute, die in der Regel schon den Allerjüngsten auferlegt werden, sind tief in dieser Gesellschaft verankert.

Mir geht es nicht darum, Gleichmacherei zu betreiben, ganz im Gegenteil. Ich werfe die Frage auf, worauf wir mehr schauen sollten, auf das Geschlecht und seine gesellschaftliche Bestimmung oder auf das, was ein Mensch an individuellen Fähigkeiten mitbringt, was er leisten kann und will und wo seine persönlichen Schwächen und Stärken liegen. Die Frage ist doch zudem, wie es Jungen und Männern beizubringen ist, dass sie Versagen, Demütigung oder Frustration anders zu bewältigen lernen als mit Gewalt.

(Beifall bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die Frage ist auch und vor allem, wie Mädchen und Frauen von dieser Gesellschaft als wirklich gleichgestellt akzeptiert werden und wie das Bild in der Familie definiert wird. Opfer und potenzielle Opfer werden immer noch weitgehend alleingelassen mit den Widersprüchen, die zwischen ihrem Anspruch und der Wirklichkeit liegen; so ist das auch im vorliegenden Fall geschehen.

In der Hauptsache sind es Mädchen, die zu einem Verhalten erzogen werden, das sie im Zweifel nicht wehrhaft genug macht. Aber so, wie es heute bereits kleinen Kindern vermittelt wird, wie sie am besten Mitschnackern begegnen durch ein klares Nein, muss es auch eine gesellschaftliche Akzeptanz geben, dass Mädchen nicht nur süß und brav sind und die allerbesten Noten schreiben.

Integration heißt für mich, dass ich es als Gewinn betrachte, wenn verschiedene Kulturen zusammen kommen und nicht nur bei ausgewählten Feierlichkeiten, Straßenfesten und sportlichen Wettkämpfen, sondern im Alltag. Deswegen fordere ich zu der Prävention, zu konkreten Maßnahmen und zu der rückhaltlosen Aufklärung – der Forderung schließen wir uns ausdrücklich an – auch ein radikales Umdenken, einen kulturellen Systemwechsel.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der Aktuellen Stunde erschöpft.

Wir kommen zu Punkt 1a der Tagesordnung, der Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten.

[Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten]

Von der GAL-Fraktion ist Frau Nebahat Güclü vorgeschlagen worden. Die Wahl findet in Wahlkabi-

nen statt. Wir verfahren nun so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Stimmzettel gehen Sie dann bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidungen vor. Der Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Bitte versehen Sie den Stimmzettel nur mit einem Kreuz. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht, und stecken Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte nun Herrn Hakverdi, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Ich empfehle den Mitgliedern des Hauses, die nun folgende Sitzungsunterbrechung dazu zu nutzen, schon einmal zur Vorbereitung der nächsten Tagesordnungspunkte mit dem Ausfüllen der vorliegenden Stimmzettel zu beginnen. Das würde sehr zur Verkürzung beitragen. Ich unterbreche nun die Sitzung für die Dauer der Stimmenauszählung.

Unterbrechung: 16.46 Uhr

Wiederbeginn: 16.55 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es wäre nett, wenn die Abgeordneten wieder in den Plenarsaal kommen würden.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Es sind 117 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren 117 Stimmzettel gültig. Von den gültigen Stimmzetteln waren 109 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, keine Enthaltung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist Frau Nebahat Güclü gewählt worden. Ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Nebahat Güclü GAL: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Dann darf ich Sie bitten, hier oben beim Präsidium Platz zu nehmen.

Wir kommen zu einer weiteren Reihe von Wahlen, nämlich den Tagesordnungspunkten 2 bis 8c, den Drucksachen 19/9, 19/14, 19/44 in der Neufassung, 19/45 bis 19/48 und 19/393 bis 19/395: Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kommission für Stadtentwicklung

– Drs 19/9 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von zehn ehrenamtlichen Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern für die Kreditkommission

– Drs 19/14 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg 2008

– Drs 19/44 (Neufassung) –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von neun Mitgliedern für den Beirat für politische Bildung

– Drs 19/45 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) der Europäischen Union

– Drs 19/46 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung

– Drs 19/47 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrates der „Hamburger Stiftung Asien-Brücke“

– Drs 19/48 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

– Drs 19/393 –]

*Siehe Anlage 1, Seite 223 ff.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von zwei Mitgliedern für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes

– Drs 19/394 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes

– Drs 19/395 –]

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Stimmzettel und bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten. Aber es wäre nett, wenn die Schriftführer sehen könnten, wo die Stimmzettel fertig ausgefüllt worden sind.

Gibt es irgendwo noch nicht abgegebene Stimmzettel? – Das ist der Fall. Dann warten wir noch einen Moment.

Ich frage noch einmal: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Sie werden Verständnis dafür haben, dass wir sie zu Protokoll geben werden.*

Wir kommen zu den Punkten 15 und 16 der Tagesordnung, zwei Senatsmitteilungen: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 8. November 2007 – Vertiefung der Beziehungen zu Daressalam und Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen St. Petersburg und Hamburg.

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 8. November 2007 – Vertiefung der Beziehungen zu Daressalam (Drucksache 18/7238)

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

– Drs 19/163 –]

[Senatsmitteilung:

Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen St. Petersburg und Hamburg

– Drs 19/164 –]

Es bekommt das Wort Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal haben wir heute das Thema Europapolitik, das Thema internationale Beziehungen von Hamburg. Der Vorteil der Senatsmitteilungen, die wir zur Debatte angemeldet haben, liegt darin, dass wir uns hier nicht in teilweise sehr abstrakten Diskussionen zum Thema ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Es tut mir Leid, dass ich Sie gleich zu Anfang unterbreche. Aber ich bin erstaunt darüber, dass so wenige Abgeordnete einen solchen Lärmpegel erzielen können. Deshalb bitte ich die wenigen, die hier im Raum sind, etwas leiser zu sein.

Herr Heintze hat das Wort.

Roland Heintze (fortfahrend): Danke schön.

Das Thema ist jetzt eher praktischer, weil es sich im Prinzip mit dem beschäftigt, was die Regierung, was die CDU-Fraktion im Kleinteiligen für diese Beziehungen tut.

Sinn der Außenpolitik oder der Politik im internationalen Kontext war eigentlich immer, unseren Standort international darzustellen, die Beziehungen auszuprägen und ein gemeinsames Miteinander zu pflegen. Dadurch ist alles, was Hamburg in diesem Bereich getan hat, in den letzten Jahren geprägt. Wir erleben sehr viel internationalen Austausch im Bereich der Wirtschaft, der Geschichte. Aber auch unser Selbstverständnis in Hamburg ist stark von dem Miteinander mit Europa und der Welt geprägt. Nicht zuletzt sind die zahlreichen Konsulate, die wir in Hamburg vorfinden, auch ein Ausdruck dessen.

Dennoch: Auswärtige Beziehungen definieren sich häufig nicht durch die Formulierung von Standpunkten, das Erklären von Absichten, das Schließen von internationalen Verträgen, ob sie nun Bologna, Straßburg oder wie auch immer heißen, sondern durch das tägliche Miteinander. Genau um dieses tägliche Miteinander geht es in den vorliegenden Senatsdrucksachen und das Interessante ist, dass es in beiden Senatsdrucksachen nicht nur um die EU-Perspektive geht, sondern auch um die internationale Perspektive, in dem Fall die afrikanische.

Ziel der Koalition ist es, dieses auch in dieser Legislaturperiode noch stärker zu fördern, als wir es in der Vergangenheit schon getan haben. Von daher starten wir die Legislatur auch gleich mit diesem Thema, für Hamburg ein durchaus wichtiges Thema, weil wir als Handelsdrehscheibe nicht nur mit der EU Handel treiben, sondern insbesondere auch nach Osteuropa und Ostasien blicken müssen, wo für uns Chancen liegen, aber auch, wo wir Verantwortung für das Miteinander in Europa und der Welt haben.

Deswegen sind für uns Städtepartnerschaften mehr als nur Symbolik, mehr als nur Dinge, die man auf Papier schreibt oder sich auf Straßenschilder klebt, sondern es geht darum, Partnerschaften zu gestalten. Statt einer riesigen Quantität, die eine Stadt wie Hamburg sicherlich haben könnte, geht es für uns um Qualität und um den Austausch von Wissen, um nachhaltige Beziehungspflege. Das muss vernünftig organisiert werden. Uns geht es aber auch um die Förderung wirtschaftlicher Dynamik und regionaler Entwicklung.

Die europäische Dimension ist leicht beleuchtet. Die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs haben gezeigt, dass Austausch in den Jahren danach als Grundpfeiler der europäischen Einigung fungiert hat. Innereuropäisch haben wir gute Beziehungen zu Prag und Marseille. Mit Marseille feiern wir dieser Tage ein Jubiläum. Wir werden eine Delegation in der Stadt haben, aber auch in Marseille werden Veranstaltungen stattfinden. Dort sind Städtepartnerschaften Impuls für das Voranschreiten des Einigungsprozesses.

Heute stehen die Außer-EU-Partnerschaften auf dem Programm und hier gibt es andere Impulse. Hier gibt es andere Ansätze, mit denen wir uns befassen wollen. Wir pflegen diese Partnerschaften, weil wir davon überzeugt sind, dass sich Hamburg als ein Gewinner der Globalisierung diesen Herausforderungen stellen muss. Dazu gehört nicht nur, den wirtschaftlichen Wohlstand zu mehren und zu fördern, sondern auch, Verantwortung für Entwicklungen in der Welt zu übernehmen. Das können wir nur sehr kleinteilig, aber genau so wollen wir dies auch tun. Deswegen sehen Sie in den vorgelegten Drucksachen auch sehr viele kleinteilige Maßnahmen, weil wir glauben, Entwicklung findet am besten in kleinteiligen Projekten statt und kann auch kleinteilig vorangebracht werden.

Wir haben gerade Afrika, wo wir noch keine Städtepartnerschaft haben, mit Daressalam auf der Tagesordnung, weil es für uns wichtig ist, in diesem Bereich tätig zu werden. Warum gerade Daressalam? Die CDU hat in der vergangenen Legislaturperiode hierzu zahlreiche Initiativen gestartet, um das einzuschienen. Es handelt sich bei Daressalam – das ist ähnlich wie in St. Petersburg – um eine kontinuierliche Entwicklung, die wir verfolgen. Während wir mit St. Petersburg seit 1957 unter

(Roland Heintze)

Kurt Sieveking eine kontinuierliche Zusammenarbeit haben, die auch im Kalten Krieg gehalten hat – wir erinnern uns an die zahlreichen Paketpackaktionen –, ist es bei Daressalam auch schon eine mehr als 20jährige Geschichte, allerdings mit weiter zurückreichenden historischen Wurzeln, die durchaus nicht ganz unproblematisch sind.

Höhepunkt dieser Entwicklung war das Memorandum über eine konkrete Zusammenarbeit im März 2007, das Ole von Beust mit Adam O. Kimbisa geschlossen hat, um zu zeigen, dass auch Hamburg im afrikanischen Kontext Verantwortung übernehmen möchte, dass sich auch Hamburg an einem Prozess des gegenseitigen Voneinander-Lernens beteiligen möchte, und zwar nicht sofort in Form einer Städtepartnerschaft, die erst am Ende eines solchen Prozesses stehen kann – das war auch bei St. Petersburg der Fall, nach 50 Jahren hat man dann gesagt, jetzt machen wir das –, sondern in einem kontinuierlichen Prozess.

Man muss sehen, dass vieles für Daressalam spricht, vieles auch für den Staat spricht. Wir haben es mit dem ersten afrikanischen Staat zu tun, den die G8 erfolgreich entschuldet hat. Wir haben eine Menschenrechtslage, die – man muss das vorsichtig formulieren – im Regelfall im Vergleich und im afrikanischen Kontext doch zu den besseren gehört, und man kann auf jeden Fall sagen, dass Ansätze von Versammlungs- und Pressefreiheit vorhanden sind.

Allerdings gibt es neben den positiven Aspekten, die bei Tansania und Daressalam eine Rolle spielen, auch viele Probleme, bei denen wir als Entwicklungspartner auch gefragt sind. Aids und Korruption sind große Probleme. Und obwohl man entschuldet ist, sind 42 Prozent des Staatshaushalts geberfinanziert.

Einen ganz anderen Aspekt sehen wir in St. Petersburg, wo wir einen wichtigen Weg in den osteuropäischen Handelsbeziehungen mit der russischen Föderation sehen, wohin 42 Prozent unserer Verkehre mit 30 Abfahrten in der Woche inzwischen gehen. St. Petersburg ist von daher ein wesentlicher Bestandteil, ein wesentlicher Anker für unsere internationalen Beziehungen.

Sie sehen, wir bewegen uns auf zwei Linien. St. Petersburg ist eine traditionelle Partnerschaft, um auch den für uns wichtigen Sprung in den Ostseeraum zu binden, zu verfestigen. Daressalam ist eine Partnerschaft des Voneinander-Lernens in einem ganz anderen Kontext.

Entsprechend unterschiedlich sind auch die Felder der Zusammenarbeit. Bei Daressalam ist es wichtig, auch Infrastrukturfragen anzufassen und da geht es nicht nur um kulturellen Austausch, um Tourismus. Es geht um so kleinteilige Dinge wie Feuerwehr oder Berufsbildung beziehungsweise Beratung von klein- und mittelständischen Unter-

nehmen. Da können wir uns einbringen, da können wir aber auch gerade im kulturellen Kontext voneinander lernen. Und wenn wir den Hafen von Daressalam angucken, wächst auch seine Bedeutung für das östliche Afrika. Auch hier wird man sicherlich ein gutes Miteinander finden und voneinander lernen können.

Deswegen ist für die CDU die weiterführende Zusammenarbeit mit Daressalam ganz klar. Ziel – das ist im Koalitionsvertrag niedergelegt – ist eine Städtepartnerschaft; das will geprüft sein. Wir werden 2008 erst einmal 75 000 Euro für Projekte ausgeben, um dieses voranzubringen, und wir wollen mit einer Fachtagung, die 2008 stattfinden soll, diesen Prozess des Miteinander-Lernens nachhaltig gestalten.

Hier sind wir auf einem guten Weg. Mit Daressalam, wo wir große Hoffnungen haben, ein Signal setzen zu können, wie Städtepartnerschaften funktionieren, wo es um ein Voneinander-Lernen geht, aber auch darum, wie dieses mit afrikanischen Staaten konkret zu organisieren ist, setzen wir ein gutes Signal.

Zu St. Petersburg muss man nicht sehr viel sagen. St. Petersburg ist für uns ein wichtiger Regionalpartner im Ostseeraum. Mit dem Hanse-Office waren wir frühzeitig vertreten, Bürgerrechtsfragen spielen aber auch hier eine Rolle. Da haben wir sicherlich Ansatzpunkte, die wir in der Vergangenheit noch nicht genug betont haben, wo wir noch einmal genauer hingucken müssen. Allerdings gibt es hier eine gewachsene Struktur, die wir besiegelt haben. Wir haben zahlreiche Projekte noch einmal in einem Vertrag niedergelegt, in dem Wirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, Jugend, aber auch die Projekte im Rahmen der EU- und Ostseezusammenarbeit ein wichtiges Feld sind.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Insgesamt sind beide Städtepartnerschaften beziehungsweise im Fall Daressalam Partnerschaften, Dinge, die Hamburg guttun, die Hamburg wichtig sind, die wir auch als wichtig unterstreichen sollen. Es wird auch das Ziel der CDU in der kommenden Legislaturperiode sein, dies noch stärker zu betonen und zu zeigen, dass neben allen abstrakten Diskussionen über die Verträge von Bologna die internationale Zusammenarbeit auch etwas Praktisches hat. Hamburg will seine Verantwortung wahrnehmen, auch außerhalb der EU. Hamburg will lernen und Hamburg will vom internationalen Miteinander profitieren. Das ist unser erklärtes Ziel und daran werden wir in dieser Legislaturperiode weiterarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kloß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein."

So lautet der erste Satz der Präambel der hamburgischen Verfassung.

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau sagte 1997 ergänzend:

"Einen wichtigen Teil dieser Aufgabe stellen neben Hamburgs weltweiten Beziehungen als Zentrum der deutschen Außenwirtschaft und als Welthafen seine Partnerschaften mit derzeit sieben Städten dar.

Für Hamburg und seine Bürgerinnen und Bürger bedeuten diese Partnerschaften Pflege der menschlichen Kontakte, kultureller und wirtschaftlicher Austausch und humanitäre Unterstützung, wenn die Freunde in Not sind."

Meine Damen und Herren! Wir haben heute Gelegenheit, uns mit zwei Partnerschaften zu befassen, nämlich der ältesten, St. Petersburg, und der neuesten, Daressalam. St. Petersburg ist Hamburgs älteste Partnerstadt. Im vergangenen Jahr feierten wir das fünfzigste Jubiläum. Begonnen hat alles im Jahre 1957 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, als der Hamburger Bürgermeister Dr. Sieveking per Handschlag mit der Stadtregierung von Leningrad – so hieß das damals noch – die Partnerschaft vereinbarte. 1975 vereinbarte Bürgermeister Hans-Ulrich Klose ein Zehn-Punkte-Programm mit Leningrad. Im Zentrum standen Tourismus und Jugendaustausch. Es gab Kooperationen auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaft und des Umweltschutzes, viele Schulpartnerschaften wurden entwickelt. Seit 2005 – das ist schon erwähnt worden – vertritt das Hanse-Office in St. Petersburg die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins.

Die Hamburger Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg und der Hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1996 wurde erneuert und weiterentwickelt durch die St. Petersburger Vereinbarung vom 3. Oktober 2007.

Wenn heute der Senat der Bürgerschaft eine Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit beider Städte vorlegt, so geschieht das in der Tradition einer fünfzigjährigen parteiübergreifenden – darauf werde ich Wert legen müssen – Freundschaft zu St. Petersburg. Auf Einzelheiten der Ver-

einbarung will ich hier nicht eingehen, nur auf Folgendes.

Freunde geben sich nicht nur Streicheleinheiten, sondern sind auch berechtigt und verpflichtet, auf Missstände hinzuweisen. So war es auch immer ein Hamburger Anliegen, Demokratiedefizite etwa bei den Wahlen aufzuzeigen, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen und die Rolle der Zivilgesellschaft anzumahnen. Alles in allem dürfen wir feststellen, dass die Städtepartnerschaft die Erwartungen, die man bei ihrer Schaffung hatte, mehr als erfüllt hat, dass es aber richtig und geboten ist, sie weiter zu entwickeln.

Die Beziehungen zu Daressalam, der Hafenstadt in Tansania an der Ostküste Afrikas, sind jung. Sie haben sich auch noch nicht zu einer echten Städtepartnerschaft verdichtet, befinden sich aber auf dem Weg dahin. Jedenfalls wünscht die SPD, dass diese Beziehung die Qualität einer Städtepartnerschaft erhält.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Beziehung realisiert sich die Verpflichtung aus der eingangs erwähnten Präambel der hamburgischen Verfassung. Die Verbindung liegt schon auf der Hand angesichts der historischen Vergangenheit, als Tansania vorübergehend Deutsch-Ostafrika war. Es ist auch ein Gebot, die Schiefeastigkeit der geografischen Befindlichkeit der Partnerstädte zu bereinigen, denn Afrika war bisher nicht in der Reihe der Partnerstädte Hamburgs vertreten. Selbstverständlich passt auch die Hafenstadt Daressalam gut in diese Reihe.

Im großen Zusammenhang ist es aber wichtig, dass eine Stadt wie Hamburg eine exekutive, parlamentarische, wirtschaftliche und kulturelle Bindung zu den Städten und Ländern in Afrika herstellt. Ich erinnere daran, dass die von Armut und Hunger geprägte Lage der Völker und Länder auf diesem Kontinent, insbesondere der Gebiete südlich der Sahara, in den Siebzigerjahren vielfältige Initiativen hervorrief, um den Menschen dort zu helfen. Ich erwähne hier die maßgeblichen Beiträge unter anderem unseres früheren Bundeskanzlers Willy Brandt und des mit ihm befreundeten tansanischen Präsidenten Nyerere durch den von ihnen eingeleiteten Nord-Süd-Dialog. Es war deshalb richtig, dass die Bürgerschaft Anfang 2006 und Ende 2007 den Senat ersuchte zu prüfen, die entwicklungspolitischen Beziehungen zu afrikanischen Großstädten, insbesondere in Tansania, zu vertiefen. In seiner Stellungnahme berichtet der Senat über die Umsetzung beziehungsweise die noch notwendigen Schritte. In der Tat steht hier alles noch am Anfang, wie uns eine Delegation aus Daressalam, an ihrer Spitze übrigens die Tochter des großen Präsidenten Nyerere, vor wenigen Tagen berichtete. Wir haben dabei auch gehört, wie viel Hoffnung in uns, das heißt in die Stadt Hamburg und ihre Bürgerinnen und Bürger, gesetzt

(Rolf-Dieter Klooß)

wird einschließlich der Erwartung, unseren Einfluss in Brüssel geltend zu machen.

Am Wichtigsten erscheint mir aber, dass wir eine Brücke gebaut haben in den fast vergessenen Erdteil Afrika, der unsere Hilfe bitter nötig hat. Die SPD unterstützt dieses aus vollem Herzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GAL begrüßt die Initiativen zur Vertiefung der Beziehungen zu St. Petersburg und Daressalam. Das Annehmen einer Städtepartnerschaft zu Daressalam liegt uns ganz besonders am Herzen. Deshalb möchte ich auch darauf zuerst eingehen, denn uns fehlt bekanntlich noch eine Partnerstadt in Afrika.

Hamburg als eine der reichsten Regionen in Europa hat eine ganz besondere Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb steht es uns gut an, wenn wir uns in Afrika engagieren. Es gibt auch noch einen weiteren Grund, warum das Hamburg gut ansteht, das ist die kolonialhistorische Vergangenheit Hamburgs. Hamburg hat bekannterweise – nicht die Stadt, sondern die Kaufleute – eine besondere Rolle gespielt, eine häufig auch sehr unglückliche Rolle. Insofern steht es uns gut an, wenn wir uns in Afrika engagieren.

Der Vertrag mit Daressalam hat eine ganze Reihe von Stärken. Ich möchte nur einen hervorheben, den ich ganz wichtig finde, nämlich die breite Einbindung von Hamburger Institutionen in diese Partnerschaft. Da wären zum Beispiel die Engagements der Feuerwehr, der Stadtreinigung oder auch der Museen zu nennen und insbesondere die Einbindung von Jugendlichen in Form der Jugendfeuerwehr und von Schulpartnerschaften, die angestrebt werden.

Aber wir haben, wenn wir perspektivisch in die Zukunft schauen und an die Anbahnung einer Städtepartnerschaft denken, doch noch einige Wünsche und die möchte ich ganz gern noch einmal formulieren. Da wären zunächst einmal eine Verstärkung und Vertiefung der Kontakte zu Daressalam, zum Beispiel im Kulturbereich. Im Moment liegt das nur auf der Ebene des Völkerkundemuseums, aber dort könnte man sicherlich noch andere Museen hinzuziehen. Es wäre auch daran zu denken, ob auf der Ebene von Künstlern Kontakte in beide Richtungen gepflegt werden. Wie sieht es eigentlich mit Hamburger Archäologen aus, die dort eventuell tätig werden könnten?

Ein zweiter Punkt, dem wir uns sicherlich stellen müssen, ist die Frage, ob 75 000 Euro hinreichend sind. Das muss auf den Prüfstand, insbesondere dann, wenn diese 75 000 Euro aus dem Haus-

haltstitel genommen werden, der zulasten von anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen geht. Das werden wir sicherlich noch einmal überprüfen müssen.

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt ist, einen wirklichen Kontakt zu den Bürgern zu schaffen, gerade zu Afrika, und dies nicht nur auf institutioneller Ebene; es muss ein Kontakt in beide Richtungen sein. Wie sieht es zum Beispiel mit Studentenaustausch aus, mit Auslandspraktika, damit der Otto Normalverbraucher wirklich etwas von dieser Städtepartnerschaft hat? Da sehe ich auch eine Gefahr in diesem Vertrag. Es geht um den Ausbau des Tourismus und da müssen wir aufpassen, dass, wenn verstärkt Tourismus mit Tansania gepflegt wird, das kein Tourismus ist, der in irgendwelchen Touristengettos endet, wo letztendlich die extreme soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Tansania aufeinandertreffen. Hamburger Touristen in Nobelhotels, abgeschottet vom eigentlichen Land, lassen sich dann von Afrikanern bedienen und machen höchstens, geschützt in Reisebussen, exotische Ausflüge ins Umland. So weit darf es nicht kommen, sondern es soll wirklich eine Partnerschaft auf Augenhöhe sein.

(Beifall bei der GAL)

Deshalb darf diese Partnerschaft nicht einseitig sein, sondern wir müssen uns auch fragen, was wir eigentlich von dieser Städtepartnerschaft haben, was uns an dieser Städtepartnerschaft bereichert und das sind zwei Sachen. Zunächst einmal brauchen wir den direkten Kontakt zu Afrika, zu den Afrikanern, zu den Menschen, damit wir dieses als eine Bereicherung empfinden, und dann müssen wir diesen Kontakt auch nutzen, um Hamburgs Rolle in der Kolonialgeschichte kritisch zu reflektieren. Da gibt es durchaus noch einiges aufzuarbeiten. Wir kennen die unglückliche Geschichte mit dem Tansania-Park in Jenfeld und daraus wäre zu lernen. Wir regen zum Beispiel einen Ort nachhaltiger Bildung und nachhaltigen Lernens der Kolonialgeschichte in Form eines Parks postkolonial an, der durchaus auf der Schlossinsel in Harburg anzusiedeln wäre, aber auch woanders denkbar ist.

(Sören Schumacher SPD: Den will aber keiner haben!)

– Der Kollege sagt, den will keiner haben, aber genau daran müssen wir vielleicht einmal arbeiten. Wir müssen bildungspolitisch in die Bevölkerung hineingehen und ein kritisches Bewusstsein schaffen und das werden wir wahrscheinlich auch erreichen können.

Wie sieht es zum Beispiel mit wissenschaftlicher Zusammenarbeit aus, mit verstärkter Beschäftigung mit Afrika an Hamburger Unis? Auch dort kann noch eine Bereicherung stattfinden.

Ein letzter Punkt zu Daressalam. Wir sollten als zukünftige Partnerstadt mit daran wirken, dass eine

(Andreas Waldowsky)

wirkliche Demokratie in diesem Land entsteht. Noch sind wir davon weit entfernt. Es ist richtig, dass Tansania in punkto Demokratie weiter ist als viele andere afrikanische Staaten, aber da könnten wir noch sehr gut Hilfe leisten. Dasselbe gilt auch bei der Herausbildung einer Zivilgesellschaft. Da sollte sich Hamburg bemühen, einen Beitrag zu leisten.

Das wäre letztendlich auch der Bogen, den man abschließend zu St. Petersburg schlagen kann. Die Kontakte zu St. Petersburg sind sehr alt, sind sehr vertieft und sind auch mit die bestfunktionierenden Kontakte, die wir zu einer Partnerstadt haben. Sie sind auch am tiefsten in der Bevölkerung verwurzelt. Aber wir haben es auch in St. Petersburg mit einem Staat zu tun, der bestenfalls prädemokratisch ist, eine gelenkte Demokratie. Da kommt eine ganz besondere Verantwortung auf uns zu und wir sollten diese Kontakte auch nutzen, um die Demokratie, die Zivilgesellschaft voranzubringen. Auch für St. Petersburg gilt wieder: Wir brauchen den direkten Kontakt der Menschen untereinander, weg von den Institutionen hin zu den direkten Kontakten. Vereine, Schulen, Organisationen müssen sich regelmäßig austauschen, müssen sich begegnen, sei es in Russland, sei es hier in Hamburg.

Dann wäre noch zu fragen, wie es mit der Mehrsprachigkeit an Hamburger Schulen aussieht, wie es mit Russisch-Unterricht aussieht. Sind dort nicht noch Initiativen möglich, um zum Beispiel den Russisch-Unterricht zu verstärken und direkte Kontakte mit Russland und St. Petersburg zu ermöglichen?

Hamburg als weltoffene, als freie Stadt steht also im Kontakt mit seinen Partnerstädten und wir begrüßen sehr, dass jetzt Daressalam hinzukommen wird und die Beziehungen zu St. Petersburg verstärkt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Welch ein harmonisch schönes Thema. Wer möchte nicht eine Städtepartnerschaft mit Daressalam haben, einer Stadt mit einem solchen Namen. Das ist doch wunderbar

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hacki, dann setz dich wieder!)

und von daher ist es auch eine wunderbare, ruhige und nette Debatte. In wesentlichen Punkten unterschreibe ich sogar das, was Herr Waldowsky eben gesagt hat, und sage, das hat er gut gemacht. Es sind noch einige Dinge zu ergänzen und das werde ich jetzt auch machen, aber es freut mich, dass man so etwas feststellen kann.

Es ist wichtig, vor allen Dingen eine Verbindung nach Afrika hinzubekommen, gerade in diesen muslimischen Teil von Afrika. Es ist eine besondere Herausforderung für diese Stadt, gerade solche Verbindungen vertieft anzugehen und sie auch anzugehen als Verbindung zwischen verschiedenen Menschen, zwischen kulturellen Einrichtungen und nicht nur als Beziehungen auf allgemeiner staatlicher Ebene.

Da fällt mir meine erste kleine Kritik an Herrn Heintze ein. Sein Vortrag vorhin hat mir nicht so gut gefallen, dieses Mal ging es.

(Wolfgang Beuß CDU: Was soll das denn heißen, Herr Hackbusch? – Klaus-Peter Hesse CDU: Es muss Ihnen auch nicht gefallen, was wir sagen!)

Herr Kloß hat aus der hamburgischen Verfassung vorgelesen, dass Hamburg eine Vermittlerin zwischen den Erdteilen sein solle. Nach Ihrem Vortrag hatte ich eher das Gefühl, das ist im Geiste des Handels, in der hamburgischen Verfassung steht aber, im Geiste des Friedens.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist um einiges mehr als im Geiste des Handels und damit sollten Sie sich vielleicht noch ein bisschen beschäftigen, damit das, was Herr Kloß hier richtig eingebracht hat, auch stärker zur Geltung kommt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Thomas Böwer SPD)

Insgesamt sollte die Kultur in diesen Bereichen auch eine stärkere Rolle spielen.

Ein zweiter Punkt ist – das ist aber im Wesentlichen von Herrn Waldowsky auch genannt worden –, dass die Mittel bisher nicht ausreichen. Ich verstehe nicht, warum nicht schon zu diesem Zeitpunkt eine Städtepartnerschaft eingeläutet werden kann. In St. Petersburg wurde es damals mit Leningrad nach sehr kurzer Zeit gemacht. Die Verzögerung jetzt macht mich skeptisch, dass man nicht genug Geld in die Hand nehmen möchte, um eine solche Verbindung wirklich pflegen zu können. Das werden wir uns sicherlich im Ausschuss kritisch ansehen und noch einmal genauer besprechen.

Meine zweite kritische Bemerkung bezieht sich auch auf das, was Herr Waldowsky im Zusammenhang mit der historischen Aufbereitung gesagt hat. Die Formulierung in der Drucksache will ich Ihnen noch einmal vorlesen:

"Der Senat erkennt an, dass eine zukunftsweisende partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Daressalam auch die Aufarbeitung gemeinsamer historischer Problemfelder aus beiderseitiger Perspektive erfordert."

(Norbert Hackbusch)

Meine Damen und Herren! Diese Formulierung reicht nicht aus. Wir haben eindeutig festzustellen, dass es sich um ein dunkles Kapitel hamburgischer und deutscher Geschichte handelt.

(Beifall bei der LINKEN, bei *Thomas Böwer* und *Dr. Andreas Dressel*, beide SPD und bei *Antje Möller* GAL)

Wir haben das auch in unseren Drucksachen eindeutig und klar zu sagen und dementsprechend müssen wir uns noch damit beschäftigen, auch um dem Senat an diesem Punkt mal wieder Nachhilfe zu geben. Die hat er in diesem Punkt noch nötig. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Bürgermeisterin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich besonders auf die Städtepartnerschaft mit Daressalam konzentrieren und noch einmal verdeutlichen, Herr Hackbusch, wie der Stand ist, ob man eine Handvoll Geld nimmt oder wie Städtepartnerschaften entstehen; da sind einige Vorläufe nötig.

Wir begrüßen es, dass aufgrund eines Ersuchens der Bürgerschaft vom 8. November 2007 dieses Memorandum jetzt so weit entschieden ist, die Beziehungen mit Daressalam zu intensivieren, zu formalisieren und vor allen Dingen auf weitere Themen, auf öffentliche und private Einrichtungen und Akteure der beiden Städte auszuweiten.

Im Februar 2008 hat der letzte Senat bereits beschlossen, im Laufe des Jahres zu prüfen, in welcher Weise dieses Anliegen umgesetzt wird, wie die Zusammenarbeit mit Daressalam auch nach Ende des ersten Zweijahreszeitraums weitergeführt werden kann. Das sind Vorläufe, die für eine fundierte Partnerschaft nötig sind. Wir, CDU und GAL, haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass es mit Daressalam eine Städtepartnerschaft geben soll, und wir halten es als Koalitionspartner für äußerst wünschenswert – wie auch schon hier im ganzen Hause betont –, dass auch eine afrikanische Großstadt in den Kreis der Partnerstädte Hamburgs eintritt.

Hamburg und Daressalam verbindet viel, wir haben schon viele Beispiele in den Beiträgen gehört: Die großen Hafen- und Handelsstädte, die Metropolen von Wirtschaft und Kultur und aber auch, was wir eben noch einmal hörten, die Kolonialzeit. Es ist eine leidvolle und es ist alles dafür zu tun, diese aufzuarbeiten, das will ich an dieser Stelle auch als Bildungssenatorin sagen. Das ist notwendig. Es ist auch von Hamburg und seit einigen Jahren ausdrücklich von tansanischer Seite bekundet worden, dass eben diese Zusammenarbeit enger

wird, intensiviert wird und die Themen gerne von beiden Seiten aufgegriffen werden. Positive Ergebnisse der Zusammenarbeit sind in größerem Umfang schon erreicht worden, aber auch, was so wichtig ist, in dem kleinen feinen Umgang, das heißt menschliche Kontakte, direkte Kontakte, so bei der Jugendfeuerwehr. So konkret ist dieser Kontakt bei vielen Partnerstädten, die wir haben, gar nicht. Dieser Kontakt ist wichtiger als der – wie wir das manchmal auch bei Delegationen erleben –, bei dem alles immer nur im wirtschaftlichen oder politischen Bereich stattfindet, und nicht dort, wo es die Menschen erreicht. Ausweitung ist angesagt beim Wissenschaftsaustausch bei Hochschulen, Museen, Schulpartnerschaften und im Jugendaustausch. Und sicherlich, Herr Waldowsky hat es eben betont, ist der kulturelle Austausch wichtig. Der darf nicht beim Völkerkundemuseum stehenbleiben.

Die Leitlinie für die weitere Zusammenarbeit unserer beiden Städte sollte gelten. Und darin steht – Zitat:

"Nicht allein um technische Unterstützung in Nordsüdrichtung, sondern um echten Wissensaustausch, gegenseitiges Lernen und Verstehen geht es."

Es ist auch wichtig zur Stärkung der Akzeptanz, auf gleicher Augenhöhe miteinander zu verhandeln. Es darf keine Einseitigkeit geben. Inzwischen bestehen drei Jahre Fachkontakte zwischen den öffentlichen Stellen in Hamburg und Daressalam. Erst seit einem Jahr gibt es das offizielle Memorandum. Deshalb ist es noch zu früh, zu sagen, wann die Kooperation wirklich in eine umfassende Städtepartnerschaft übergeht und wie diese im Detail ausgestaltet wird. Ich freue mich aber, dass über diesen intensivierten Austausch zwischen unseren beiden Städten diese Städtepartnerschaft mit einer Stadt auf dem afrikanischen Kontinent nun angestrebt wird. Diese wird nicht nur bereichernd sein – das ist wichtig in all den Feldern, die schon genannt wurden –, sondern ich finde, es ist auch ein wichtiges Signal in die afrikanische Community Hamburgs, dass wir mit dem afrikanischen Kontinent von Hamburg aus eben nicht nur über Handel und Hafen, sondern umfassend diese Städtepartnerschaft mit Daressalam anstreben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von den Drucksachen 19/163 und 19/164 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen dann zum Punkt 11 der Tagesordnung, Drucksache 19/102 in der Neufassung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Auswirkungen

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

der Videoüberwachung, insbesondere der Reeperbahn.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Auswirkungen der Videoüberwachung, insbesondere der Reeperbahn
– Drs 19/102 (Neufassung) –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel, bitte.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch im zweiten Jahr der Videoüberwachung auf dem Kiez ist die Kriminalität im überwachten Bereich auf St. Pauli angestiegen. Wir haben die Zahlen aus der Großen Anfrage vorliegen. Steigerungen gehen insbesondere auf das Konto von Gewalt- und Körperverletzungsstraftaten. Diese – und auch das zeigt die Anfrage – nehmen in St. Pauli insgesamt zu, im überwachten Bereich aber auch im nicht videoüberwachten Bereich. Die Zahlen zeigen damit – und das ist auch unsere Interpretation und unsere Auswertung –, dass die Gewalt auf dem Kiez trotz Videoüberwachung und Messerverbots immer noch auf dem Vormarsch ist. An der Stelle ist es vielleicht einmal ganz interessant, ein bisschen zu schauen, was dazu vorher von dem Herrn Innensenator prophezeit wurde, als er noch innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion war und hier vorne neben Herrn Warnholz saß. Da kann man einmal ein bisschen in die Archive schauen. Am 5. Dezember 2005 sagte Herr Ahlhaus:

"Ich gehe jedoch davon aus, dass mit dem präventiven Einsatz der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten eine Vielzahl von Straftaten verhindert werden kann ..."

Heute lässt er über seine Pressesprecherin verbreiten:

"Es hat nie jemand behauptet, dass durch den Einsatz von Videoüberwachung die Gewalttaten zurückgehen."

Siehe da, das ist doch ein bemerkenswerter Wandel. Herr Ahlhaus, den sollten Sie an dieser Stelle vielleicht doch einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ohne wirklich sichtbare Polizeipräsenz können die eingeleiteten Maßnahmen nicht greifen. Diese Präsenz muss gehalten und durchaus an einigen Stellen auch noch ergänzt werden. Leider ist zu befürchten, dass aufgrund der wieder schrumpfenden Polizei, die wir in Hamburg leider haben, der Hamburger Polizei schlichtweg das Personal dafür fehlt. Auch deswegen ist es interessant, Herr Ahlhaus, was Sie neulich gerade im "Hamburger Abendblatt" gesagt haben. Sie haben gesagt, die Haushaltslage sei ganz schwierig und Sie hätten ehrgeizige Haushaltsziele und deshalb gebe es kein zu-

sätzliches Polizeipersonal. Der interessante Punkt ist doch: Es geht nicht nur darum, dass es nichts zusätzlich gibt, sondern es geht die ganze Zeit bergab mit den Polizeistellen. Die Zahlen bis 2012: Fast 300 Polizeivollzugsstellen weniger in dieser Stadt. Das wird auf dem Kiez und an anderen Stellen dieser Stadt fehlen. Auch das müssen Sie der Öffentlichkeit erklären, Herr Ahlhaus.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen auch noch Sachen, die nicht unmittelbar mit den Polizeivollzugsstellen zusammenhängen, nämlich die Personalengpässe im Objektschutz. 68 Polizeivollzugsbeamte müssen jeden Tag aus den Kommissariaten abgezogen werden, um im Objektschutz auszuhelfen, den eigentlich Angestellte im Polizeidienst durchführen sollen, 68 Beamte, während die Schichtstärke im Bereich der Davidwache selbst 15 Beamte beträgt. Das allein macht die Dimension deutlich und Sie sollten an der Stelle, wenn Sie schon nicht auf uns hören, jedenfalls auf das hören, was die Polizeigewerkschaften Ihnen zu diesem Punkt ins Stammbuch geschrieben haben.

Andere Zahlen machen stutzig: Die Zahl der ausgelösten Einsätze durch die Videoüberwachung ist von 271 im ersten Jahr auf 162 abgesunken. Das sollte doch eigentlich immer Ihr Erfolgskriterium sein, was die Videoüberwachung bewirkt. Da ist unser Motto: Es reicht eben nicht, Kriminalität zu beobachten, sie muss auch bekämpft werden. Deshalb ist auch dieser Rückgang, der in Ihrem Verantwortungsbereich liegt, absolut erklärungsbedürftig. Auch dazu erwarten wir eine deutliche Aussage von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Zu der Frage, wie es weitergeht und an welchen Stellen auch wir der Meinung sind, dass das Konzept weiter ergänzt werden muss, wird der Kollege Grote, der selber aus St. Pauli kommt, gleich noch etwas sagen: Stichwort Alkoholmissbrauch, aber auch weitere polizeiliche Instrumente: Hannover macht zum Beispiel mit dem Aufenthaltsverbot für aktenkundige Gewalttäter in bestimmten Innenstadtbereichen gerade neue Erfahrungen. Dazu muss es sicherlich Ergänzungen geben.

Es ist doch einmal interessant, was die Koalition sich in diesem Bereich vorgenommen hat. Wir machen alle im Moment Erfahrungen damit, dass wir schauen, was dazu eigentlich im Koalitionsvertrag steht und was Sie sich dazu vorgenommen haben. Sie haben dazu ein Evaluationsjunktum hineinformuliert. Wir sind doch sehr gespannt, was dabei angesichts der doch sehr durchwachsenen Zahlen eigentlich herauskommen wird, wenn Sie das mit der Wirklichkeit vergleichen und versuchen, zwischen dem einen und dem anderen an dieser Stelle auch irgendwie zu einer Einigung zu kommen, und wie das weitergehen soll. Denn die CDU hat

(Dr. Andreas Dressel)

gesagt, sie stehe uneingeschränkt zu dem Konzept. Da sei nichts mehr nachzubessern. Die GAL hat dazu Nein gesagt. Dann ist natürlich die Frage, wie an dieser Stelle die Lösung aussehen soll. Ich möchte dazu am besten Ihre Erinnerungen, Frau Möller, auch noch einmal ein bisschen wachrütteln, was sie in der letzten Wahlperiode alles gesagt haben, etwa zum Thema "Alle stehen unter Tatverdacht":

"25 Millionen Menschen [auf der] ... Reeperbahn ... werden ... praktisch erkennungsdienstlich behandelt."

(Antje Möller GAL: Unglaublich!)

Das war zum Beispiel eine Äußerung vom 19. April 2007.

Dann hat Herr Dr. Steffen gesagt – auch das ist eine interessante Äußerung –, die Reeperbahn halte eine Zone vor, wo die Leute unbefangen sein könnten und nicht beobachtet werden sollten. Hamburg fahre gut damit, dieses Bedürfnis nicht zu verschrecken.

"Kameras aus!"

fordert die GAL am 4. April 2007.

Sogar die Zweite Bürgermeisterin hat sich damals als Fraktionsvorsitzende geäußert:

"Statt in teure und nutzlose Technik hätte das Geld lieber für eine Verstärkung des Personals an Schwerpunkten der Kriminalität eingesetzt werden sollen."

Hört, hört. Davon ist an der Stelle jetzt nichts mehr zu hören. So viel zu dem Thema, wie vorher die Ansage war. Frau Möller, wir sind doch sehr gespannt, was Sie dazu sagen wollen. Die Frage ist: Wie soll ein Kompromiss zwischen dem Ja von der einen Seite und dem Nein von der anderen Seite, das ich noch einmal deutlich gemacht habe, aussehen? Offenbar – das mit den faulen Kompromissen und den Formelkompromissen hatten wir an anderer Stelle auch schon – sind Sie an dieser Stelle so vorgegangen: Wenn der eine Ja sagt und der andere Nein, dann googelt man nach einer Kompromisslösung. Man schaut einmal und gibt bei Google Videoüberwachung ein und siehe da, da kommt irgendetwas aus Zürich heraus. Ich habe das einmal nachgeschaut: Da schreibt der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich über Alternativen. Das hatte Eingang in Ihren Koalitionsvertrag gefunden. Sie können das gleich gerne einmal näher erläutern.

(Antje Möller GAL: Das war schon ein Antrag in der letzten Legislaturperiode! Das hätten Sie schneller finden können als bei Google!)

– Jetzt geht es darum, Frau Möller, was Sie hier konkret als Regierungsfraktion machen, was Sie hier mit einbringen und was Sie an der Stelle in

den Koalitionsvertrag hineinschrieben haben. Ich nehme nicht an, dass diese Zürich-Variante von Herrn Voet van Vormizeele oder Herrn Ahlhaus kommt. Das kommt von Ihnen und wir wollen dann schon einmal sehr genau schauen, was an der Stelle drinsteht. Insofern lohnt es sich: Videoüberwachung durch öffentliche Organe, Empfehlungen und Checkliste, Datenschutzbeauftragter Kanton Zürich.

Darin werden Alternativen zur Videoüberwachung genannt, also was man sonst so machen könnte. Einige sind doch sehr interessant:

"Stärkere Beleuchtung dunkler Orte..."

Da fragt man sich – die Reeperbahn ist vermutlich eine der am hellsten ausgeleuchteten Straßen, die wir auch nachts in Hamburg haben. Insofern: Zusätzliche Lampen werden es an der Stelle vermutlich nicht tun.

"Bewegungsmelder ..."

(Lachen bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben an anderer Stelle noch gesagt, 25 Millionen Leute seien dort unterwegs. Da fragt man sich: Werden Bewegungsmelder an der Stelle die Kriminalität reduzieren? Das weiß ich nicht. Dann kommt noch:

"Einrichtung eines Sicherheitsdienstes"

Das ist auch interessant, weil Sie sonst beim öffentlichen Gewaltmonopol immer der Meinung waren – und da sind wir mit Ihnen total einer Meinung –, das sollten gefälligst Polizisten und Polizeibeamte machen und nicht irgendwelche Leute von privaten Sicherheitsdiensten. Das kann es wohl auch nicht sein. Dann kommt noch:

"Einrichtung eines Treffpunktewagens"

Das leuchtet mir auch nicht so genau ein, was das sein soll.

"Errichtung einer öffentlichen Telefonzelle oder einer Notrufsäule"

Herr Grote, da haben Sie örtliche Kenntnis. Ich glaube, ein paar Notrufsäulen oder zumindest Telefone sind dort vorhanden. Das ist es auch nicht. Dann ist der beste Punkt als Alternative:

"Belebung des öffentlichen Raumes durch Café oder Kiosk"

(Beifall und Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Ja, das ist doch sehr interessant. Ich glaube, an der Belebung liegt es auf der Reeperbahn nicht. Deswegen müssen Sie schon einmal sehr deutlich sagen, was Zürich in diesem Zusammenhang soll. Das ist Ihnen in den Koalitionsverhandlungen irgendwie ein bisschen durch die Lappen gegangen. Da waren Sie so besoffen davon,

(Dr. Andreas Dressel)

(Wolfgang Beuß CDU: He, he!)

dass es jetzt gemeinsam ins Koalitionsbett geht, dass Ihnen an der Stelle solche Sachen schlicht durchgerutscht sind.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Deshalb ist unsere Erwartung, dass Sie neben den Varianten, die Sie bisher zwischen den vorherigen Erklärungen genannt haben, hier einmal etwas dazu vorlegen, wie das angesichts der durchwachsenden Zahlen weitergehen soll. Für uns ist klar: Faule Kompromisse zulasten der Sicherheit der Hamburgerinnen und Hamburger und der vielen Besucher auf dem Kiez werden wir sehr deutlich ansprechen. Darauf können Sie sich verlassen. Bisher ist das eher peinlich, was Sie zu dem Punkt aufgeschrieben haben. Deshalb erwarten wir jetzt Ihre Antwort und Ihre Vorschläge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat jetzt Herr van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit dem letzten Wort von Herrn Dr. Dressel anfangen. Peinlich war ein bisschen das, was Sie gerade vorgetragen haben, verehrter Herr Kollege,

(Beifall bei der CDU)

insbesondere, wenn Sie denn beginnen, aus diesem Papier des Datenschutzbeauftragten aus Zürich zu zitieren. Übrigens: Diese Checkliste hat acht Seiten. Offensichtlich reicht es bei Herrn Dr. Dressel nur zum Lesen der ersten Seite.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war auf Seite 4!)

Da kommt nämlich eine ganze Reihe von sehr interessanten Dingen, die jenseits dessen liegen, was man als Checkliste vor einer Videoüberwachung machen kann. Wir haben uns in der Tat, Herr Dr. Dressel, darauf geeinigt, dass wir für die Videoüberwachung eine Evaluierung vornehmen werden. Und das werden wir auch tun, so steht es im Koalitionsvertrag. Das hat nichts damit zu tun, dass irgendjemand – wie sagten Sie so schön – besoffen war. Das schafft man bei Apfelsaft auch relativ selten. Es geht darum, dass wir mit der Videoüberwachung ein Stilmittel und eine polizeilichtaktische Maßnahme haben, das ein wichtiger Baustein und ein wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit ist, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn Herr Dr. Dressel davon spricht, wir hätten einen faulen Kompromiss geschlossen: Ich glaube, Herr Dr. Dressel, Sie hätten auch einmal eine kurze Ausführung zu der Koalitionsvereinbarung Ihrer Partei in Hamburg-Mitte machen sollen und dazu,

was darin zur Videoüberwachung steht. Denn dort haben Sozialdemokraten gerade vereinbart, dass die Videoüberwachung auf dem Hansaplatz abgeschafft werden soll. Ich finde interessant, dass das darin steht. Dazu hätten Sie sich heute auch einmal erklären können, statt große Worte über Videoüberwachung in dieser Stadt zu machen.

Ich will aber noch einmal eins ganz deutlich machen: Videoüberwachung ist ein Baustein der inneren Sicherheit, nicht mehr und nicht weniger. Videoüberwachung wird niemals Polizeibeamte ersetzen. Das war nicht so geplant und wird auch nicht so sein. Wenn sich hier ein Sozialdemokrat wie Herr Dr. Dressel hinstellt und den vermeintlichen Abbau von Polizeistellen in Hamburg geißelt, dann hat das schon einen sehr faden Geschmack. Ein Vertreter einer Partei, die für den größten Personalabbau in der Hamburger Polizei seit Jahrzehnten verantwortlich gewesen ist, hat wahrlich kaum das Recht, solche Sachen zu behaupten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr van Vormizeele, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dressel?

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): – Aber natürlich.

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): – Bitte sehr.

Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel SPD:* Haben Sie denn Kenntnis davon, dass der Rückgang der Polizeivollzugsstellen bis 2012 fast 300 betragen wird?

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): – Ich habe davon Kenntnis, verehrter Kollege, Herr Dr. Dressel, dass die Sozialdemokratie in dieser Stadt Polizeistellen in mehrfach deutlich höherer Zahl abgebaut hat. Insofern hätten Sie sich dazu einmal bekennen sollen. Das, was dieser Senat an Innerer Sicherheit in Hamburg geschaffen hat, ist vorbildlich und für Sozialdemokraten in dieser Art und Weise bisher unerreichbar gewesen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Jetzt fehlt nur noch die Hauptstadt des Verbrechens!)

Wir werden die Videoüberwachung weiterhin in Hamburg einsetzen. Darüber ist sich die Koalition grundsätzlich einig. Wir werden aber in jedem einzelnen Fall zu prüfen haben, ob das erstens aus rein polizeitaktischer Sicht sinnvoll und angemessen ist. Und wir werden natürlich, weil das in jedem Rechtsstaat so üblich ist, die rechtsstaatlichen Gebote für eine solche Videoüberwachung einzuhalten haben. Wir wollen und werden keine Verhält-

(Kai Voet van Vormizeele)

nisse haben wollen wie in London, wo wir, glaube ich, derweilen bei 30 000 Kameras und einer Flut von Bildern liegen. Das ist nicht sinnvoll und es ist auch nicht das, was wir in Hamburg wollen. Wir werden Videoüberwachung nach der gesetzlichen Lage dort einsetzen, wo wir Schwerpunkte haben und wo wir der Auffassung sind, dass wir diesen Schwerpunkten zum Teil auch mit der Videoüberwachung besser Herr werden können. Wer meint, er könne Zahlenmaterial heranziehen und sagen, die ganze Videoüberwachung sei ein Flop und das bringe alles gar nichts, der irrt ganz gewaltig. Denn alles, was wir in diesen polizeilichen Fallzahlen nicht erfassen können, ist natürlich allein schon einmal der präventive Charakter einer solchen Videoüberwachung. Wer auf St. Pauli – auf dem Kiez – ist, wird überall die Schilder sehen. Jeder weiß inzwischen, dass dort videoüberwacht wird. Glücklicherweise können wir noch nicht die Straftaten zählen, die nicht begangen worden sind, weil sie eben durch eine Videoüberwachung im präventiven Bereich verhindert worden sind. Das, glaube ich, ist auch ganz wichtig.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal sagen: Sie haben zum vierten oder fünften Mal versucht, darzustellen, die schwarz-grüne Koalition könnte ein solches Problem nicht lösen. Ich verspreche Ihnen, Herr Dr. Dressel: Wir werden das in aller Ruhe und in aller Gelassenheit miteinander besprechen und wir werden gute Lösungen für Hamburg, für die Innere Sicherheit in dieser Stadt und aber auch für die Bedürfnisse, die eine rechtsstaatliche Ordnung in einer solchen Stadt erfordert, finden. Wir werden auch weiterhin die Videoüberwachung dort einsetzen, wo es rechtsstaatlich und polizeitaktisch geboten ist, nicht mehr und nicht weniger. Darüber dürfen Sie sich gerne aufregen. Aber seien Sie sicher: Die Probleme, die vorhanden sind, lösen wir gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dressel, wissen Sie, was in Ihrer Innenpolitik noch nie eine Rolle gespielt hat, sind die Grundrechte, die Privatsphäre und die Freiheit, die wir in diesem Land haben, weder bei der Debatte um das Polizeigesetz noch bei der nicht zum ersten Mal stattfindenden Debatte um das Thema Videoüberwachung. Jetzt habe ich gedacht, wir könnten an dieser Stelle tatsächlich noch einmal, sagen wir einmal, in die gleiche Richtung argumentieren, nämlich uns darüber einig sein, dass präventive Videoüberwachung keine Wirkung hat und die Grundrechte eingeschränkt werden. Aber an der Stelle – der erste Satz hat noch gestimmt – sind Sie dann abgewichen und waren plötzlich schon wieder bei den Stellen der

Polizei. Ich sage noch einmal das, was ich gestern schon gesagt habe. Sie haben in dem Koalitionsvertrag Ihre politischen Punkte gesucht und wir haben unsere politischen Punkte hineingeschrieben. Das ist der Unterschied. Deswegen kommt es im Bereich Videoüberwachung auch zu einer Formulierung, an der sich tatsächlich Schwarz und Grün getroffen haben, nämlich an der Erkenntnis,

(Ingo Egloff SPD: Erkenntnisse sind immer gut!)

dass sie so, wie sie jetzt eingesetzt wird, einerseits die Grundrechte tangiert und andererseits nicht den Erfolg hat, den sich – das haben Sie auch schön dargestellt – die CDU immer davon versprochen hat. Im Übrigen, das Thema Züricher Modell: Es war ein bisschen schwach, dass Sie es googeln mussten. Wir haben in der letzten Legislaturperiode diesen Antrag eingebracht und zu diesem Züricher Modell hatten wir auch schon eine Debatte im Parlament.

(Ingo Egloff SPD: Wir glauben nicht immer alles, was Sie schreiben!)

Da haben Sie lange und ausführlich – ich hätte doch das Protokoll mitbringen sollen – auch mit uns darüber gestritten. Da ist Ihnen die Idee mit den Bewegungsmeldern noch gar nicht gekommen. Ich gebe zu: Das war jetzt ein bisschen lustiger als damals. Aber bei der Auseinandersetzung darüber, inwieweit eigentlich die Einschränkung der Grundrechte – und die geschieht durch Videoüberwachung – dann erstens evaluiert werden muss, zweitens Kriterien unterliegen muss und drittens auch geprüft werden muss, ob es alternative Maßnahmen gibt, waren wir uns damals schon nicht einig. Das sind wir uns heute auch nicht, aber es gibt den politischen Konsens in diesem Haus, dass genau nach diesem Verfahren vorgegangen wird, und wir werden sehen, was das Ergebnis ist. Das ist weder eine Bestandsgarantie für das, was jetzt überwacht wird, noch ist es ein tatsächliches Nein zu neuen Maßnahmen. Es geht schlicht und einfach um Kriterien, um Evaluation und um Sinnhaftigkeit.

Damit sind wir dann aus Ihrer Sicht bei den Polizeistellen – aus meiner Sicht noch lange nicht, weil ich nämlich glaube – auch das ist Teil des Koalitionsvertrags –, dass sich Prävention nicht nur durch Polizei, sondern auch durch andere Maßnahmen gestalten lässt, und zwar auch ganz dringlich gestaltet werden muss. Das heißt also, wir sprechen hier über mehr Sozialarbeit und über Angebote gegen Obdachlosigkeit – Alkoholverkaufseinschränkungen sind Ihnen auch eingefallen. Denn, wenn Sie sich die Straftaten anschauen, die weiterhin auf der Reeperbahn und im Umfeld stattfinden, dann hat ein Großteil dieser Straftaten genau mit den Punkten zu tun, die ich eben genannt habe – mit Obdachlosigkeit, mit Rangelieben unter Alkoholeinfluss, mit Diebstahl unter Alko-

(Antje Möller)

holeinfluss und so weiter. Also, es geht beim Thema Reeperbahn weder nur um Videoüberwachung noch nur um Polizei. Es geht um ein Maßnahmenpaket, das insgesamt die Situation dort verbessert und die Zahl der Straftaten verringert.

(Beifall bei der GAL)

Zum Thema Polizei: Im Koalitionsvertrag steht nicht, dass mehr Stellen für Polizei geschaffen werden. Aber es steht im Koalitionsvertrag, dass es eine Organisationsstrukturuntersuchung geben wird. Wenn man sich ein bisschen im wirtschaftlichen Bereich oder auch bei den Behörden bewegt, dann müsste einem doch klar sein, dass das inzwischen ein gängiges Mittel ist, um zu klären, ob eigentlich jeder und jede an seinem und ihrem richtigen Platz mit der genügenden Stundenzahl und der genügenden Kapazität sitzt für das, was dort gearbeitet und erreicht werden muss. Also andersherum ausgedrückt: Sind immer dort, wo die Leute gebraucht werden, genügend Leute, Beamtinnen und Beamte vor Ort und an anderer Stelle vielleicht nicht? Das ist Ziel dieser Organisationsstrukturuntersuchung. Wenn dabei herauskommt, dass tatsächlich insgesamt zu wenige Polizistinnen und Polizisten in dieser Stadt vor Ort arbeiten, dann stehen wir wieder an dieser Stelle und diskutieren darüber. Aber erst einmal geht es darum sicherzustellen, dass die Leute auch dort hinkommen, wo sie gebraucht werden. Das, glaube ich, tut jeder Behörde gut. Ich habe das gestern schon gesagt: Auch bei der Polizei darf man Dinge strukturell verändern wollen und dies ist ein Element davon.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Schneider.

(Harald Krüger CDU: So läuft das bei den Maoisten! – Karl-Heinz Warnholz CDU: Was läuft denn jetzt?)

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ein völliges Fiasko ...

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

... – so könnte die Überschrift der Antwort auf die Frage nach den Auswirkungen der Videoüberwachung lauten. Ein völliges Fiasko – so bezeichnete übrigens nach Meldungen vom 6. Mai der Leiter der Scotland Yard-Abteilung für Videoüberwachung das britische Netz mit seinen mehr als 4 Millionen Videokameras. Dass der Umfang der Videoüberwachung in Hamburg bei Weitem geringer ist als der in London, ändert an der Bewertung nichts.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wissen Sie wie viel? – Karl-Heinz Warnholz CDU: Wie ist das denn in Moskau?)

– Wir reden hier über Hamburg und es wäre ganz gut, wenn Sie sich mit der Videoüberwachung in Hamburg tatsächlich einmal befassen würden.

Als im März 2006 die Kameras zur Überwachung der Reeperbahn angebracht wurden, versprach man sich – es wurde eben Herr Ahlhaus zitiert und das sagte damals auch der Polizeipräsident Jantusch – vor allem präventive Wirkung. Schaut man sich die Zahlen an, die der Senat jetzt vorgelegt hat, lässt sich beim besten Willen keinerlei entsprechende Entwicklung hineininterpretieren. Es gibt keine signifikante Verringerung von Straftaten. Man kann sogar sagen: Im Gegenteil. Der Skandal besteht nun darin, dass man das auch schon vor dem März 2006, also bevor man die Videokameras auf der Reeperbahn installierte, durchaus hätte wissen können. Aus Großbritannien, dem Mutterland der Videoüberwachung, lag zu diesem Zeitpunkt eine Reihe von Studien vor, die zu dem Schluss kamen, dass Videoüberwachung insbesondere keine Auswirkungen auf die Häufigkeit von Raub oder Gewaltverbrechen hat. Ich beziehe mich hier ausdrücklich auf eine gründliche und unabhängige Studie von 2005, die 13 Überwachungssysteme an unterschiedlichen Orten in Großbritannien evaluierte.

(Egbert von Frankenberg CDU: Sie sind dann eher für IMs, oder was?)

Demzufolge ließ sich lediglich ein leichter Rückgang von Autodiebstählen auf videoüberwachten Parkplätzen feststellen. Aber auch aus diesem leichten Rückgang ließ sich für die Begründung von Videoüberwachung kein Honig saugen. Legt man nämlich die durchschnittliche Schadenshöhe in Fällen von Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen zugrunde, dann übertrafen die Kosten der Videoüberwachung die verhinderten Schäden um 50 Prozent. Ganz eindeutig wäre die Versicherung billiger gewesen.

(Zurufe von der CDU: Es geht um Menschen!)

– Ja, es geht um Menschen. Dazu komme ich auch noch.

Und das auf dem einzigen Feld, auf dem Videoüberwachung überhaupt präventive Wirkung zeigte. Auf anderen Feldern zeigte sie überhaupt keine Wirkung. Die hier genannte Studie ergab ebenso wie viele andere insbesondere keinerlei Anzeichen dafür, dass Videoüberwachung Straftaten gegen Personen verhindert.

Sie hätten damals übrigens nicht einmal ins EU-Ausland schauen müssen, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU. In praktisch keiner der 27 deutschen Städte, die im Jahr 2003 Videoüberwachung betrieben, ist belegt, dass die laufende Kamera Straftaten verhindert hat, so jedenfalls die Untersuchungsergebnisse, die eine Referentin der Universität Bielefeld auf einer Konferenz der

(Christiane Schneider)

Hochschule für öffentliche Verwaltung und der Polizei in Bremen im letzten Jahr vorrug.

(Olaf Ohlsen CDU: Sie haben das wohl abgeschrieben, oder was?)

Aber diese 2006 bereits vorliegenden Erfahrungen haben Sie nicht daran gehindert, Videokameras auf der Reeperbahn zu installieren. Die offensichtliche Nutzlosigkeit der Videokameras auf der Reeperbahn – Nutzlosigkeit gemessen am erklärten Anspruch – hat Sie nicht davon abgehalten, Videokameras dann auch noch auf dem Hansaplatz zu installieren. Mehr noch: Der Datenschutzbeauftragte hatte als Vorbedingung für die Installation am Hansaplatz eine unabhängige Evaluierung der Videoüberwachung Reeperbahn gefordert. Das hat die Polizei ebenso abgelehnt wie die geforderte Risikoanalyse und die geforderte Verfahrensbeschreibung. Überhaupt liest sich der Bericht des Datenschutzbeauftragten zum Thema polizeiliche Videoüberwachung wie ein Schauermärchen, was den Umgang der Polizei mit den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Buchstäblich jede noch so geringfügige Einhaltung grundrechtlicher Minimalstandards – man mag nicht einmal Mindeststandards sagen –, die überhaupt durchgesetzt werden konnte, bedurfte längerer Auseinandersetzung und ständiger Ermahnungen. Nach eigenen Angaben hat Hamburg seit 2005 fast 1,4 Millionen Euro für die Videoüberwachung ausgegeben, wobei die laufenden Betriebs- und Personalkosten nicht enthalten sind – Mittel, die Ihnen vielleicht nicht besonders hoch vorkommen, die aber in den Bereichen, die tatsächlich zur Kriminalprävention beitragen, schmerzlich fehlen und die im Hinblick auf das von Ihnen selbst angegebene Ziel schlicht zum Fenster hinausgeschmissen sind,

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

und zwar – das kommt verschärfend hinzu – wider besseres Wissen.

Diese kostspielige Nutzlosigkeit der Kameras ist aber nur ein Punkt unserer Kritik und nicht einmal der Wichtigste; ich deutete es schon an.

Die CDU muss sich fragen lassen, aus welchen Gründen sie die Videoüberwachung entgegen den Ergebnissen dieser Studien überhaupt eingeführt hat und warum sie weiter an ihr festhält. Ich gebe auch gerne die Antwort: Ich kann nämlich keine anderen Gründe erkennen als das ordnungspolitische Credo, die Bürgerinnen und Bürger fest im Blick und unter Kontrolle des Staates zu halten.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

– Großartiges Niveau.

Zur GAL: Frau Möller, Sie sagten, man werde sehen, was das Ergebnis sei. Ich weiß nicht, was Sie jetzt noch Neues sehen wollen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Schneider, darf ich Sie einmal unterbrechen? Meine Damen und Herren! Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

Christiane Schneider (fortfahrend): – Vor allem um etwas mehr Niveau.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Dass sich die schwarz-grüne Koalition im Koalitionsvertrag auf die Fortsetzung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum bis auf Weiteres festgelegt hat, bedeutet für die GAL und ihren Anspruch, die Bürgerrechte zu verteidigen, ein Armutszeugnis.

Liebe Abgeordnete von der GAL! Ihre Kritik an der Videoüberwachung, die Sie in der letzten Legislaturperiode vorgebracht haben, hat ihre Berechtigung nicht verloren. Nur laufen Sie Gefahr, Ihre bürgerrechtlichen Maßstäbe zu verlieren. Sie sind schon von Herrn Dressel zitiert worden, Frau Möller. Es ist gerade ein Jahr her, dass Sie dem seinerzeitigen Innensenator die Verletzung der Freiheitsrechte und die Einschränkung der Grundrechte vorgeworfen haben und angeprangert haben, dass durch die Videoüberwachung allein auf der Reeperbahn jährlich 25 Millionen Menschen polizeilich erfasst und quasi erkennungsdienstlich behandelt wurden.

(Robert Heinemann CDU: Das ist unglaublich!)

Diese Kritik halten wir voll und ganz aufrecht. Die Videoüberwachung muss beendet werden. Die Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD liefert kein einziges Argument dagegen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Herr Innensenator.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Jetzt geht's rund!)

Senator Christoph Ahlhaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zwar eine Rede vorbereitet, aber es gibt so viele schöne Vorlagen, dass man geneigt ist, spontan auf diese Vorlagen einzugehen.

Zunächst bin ich wirklich erfreut und dem Kollegen Dr. Dressel dankbar, dass er zu einer wesentlichen Steigerung, was das Niveau der Debatte angeht – in der Aktuellen Stunde haben Sie nur rumgepoltert –, beigetragen hat und wenigstens den, wenn auch untauglichen, Versuch unternommen hat, mit Argumenten zu punkten; das ist aber nicht gelungen.

(Senator Christoph Ahlhaus)

(Ingo Egloff SPD: Die Beurteilung ist dem geneigten Beobachter zu überlassen und nicht Ihnen!)

Zunächst zu Ihnen, Frau Schneider. Dass ausgerechnet Sie als Vertreterin einer Partei, die bekanntermaßen unter anderem aus einer anderen Partei hervorgegangen ist, die, wenn ich mich historisch richtig erinnere, ein bisschen was mit Beobachtung von Bürgerinnen und Bürgern zu tun gehabt hat – ich will mich einmal ganz vorsichtig ausdrücken –,

(Beifall bei der CDU)

mit diesem Argument kommen – es ist eine von vielen Maßnahmen, die Herr Voet van Vormizeele angesprochen hat, um Kriminalität in Kriminalitätsschwerpunktbereichen zu bekämpfen –, finde ich etwas putzig.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn Sie sagen, Sie vermissten Niveau, dann geht das vielen in diesem Saal so, wenn Argumente kommen, die wirklich jenseits der Realität sind.

(Ingo Egloff SPD: Das war nur auf Ihre Fraktion bezogen!)

Es ist weder Ihnen, Frau Schneider, noch Herrn Dr. Dressel gelungen – dass man diesen Versuch unternimmt, ist legitim –, aus alten Äußerungen, die wir beide nicht zurückzunehmen haben, weder Frau Möller noch ich, einen künstlichen Dissens zu konstruieren, der, wie Sie selbst immer sagen, Herr Dr. Dressel, den Kompass dieser Koalition vermissen lässt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat Sie geärgert!)

– Das ärgert mich überhaupt nicht.

Der Kompass ist klar und der Kompass heißt, wir werden gemeinsam ausloten, was für die Sicherheit der Menschen das Beste ist.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

– Hören Sie einfach mal zu, Herr Dr. Dressel.

Sie wissen selbst, was im Gesetz steht, dass die Videoüberwachung als eine der Maßnahmen, die wir mit dem neuen Polizeigesetz eingeführt haben, nach drei Jahren evaluiert wird.

(Ingo Egloff SPD: Das ist dann der 89. Prüfungsauftrag!)

Wir haben uns noch einmal darauf verständigt, das besonders intensiv zu tun, das anhand von bestimmten Kriterien zu tun und dann werden wir sehen. Diese Evaluierung der Videoüberwachung ist ergebnisoffen und wir werden schauen, ob die ausgewählten Standorte die richtigen sind und ob dieses Instrument das richtige ist. Nur eines – das müssen Sie sich auch anhören, Herr Dr. Dressel – ist nicht eingetreten, was Sie uns immer vorgewor-

fen haben. Wir haben weder den Orwellschen Überwachungsstaat erreicht

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben wir Ihnen nie vorgeworfen!)

noch haben wir, Frau Schneider, Londoner Verhältnisse, wenn wir an wenigen Kriminalitätsschwerpunkten, bisher nur am Hansaplatz und auf der Reeperbahn, mit der Videoüberwachung ein Instrument eingeführt haben, das als eines von einem Bündel von verschiedenen Maßnahmen dafür sorgen soll, dass die Sicherheit für die Menschen in dieser Stadt steigt. Wir haben auf der Reeperbahn, das wissen Sie genau, nicht nur die Videoüberwachung, sondern ein Waffentrageverbot eingeführt, wir haben eine freiwillige Selbstverpflichtung gegen die Glasflaschenverwendung bei alkoholischen Getränken erreicht. Wir haben ein Bündel von Maßnahmen und da können Sie nicht sagen, dass wir vorher behauptet hätten – das stimmt nicht –, Videoüberwachung sei ein Allheilmittel und nur wenn die Videoüberwachung komme, würde alles besser werden. Wenn Sie schon die Zahlen interpretieren, dann müssen Sie sie auch richtig interpretieren.

Die erste Botschaft, die Sie dann bitte auch zur Kenntnis nehmen müssen, heißt: Die Kriminalität ist im ersten Quartal zurückgegangen. Insofern ist Ihre Argumentation schlichtweg überholt und basiert auf Zahlen, die so nicht mehr stimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Besonders bemerkenswert, Herr Dr. Dressel, ist auch die Forderung – hannoversches Beispiel – eines Aufenthaltsverbots; das ist jetzt die ganz große neue Idee. Wir haben ein Aufenthaltsverbot als Maßnahme im Polizeirecht und wissen Sie, warum wir das haben, weil wir dieses Polizeirecht, nachdem Sie es mehrere Jahrzehnte verbummelt haben, durchgesetzt haben, und zwar gegen Ihre Stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Hätten Sie damals die Mehrheit gehabt, hätten wir dieses Instrument heute noch nicht.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Dass Sie heute den Einsatz von Aufenthaltsverboten fordern, obwohl wir sie dort durchführen, wo es angemessen und aus grundrechtlichen Prinzipien vertretbar ist, dass Sie ein Instrument fordern, das Sie selber in diesem Hause abgelehnt haben,

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

finde ich sehr merkwürdig. Herr Dr. Dressel, Sie haben das gesamte Polizeirecht abgelehnt und darin waren auch Instrumente wie das Aufenthaltsverbot.

(Senator Christoph Ahlhaus)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ich habe keine neuen Argumente gehört, ich habe auch keine Vorschläge von Ihnen gehört, wie wir den Kriminalitätsschwerpunkten künftig besser und wirkungsvoller begegnen können. Und die Platte, Videoüberwachung würde Polizeibeamte ersetzen, wir würden Polizei abbauen, ist so alt, die haben wir so oft gehört, sie wird dadurch nicht richtiger.

Fakt ist, lieber Herr Dr. Dressel, dass nach sechs Jahren anderer Regierung die Stadt so attraktiv ist, dass wir auf der Reeperbahn an den Wochenenden, wo wir vor zehn Jahren noch 10 000 bis 20 000 Besucher hatten, über 100 000 Besucher haben und da müssen Sie die veränderten Rahmenbedingungen sehen.

Wir haben, wenn Sie immer von Personalabbau reden, heute auf der Reeperbahn am Wochenende die höchste Polizeidichte Deutschlands. Und wenn Sie dann sagen, wir ersetzen Polizeibeamte durch Kameras, dann ist das an der Realität vorbei. Ich würde vorschlagen, Herr Dr. Dressel, nehmen Sie sich die Zeit und schauen sich sechs Monate lang die Fakten noch einmal genau an. Wir nehmen uns die Zeit, nach drei Jahren, so wie es im Gesetz steht, die verabschiedeten Maßnahmen der Videoüberwachung ganz genau auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und zu schauen, was es gebracht hat, ob sie am richtigen Ort in der richtigen Intensität sind. Dann evaluieren wir gemeinsam, machen einen Bericht und den diskutieren wir in den Gremien der Bürgerschaft und dann kommen wir zu einem Ergebnis, ob wir das hier oder dort weiter ausbauen wollen oder nicht.

Das ist eine seriöse Art der Behandlung. Ich kann verstehen, dass man in einer politisch schwierigen Situation versucht, aus jedem Thema Kapital zu schlagen. Der Erfolg der Innenpolitik in Hamburg ist dazu nicht geeignet, lassen Sie es deswegen einfach sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort erhält der Abgeordnete.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CDU und der GAL und lieber Herr Innensenator! Ich weiß nicht, wer von Ihnen und in welcher konkreten Form wann das letzte Mal auf St. Pauli war, aber von vertiefter Ortskenntnis und Problemkenntnis haben die Redebeiträge nicht gezeugt.

(Beifall bei der SPD)

In erster Linie loten offenbar CDU und GAL eine Menge aus und wollen evaluieren und gucken, wie sie ihre offenkundig unterschiedlichen Standpunkte angenähert bekommen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Was wollen Sie denn machen?)

– Das werde ich Ihnen gleich sagen.

Die Zeit haben aber die Menschen nicht, die am Wochenende St. Pauli besuchen und die dort wohnen,

solange zu warten, bis Sie sich hier gefunden haben. Die Problemlage ist lange bekannt. Ich wohne selber seit vielen Jahren auf St. Pauli, ungefähr hundert Meter von der Reeperbahn entfernt

(Wolfgang Beuß CDU: Herzlichen Glückwunsch!)

und kenne die Situation aus täglichem eigenem Erleben. Es ist unabweisbar so – das weiß Herr Ahlhaus auch, wir haben zu Zeiten, als das zwischen dem Bezirksamt Hamburg-Mitte und der Innenbehörde im Gespräch war, auch einen Austausch gehabt, nur das Ergebnis war ein bisschen lau –, dass wir eine außerordentliche Zunahme an stark alkoholisierten, aggressiven und gewaltbereiten Menschen insbesondere an den Wochenenden auf St. Pauli haben und auch eine starke Zunahme an Gewalt. Insofern ist es natürlich Unsinn zu sagen, Sie hätten hier große Erfolge in der Inneren Sicherheit vorzuweisen. Die haben Sie an der Stelle explizit nicht vorzuweisen. Wir haben eine verschärfte Problematik und keine Besserung der Situation.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Erzähl' mal nichts vom Pferd!)

Insofern geht natürlich die Debatte über die Videoüberwachung auch ein wenig an den realen Problemen vorbei,

(Farid Müller GAL: Ist doch von Ihrer Fraktion angemeldet worden!)

denn wenn Sie sich am Wochenende dort aufhalten, dann werden Sie sehen, dass die Videoüberwachung – sie ist vielleicht nicht unmittelbar schädlich, ich will mich auch gar nicht gegen die Videoüberwachung aussprechen – zur Lösung der Probleme, um die es eigentlich geht, in keinem erkennbaren Bezug steht und vor allen Dingen nicht dazu dienen kann, als Platzhalter davon abzulenken, dass Sie bei den eigentlichen Problemen nichts unternommen haben, sondern es erhebliche Versäumnisse gibt.

Herr Voet van Vormizeele, Sie haben eine Beschlusslage aus Hamburg-Mitte zitiert und Frau Möller hat ein Maßnahmenpaket gefordert. Ich kann insofern nur auf die Beschlusslage der grün-roten Koalition aus Hamburg-Mitte verweisen – das ist noch nicht lange her, Ende 2007 –, wo sehr konkrete Maßnahmen drin gestanden haben, von denen Herr Ahlhaus damals auch einige gut fand, sie aber leider im Senat und in seiner eigenen Behörde nicht durchsetzen konnte. Zu einigen will ich noch etwas sagen.

(Andy Grote)

Sie haben es nicht hinbekommen, das Glasflaschenverbot durchzusetzen. Sie haben sich gegenüber der Lobby der Getränkehersteller in dieser Form nicht durchgesetzt.

(Harald Krüger CDU: Was hat das mit Video zu tun?)

Wir brauchen ein Glasflaschenverbot, denn die gefährlichste Waffe – das wird Ihnen jeder bestätigen –, die bei den vielen Körperverletzungsdelikten eingesetzt wird, ist die Glasflasche. Das ist so und das bekommen Sie an der Stelle gerade nicht hin. Sie haben es auch nicht hinbekommen, dass den bezirklichen Dienststellen im Bereich Straßensozialarbeit, im Bereich Gewerbeaufsicht, insbesondere auch im Bereich Jugendschutz und beim bezirklichen Ordnungsdienst ausreichend Personal zur Verfügung steht. Sie haben auch kein wirksames Aufenthaltsverbot hinbekommen, das für die Kollegen von der Polizei auch wirklich handhabbar ist. Herr Ahlhaus, Sie wissen, dass das jetzige nicht ausreichend ist. All das sind Beschlusslagen, Frau Möller, die die GAL in Hamburg-Mitte auch mitgetragen hat.

Zur strukturellen Verstärkung der Davidwache: Wenn Sie heute von der größten Polizeidichte in Deutschland sprechen, dann gab es die auf der Reeperbahn schon immer, wenn nicht da, wo denn sonst, das hat es dort schon immer gegeben. Wenn Sie sagen, Sie hätten gegenüber sozialdemokratischen Zeiten so viel erreicht, dann will ich Ihnen einmal sagen, dass es diese Form von exzessiver Gewaltkriminalität auf St. Pauli unter SPD-Zeiten nicht gegeben hat; das müssen Sie sich auch einmal anhören.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Kai Voet van Vormizeele CDU: Da war sie in der ganzen Stadt!)

Und wenn Sie immer auf die schlechte Personalsituation der Polizei zu SPD-Zeiten zurückkommen, dann muss ich Ihnen sagen: Die einzige Partei, die in Hamburg in dieser Zeit vier Polizeikommissariate geschlossen hat, ist die CDU und nicht die SPD gewesen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Der aktionistische Einsatz von Bereitschaftspolizei an den Wochenenden ist vielleicht als Sofortmaßnahme ganz lobenswert,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Was denn jetzt? Wollen Sie nun mehr Polizei oder nicht?)

aber Sie wissen ganz genau, dass das nicht ausreicht. Bereitschaftspolizei reicht nicht aus, die ist heute vielleicht einsetzbar, aber morgen gibt es ein Fußballspiel, dann gibt es eine andere Gefahrensituation und sie steht eben nicht zur Verfügung. Das ist keine verlässliche Ausstattung der Davidwache. Sie brauchen eine strukturelle Erhöhung

der Personaldecke an der Davidwache an den Wochenenden, sonst werden Sie das nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Im Gegensatz zu Ihnen handeln wir!)

Diese ganz konkreten Punkte, die im Übrigen schon lange beschlossen sind und in den Behörden vorliegen, bekommen Sie nicht auf die Reihe. Im Grunde genommen wird der Prozess, so nehme ich das wahr, Herr Ahlhaus, jetzt angehalten. Es passiert erst einmal gar nichts, Sie müssen sich jetzt der GAL so weit annähern, dass vielleicht etwas passiert, vielleicht aber auch nicht.

Es gibt dort eine Problemlage, für die Sie bisher keine Lösung haben und ich weiß nicht, wie lange die Menschen auf St. Pauli darauf noch warten sollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Farid Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, Herr Beuß, ich wohne in St. Georg, aber auch da soll es Videoüberwachung geben.

Genau das ist die Überleitung, Herr Grote. Ihre Fraktion hat diese Große Anfrage hier angemeldet. Es geht um Videoüberwachung und warum werfen Sie uns vor, dass wir darüber reden? Das ist mir nicht ganz verständlich, tut mir Leid.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hab' ich doch gar nicht gemacht!)

– Doch, er hat gesagt, wir würden das Thema eingrenzen.

Das ist so angemeldet worden und ich finde es auch gut, denn wir können gerne eine Sicherheitsdebatte über St. Pauli führen. Wir haben hier schon einige geführt und werden sie wahrscheinlich auch weiter führen. Ich freue mich auch über einen Antrag der Sozialdemokraten; wenn Sie noch weitere Kenntnisse haben, wie wir die Situation auf St. Pauli verbessern können, warum nicht. Darüber diskutieren wir gerne mit Ihnen

(Ingo Egloff SPD: Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie ihn annähmen!)

und gerade auch mit den Abgeordneten, die aus dem Wahlkreis kommen. Das können wir alles gerne tun, aber heute bleiben wir ein bisschen beim Thema der Großen Anfrage und da möchte ich noch einmal auf den Vorwurf eingehen, unsere Debatte wäre nicht von örtlicher Kenntnis geprägt. Wenn der Kollege Dressel diesen Katalog aus Zürich vereinzelt herauspickt und ein bisschen lächer-

(Farid Müller)

lich macht, dann will ich gerne einen Punkt aufgreifen.

Wir müssen uns bei den Kriminalitätsschwerpunkten die Orte ganz genau anschauen und wenn wir uns den Hansaplatz angucken, dann haben wir dort eine ganz andere Situation als auf der Reeperbahn. Auch wenn Sie darüber lachen, wenn gesagt wird, man müsse einmal darüber nachdenken, irgendwo ein Café aufzumachen, aber auf dem Hansaplatz ist das wahrscheinlich eine ziemlich gute Idee.

(Andy Grote SPD: Aber wir sprechen über ein anderes Thema!)

Der Hansaplatz ist auch Bestandteil der Großen Anfrage. Herr Grote, Sie müssen vielleicht die Anfragen Ihres Kollegen lesen und dann sehen Sie auch, welches Thema angemeldet ist. Es tut mir Leid, Herr Grote, aber das ist das Thema.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das wird sich noch einrenken, wir sind noch ganz am Anfang der Legislaturperiode.

Wenn wir also über den Hansaplatz sprechen,

(Carola Veit SPD: Was soll denn das? Mann, Mann, Mann!)

dann muss man doch eines sehen. Vor Ort sind die Bürgerinnen und Bürger sehr engagiert, genau diesen Hansaplatz zusammen mit der Bezirksverwaltung so umzugestalten, dass die Kameras möglichst bald überflüssig werden. Und was kann einem Staat besser passieren als solche Initiativen vor Ort, die tatsächlich in naher Zukunft dazu führen, dass wir vielleicht solche Instrumente nicht mehr brauchen. Wir haben sie doch nicht als Selbstzweck in dieser Stadt. Jedenfalls wollen wir Grünen sie nicht als Selbstzweck und die Koalitionspartner von der CDU wollen sie auch nicht als Selbstzweck, das haben Sie doch nun gehört.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nicht mehr!)

Wir gucken uns das ganz genau an und diese Zeit haben wir durchaus. Da brauchen Sie den Menschen auch nicht einzureden, dass diese Monate, in denen wir uns genau angucken werden, was die Kameras direkt an den jeweiligen Orten bringen, nun auf einmal gefährlich für sie wären. Das halte ich für Quatsch und Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass sich in diesem Punkt auch etwas bewegt hat. Sie können gerne mit dem Finger rumwühlen und sagen, in der Innenpolitik sind Sie doch weit auseinander, da picksen wir einmal hinein, 'mal sehen, was passiert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Bischoff zu?

Farid Müller (fortfahrend): Nein, der Kollege kann sich gleich auch melden.

Lassen Sie uns doch erst einmal die Zahlen abwarten. Wahrscheinlich sind wir in der Sache gar nicht so weit weg, was die Beurteilung solcher Kameras an Plätzen angeht, denn eines geht aus dieser Großen Anfrage für den Hansaplatz zum Beispiel hervor, dass die Zahlen von 2006 sind und da waren die Kameras noch gar nicht installiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort erhält der Abgeordnete Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Müller, ich wollte Sie eigentlich nur kurz fragen,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Dann schnell!)

wie Sie denn die Formulierung im Koalitionsvertrag für Hamburg-Mitte interpretieren. Da steht nicht Abbau drin – das war übrigens heute mehrfach die Debatte –, sondern Rückbau der Videoüberwachung. Kann ich das so interpretieren, dass Rückbau heißt, dass Sie sich von diesem Projekt verabschieden?

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ähnlich wie der Rückbau in Moorburg!)

– Genau.

Die zweite Frage: Wenn Sie auf das Argument von Frau Schneider eingegangen wären, dann wüssten Sie, dass nicht nur in St. Pauli, also auf der Reeperbahn, sondern auch auf dem Hansaplatz eklatante Verletzungen der Bürgerrechte und der Persönlichkeitsrechte vorliegen. Wie stehen Sie dazu? Sie können ja dazu Stellung nehmen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist falsch!)

Das hätte ich von der Debatte gerne noch mitgenommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann bleibt die Frage unbeantwortet!)

Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/102 in der Neufassung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 27 auf, Drucksache 19/272, Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Nacht der Jugend 2009.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)**[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU:
Nacht der Jugend 2009
– Drs 19/272 –]**

Wer wünscht das Wort? Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist doch schön, einmal in der Bürgerschaft einen harmonischen Antrag zu haben, bei dem wir uns nicht streiten, sondern der von allen unterstützt wird.

Weil wir aber viele neue Mitglieder im Parlament haben, die die erste Nacht der Jugend nicht mitbekommen haben, erlauben Sie mir einen kleinen Rückblick auf unsere erste Nacht der Jugend. Die erste Nacht der Jugend ging auf Initiative der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2004 zurück.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch einen Beifall wert, das war eine tolle Initiative. Daraus ist schnell ein interfraktioneller Antrag entstanden, weil alle die Idee gut fanden. Vorbild war übrigens Bremen. Im Bremer Rathaus wurde die Nacht der Jugend schon praktiziert und die Mitglieder des Jugendausschusses sind sogar noch hingefahren. Das war eine tolle Sache, wir konnten also sehen, wie es aussehen soll.

Vom Papier in die Praxis brauchte es dann allerdings noch etwas, denn vielen war das doch ein bisschen befremdlich und ungewöhnlich. Wir wollten Musik ins Rathaus holen, Hip-Hop, Rap Dance sozusagen und ich sehe noch Herrn Hesse in unserem Jugendausschuss.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es gab einige Bedenkenräger, es wurde diskutiert, Frau Koop saß mit dabei. Es ist uns aber gelungen, auch Herrn Hesse so weit zu überzeugen, diese Sache einmal zu machen. Ich fand es sehr gut, dass alle Bedenkenräger

(Klaus-Peter Hesse CDU: Es ging um den Text!)

– es ging um den Text des Liedes – dennoch zur Nacht der Jugend gekommen sind, sich überzeugt haben, welch erfolgreiche Veranstaltung das war und so soll es auch sein. Ich bin sicher, dass wir wieder Diskussionen haben werden, denn wenn wir die Jugendlichen ins Rathaus holen wollen, dann müssen wir sie mit ihrer Sprache ansprechen. Wir müssen Musik hereinholen und haben vielleicht auch Texte, die uns Erwachsenen nicht so gefallen wie den Jugendlichen, die letztendlich aber zu einer Diskussion führen; das ist auch uns wichtig gewesen.

Im Rathaus war es dann bei der Nacht der Jugend – sie fand übrigens 2005 statt, wir brauchten einen kleinen Vorlauf – überhaupt nicht so, dass die vielen Jugendlichen nur die Musik gehört haben. Die

fand übrigens in der Rathausdiele statt und war eine tolle Sache, da war eine Bombenstimmung. Die Jugendlichen haben gerade auch die Angebote wie Lesungen oder Präsentationen genutzt und ganz besonders begehrt waren die Zeitzeugengespräche. Das war auch für mich sehr erfreulich, denn es war fast jedem Jugendlichen klar, das ist noch einmal eine einmalige Chance, Menschen zu treffen und sich mit denen zu unterhalten, die das Dritte Reich, den Nationalsozialismus, selber erlebt haben. Es herrschte also wirklich eine gespannte Aufmerksamkeit und in den Räumen mit den Zeitzeugen war es brechend voll und die Jugendlichen sind in den Dialog eingetreten; das war toll.

Für mich und nicht nur für mich, sondern zum Beispiel auch für die Kollegin Hilgers von der SPD, war damals ein Auftritt von Sylvin Rubinstein der Höhepunkt; vielleicht ist er einigen von Ihnen bekannt. Nach ihm ist zum Beispiel das Lied "Die Beine von Dolores" benannt, die sind hier vielleicht schon einmal ins Gespräch gekommen. Sylvin Rubinstein ist dort mit 92 Jahren aufgetreten. Er war ein Flamenco-Tänzer, der im Dritten Reich verfolgt wurde und eine neue Identität annehmen musste, seine Schwester ist damals von den Nazis umgebracht worden. Das war ein toller Auftritt, der viele Jugendliche fasziniert hat. Und wer gesehen hat, wie über solche Darstellungen, über die Gespräche und nicht zuletzt über die Tanzvorführungen die Jugendlichen fasziniert und interessiert an diesem Thema Nationalsozialismus gearbeitet und zugehört haben, der wird mir sicherlich recht geben, dass das die richtige Methode ist, gemeinsam gegen Rechts voranzugehen.

(Beifall bei der GAL und der CU)

Ich habe jetzt genug von der damaligen Nacht der Jugend geschwärmt und bin überzeugt davon, dass die Bürgerschaftskanzlei, die das damals hervorragend immer in enger Abstimmung mit dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss organisiert hat, es erneut genauso toll machen wird und eine tolle Nacht der Jugend mit uns gemeinsam planen wird.

Warum ist diese Veranstaltung so wichtig für uns? Ich hatte es eingangs schon gesagt. Die Gefahr, dass die Schrecken des Dritten Reiches und des Nationalsozialismus verblassen, ist einfach sehr groß geworden. Wir müssen alles tun, um die Erinnerungen an die Greuelthaten des Nationalsozialismus wachzuhalten. Vor allen Dingen müssen wir verhindern, dass der Zulauf zu den rechtsradikalen Gruppen immer weiter zunimmt oder überhaupt auch nur ein einzelner dort hingeht.

Der 1. Mai war schon denkwürdig, wenn wir uns überlegen, dass dort die doppelte Anzahl von Rechtsradikalen aufgelaufen ist, als man vermutet hatte. Das muss uns alle sehr besorgt machen. Wenn am 1. Mai so viele Nazis, so viele Rechtsradikale auf die Straße gehen und marschieren, ist

(Christiane Blömeke)

das ein Anlass zur Sorge. Dem müssen wir entgegenreten und das können wir zum Beispiel mit so einer Veranstaltung wie der Nacht der Jugend. Die Nacht der Jugend hat einen Tenor, der heißt: Gemeinsam gegen Rechts und stärkt das Bewusstsein der Jugendlichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.

Aus dem Grund wollen wir das Rathaus für die Jugendlichen öffnen. Wir wollen Musik in das Rathaus holen, wir wollen aber auch Texte lesen, wir wollen Zeitzeugen hören, Theateraufführungen oder Ausstellungen präsentieren; das Angebot kann wahnsinnig vielfältig sein. Alles ist möglich, alles geschieht in Kombination und Absprache mit den Jugendlichen.

Wir haben in diesem Parlament überhaupt keinen Dissens und es freut mich, wenn alle diese Nacht der Jugend unterstützen. Ich hoffe, es kommen möglichst viele dann auch hin – sie soll erst 2009 stattfinden, aber es steckt auch eine Menge Arbeit dahinter –, wenn wir gemeinsam mit den Jugendlichen erleben, wie vielfältig Informationen sind und wie auf andere Art und Weise Informationen gegen Rechts, sozusagen gegen den Nationalsozialismus, bei den Jugendlichen rüberkommen können.

Ich freue mich schon, wenn wir gemeinsam in die Planung gehen und finde es erst einmal klasse, wenn wir den Antrag gemeinsam auf den Weg bringen und verabschieden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Blömeke, ich bin einer der Neuen, die Sie eben angesprochen haben. Ich war nicht auf der Veranstaltung 2006, freue mich aber ebenso wie Sie auf die Veranstaltung 2009.

Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, Ihnen mitzuteilen, warum diese Veranstaltung auch für uns so wichtig ist. Sie haben erwähnt, dass die "Nacht der Jugend" 2006 ein großer Erfolg war. Auch da war das Thema Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt. Das alles geschah in einem Rahmen, der Jugendliche letzten Endes auch anspricht. Das allein sind bereits wichtige Aspekte, die solch eine Veranstaltung rechtfertigen.

Ich glaube aber, dass insbesondere der Hauptbezug dieser Veranstaltung zur Reichspogromnacht den Jugendlichen schlicht verdeutlichen konnte, welche Auswirkungen dieses alles hat. In der Konsequenz führt dieses nämlich zu Rassenwahn, Ignoranz und Hass und daraus resultierend der Beginn von staatlichem Terror und Massenmord.

Dass zudem die Zeitzeugen den Jugendlichen in Gesprächen authentisch mitteilen konnten, welche Auswirkung dieses hat, ist dabei von unschätzbarem Wert. Ich finde es auch sehr wichtig, dass Jugendliche verinnerlichen, welche große Verantwortung wir als Deutsche auf der einen Seite nicht nur den vielen, vielen Opfern gegenüber haben, sondern auch gegenüber den kommenden Generationen, damit so etwas nie wieder passiert.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* und *Linda Heitmann*, beide GAL)

Das ist auch eine meiner Hauptmotivationen: Sich dieser Verantwortung als Mensch sehr bewusst zu sein und zu wissen, dass diese Verantwortung auch weitergegeben werden muss an die kommende Generation. Dieses sehr verantwortlich zu tun, das müssen die Jugendlichen auch in ihren Köpfen behalten und verinnerlichen, damit sie irgendwann selbst in der Lage sind, diesen Teil der Geschichte authentisch wiederzugeben, auch wenn es dann keine Zeitzeugen mehr gibt.

Ich sage es noch einmal deutlich: Jeglicher Zulauf von Jugendlichen zu den rechten Holocaust-Leugnern ist eine Sünde im Angesicht unserer Geschichte.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu der Musik sagen. Da hat es hier einen kleinen Dialog zwischen Klaus-Peter Hesse und Ihnen gegeben. Ich weiß, dass es da im Vorfeld die eine oder andere Irritation gegeben hat. Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich das auch verstehen kann, weil Reichspogromnacht, Hip-Hop und Rap in sich vielleicht erst einmal einen Widerspruch darstellt. Aber da muss man auch noch einmal in sich gehen und die Bedeutung von Musik für Jugendliche begreifen. Für Jugendliche ist Musik nicht nur ein Anlass zum Feiern und Tanzen, sondern Musik transportiert für Jugendliche Emotionen, Ereignisse, Geschehnisse. Wenn Sie sich an Ihre Jugend erinnern, wird es vielleicht gar nicht so viel anders gewesen sein. Überdies hat Musik durchaus schon bewiesen, welche Kraft und Botschaft in ihr steckt als Auslöser für einen Diskussionsprozess. Ich nehme einmal das Beispiel Woodstock. Da stand nicht nur der Friedensprozess im Hintergrund. Oder nehmen wir das "Live-Aid"-Konzert in den Achtzigerjahren als Beispiel. Auch hier gab es einen sehr tragischen Hintergrund, nämlich die Hungersnöte in Afrika. Auch wenn es ein bisschen abstrakt klingt, wir hatten vor nicht allzu langer Zeit in Hamburg die "Live-Earth"-Konzerte. Was ich damit sagen will, ist, dass Musik oftmals ein sehr, sehr schmerzliches Erlebnis begleitet, aber dadurch auch die Herzen der Jugendlichen öffnet. Das kann man vielleicht nicht ganz vergleichen, weil die "Nacht der Jugend" doch eine sehr kleine Veranstaltung ist, aber im Kern sagt es doch schon aus, was es den Jugendlichen bedeutet.

(Stephan Müller)

Leider, leider haben die Rechten dies auch für sich entdeckt unter dem Stichwort Schulhof-CDs. Im Ergebnis erhoffen wir uns genau wie Sie, dass die "Nacht der Jugend 2009" ähnlich erfolgreich wird wie 2006. Jugendliche werden mit Jugendlichen feiern, sich austauschen und, ich hoffe, ein klares Signal nach außen senden gegen Hass, Gewalt und Ausgrenzung. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen, auch im Zusammenhang mit dem Thema, das wir vorhin in der Aktuellen Stunde debattiert haben.

Wie die konkrete Ausgestaltung dieser "Nacht der Jugend" sein könnte, werden wir gemeinsam mit der Bürgerschaftskanzlei und auch im Ausschuss besprechen. Wir müssen sehen, wie die finanziellen Ausstattung sind, was können wir hier leisten. Jedenfalls freue ich mich sehr auf die Diskussion und die anschließende Feier. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD:* Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Christiane Blömeke, ich muss sagen, dass mir diese Rede sehr viel besser gefallen hat. Ich fand sie wesentlich ehrlicher als dieses unsägliche Rumgeeier, als wir vorhin über Morsal gesprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 160 Jahren haben immer wieder Ereignisse, die an einem 9. November stattfinden, eine besondere Bedeutung für das Schicksal der Deutschen gehabt. An ihnen lässt sich unsere ganze wechselvolle Geschichte erzählen. Mal markierte der 9. November einen Schritt nach vorn, mal einen zurück. Dieser Gedenktag könnte ein Nachdenktag über Deutschland sein und doch geht er meistens irgendwie unter. Als nationaler Gedenk- und Feiertag ist er – das wissen wir alle – bewusst nicht gewählt worden, aus Angst, es könnten die falschen Ereignisse gefeiert werden, die hier auch angesprochen worden sind. So haben wir nun diesen 3. Oktober, von dem die Hälfte der Bevölkerung eigentlich gar nicht weiß, wofür dieser so richtig steht.

Wir in Hamburg haben uns 2006 – Christiane, das war 2006 und nicht 2005 – erstmals getraut, den 9. November besonders zu begehen. Eine ursprüngliche SPD-Initiative – danke für den Hinweis – wurde glücklicherweise zu einer gemeinsamen Initiative aller Fraktionen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ja, wenn mal was Gutes kommt, dann übernehmen wir das gerne!)

– Es wäre schön, wenn das immer so wäre, Klaus. Er sagte gerade, wenn mal etwas Gutes kommt, würde die CDU das auch übernehmen. Ich denke, dieses Zitat kommt auch ins Protokoll und dann

wollen wir uns auch gerne an der einen oder anderen Stelle daran erinnern, Klaus-Peter.

(Zuruf: Aber es muss dann auch etwas kommen!)

– Okay, wir werden liefern und Ihr werdet übernehmen und dann bringen wir alle gemeinsam Hamburg ein Stück weiter voran.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Damals haben wir im Rathaus die erste "Nacht der Jugend" veranstaltet, die auch schon ausführlich beschrieben worden ist und auf jugendgerechte Art an die Schrecken der Pogromnacht erinnert. Das war wirklich ein gewaltiger Erfolg. 2700 junge Menschen haben uns mit ihrer Anwesenheit und ihrem Mitmachen wirklich beeindruckt. Das kann ich, glaube ich, für all diejenigen sagen, die damals dabei gewesen sind. Im Jugendausschuss waren wir uns anschließend auch einig darüber, dass dieses Ereignis verstetigt und ab dem Jahre 2007 zu einem regelmäßigen Ereignis werden sollte. Das haben wir damals einstimmig so beschlossen. Das habe ich noch gut im Gedächtnis, weil wir in der vergangenen Legislaturperiode nur selten einstimmige Beschlüsse zur Jugendpolitik hatten.

Leider hatte unser Beschluss aus dem Jugendausschuss dann keinen Bestand. Die Fraktionen von CDU und GAL haben das gemeinsame Vorgehen des Jugendausschusses gekippt. Wir haben dann noch mit einem SPD-Antrag versucht, das Anliegen zu retten. Damals, Klaus-Peter, war Euch noch nicht so ganz klar, wie gut das wirklich ist. Jedenfalls habt Ihr das hier im Hause mit schwarzgrüner Mehrheit niedergestimmt und es war die heutige Zweite Bürgermeisterin, die das Niederstimmen für die GAL damals begründet hat. So fand die "Nacht der Jugend" weder 2007 noch findet sie in diesem Jahr statt. Aber jetzt haben CDU und GAL unseren alten Antrag wieder aufgewärmt, verkaufen ihn hier als eigene Initiative. Da haben wir schon von der Dohle und der Eule gelernt, wie das ist, sich mit fremden Federn zu schmücken, dass das durchaus gefährlich sein kann. Guter Stil ist das nicht, Christiane, schon gar nicht, wenn man in der Rede betont, dass es ja um das gemeinsame Vorhaben ginge. Wenn alle Fraktionen das Gleiche wollen, dann könnte man das eigentlich auch mit einem interfraktionellen Antrag lösen. Dann müssen nicht zwei Fraktionen vorpreschen und der Presse gegenüber so tun, als hätten sie gerade den tiefen Teller neu erfunden.

(Beifall bei der SPD)

Aber die "Nacht der Jugend" ist immer noch eine wunderbare Idee, auch wenn Sie unsere war. Natürlich stimmen wir zu und freuen uns sehr auf die Neuaufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Antrag der CDU und der GAL. Es kann nicht genügend Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus geben. Daher unterstützen wir die Pläne für eine erneute "Nacht der Jugend" in 2009.

Seit es den Kampf gegen Rechts gibt, weiß man aber auch, dass einzelne Großaktionen wenig bringen. Eine Großveranstaltung mit 2700 Jugendlichen ist nur dann ein Erfolg, wenn sie der Höhepunkt einer langen Reihe von Aktivitäten gegen Rechts darstellt. Eine Veranstaltungsreihe, die in dreijährigen Abständen stattfindet, ist nicht nachhaltig. Das ist der Knackpunkt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal* und *Dr. Peter Tschentscher*, beide SPD)

Wir erinnern uns in diesen Tagen an die Anschläge in Solingen vor 15 Jahren und an die Bücherverbrennung vor 75 Jahren. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass auch in Hamburg die Zahl der rechtsextremen Straftaten in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Aus der Vergangenheit lernen, heißt, ein umfassendes Konzept gegen Rechts zu formulieren. Statt Unmengen Geld in Prestigeprojekte zu investieren, brauchen wir Arbeit an der Basis. Ich fürchte, dass die "Nacht der Jugend" nicht viel mehr als Prestige für den Senat bringen wird. Von wem sollen unsere Jugendlichen lernen, wie man sich gegen rechte Ideologien und Gewalttäter wehrt? Von unseren Politikern?

Eine CDU, die, um an die Macht zu kommen, mit der Schill-Partei koalitiert hat, die für ihren Rechtskurs bekannt war, hat wenig Glaubwürdigkeit. Auch nicht glaubwürdiger macht es unseren Bürgermeister, wenn er sich im Nachhinein von den Wahlkampfaussagen des Roland Koch distanziert hat.

Wenn der Senat die "Nacht der Jugend" als einen Mosaikstein im Kampf gegen Rechts sieht, dann fragen wir, wie sein Konzept gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus überhaupt aussieht. Dass der Senat hier untätig ist, hat er gerade in den letzten Wochen bewiesen. Wir können nicht den organisierten Rechtsextremen Möglichkeiten gewähren, unsere Kinder und Jugendlichen zu beeinflussen. Der Kampf gegen Rechts

(Zuruf von der CDU: Auch gegen Links!)

muss in allen Bereichen und auf allen Feldern stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir dem Irrglauben verfallen, mit einer Nacht Großes zu leisten, unterschätzen wir die rechte Gefahr. Meine Fraktion fordert den Senat auf, schnellstmöglich ein Konzept gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus vorzulegen. Entscheidend, wie lebenswert eine Stadt ist, ist nicht, wie viele Millionäre hier leben, sondern ob alle Bewohner, egal welcher Herkunft und Nationalität, frei und angstfrei leben können. Der Senat muss in diesem Punkt viel mehr tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Blömeke aus meiner Fraktion und zum Glück auch die anderen Fraktionen haben bereits ausgeführt, dass wir in dieser "Nacht der Jugend" einen kleinen, aber doch wichtigen Baustein gegen Rechtsextremismus in Hamburg sehen. Herr Yildiz, ich stimme Ihnen zu, dass das ein kleiner Baustein ist, den ich aber dennoch für einen sehr wichtigen halte. Ich möchte noch hinzufügen, dass die Tatsache, dass die "Nacht der Jugend" im letzten Jahr nicht stattgefunden hat, dem geschuldet ist, dass es ein Wahlkampfsjahr war und es nicht förderlich gewesen wäre, diese Veranstaltung dafür zu benutzen, Wahlkampf zu machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle außerdem betonen, dass die "Nacht der Jugend" für uns sogar in doppelter Hinsicht ein Mittel gegen extremistische Tendenzen darstellt.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heitmann, erlauben Sie dem Abgeordneten Kienscherf eine Zwischenfrage?

Linda Heitmann (fortfahrend): Nein.

(*Harald Krüger CDU:* Hätte ich auch nicht gemacht!)

Wenn ich später an dieses Rednerpult gewöhnt bin, dann bin ich, glaube ich, etwas souveräner.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass es für uns in doppelter Hinsicht ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Extremismus im Allgemeinen ist, wenn wir diese "Nacht der Jugend" durchführen, denn neben der Themenwahl selber ist es auch ein wichtiges Zeichen, dass wir junge Menschen hier im Rathaus willkommen heißen und dass wir uns Zeit für sie nehmen und sie

(Linda Heitmann)

im Rahmen dieser "Nacht der Jugend" dazu ermuntern, selbst aktiv zu werden.

Wenn wir von Extremismus sprechen, egal, ob von rechts oder links,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

dann ist Extremismus etwas, das sich gegen das demokratische System als solches richtet. Deshalb sind wir immer wieder gefordert zu zeigen, dass Demokratie davon lebt, dass jeder sich einbringen kann und dass es sich immer wieder lohnt, dafür zu kämpfen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich glaube, gerade jungen Menschen müssen wir ihre Möglichkeiten der Partizipation immer wieder aufzeigen. Die Mittel dazu sind vielfältig. Zum einen müssen wir zeigen, dass gerade auch junge Menschen Verantwortung übernehmen können, wenn sie sich gesellschaftlich engagieren, sei es in Vereinen, Verbänden, gesellschaftlichen oder auch politischen Organisationen.

Zum anderen muss unser Augenmerk aber auch auf den einfachen Wegen der Teilhabe und Mitsprache liegen. Wir müssen junge Menschen immer wieder ermuntern, wählen zu gehen und vor allem auch ermuntern, mit uns als politisch Verantwortliche in dieser Stadt ins Gespräch zu kommen. Ich denke, auch dazu ist diese "Nacht der Jugend" hier im Rathaus ein gutes Mittel, weshalb ich Sie alle noch einmal ausdrücklich auffordern möchte, zu dieser "Nacht der Jugend" auch zu erscheinen, mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, damit die "Nacht der Jugend 2009" ein voller Erfolg wird. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer den gemeinsamen Antrag von GAL und CDU aus der Drucksache 19/272 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 24 der Tagesordnung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Armuts- und Reichtumsbericht.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Armuts- und Reichtumsbericht
– Drs 19/178 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Es gibt Menschen, die es schwerer haben, die schwächer sind. Das ist nicht neu. Das hat es schon immer gegeben. Aber ich wehre mich gegen die Einteilung der Gesellschaft."

Das ist ein Zitat von Franz Müntefering, damals noch Bundesminister für Arbeit und Soziales. Damit wollte er sagen, dass es eine Unterschicht nicht gäbe und dies ein Begriff lebensfremder Soziologen sei. Die Berufsgruppe hat das damals als regelrecht lächerlich empfunden.

Dietrich Wersich, CDU, gab seinen Einstand als Hamburger Sozialsenator, indem er jüngst – durchaus dem inzwischen abgetretenen Müntefering wahlverwandt – in einem Interview mit der "Hamburger Morgenpost" feststellte:

"Es gibt Unterschiede, aber eine Spaltung in Stadtteile oder Orte ist eine falsche Diagnose. Es gibt gewisse Lebenslagen, die zu Problemen führen."

Und weiter Herr Wersich in demselben Interview:

"Ehrfurcht vor dem Leben.",

sei das ihm von Haus aus vertraute Motto. In seiner Langform heißt dieser ethische Imperativ bei Albert Schweitzer:

"Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will."

Und weiter:

"Zugleich erlebt der denkend gewordene Mensch die Nötigung, allem Willen zum Leben die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben entgegenzubringen, wie dem eigenen."

Wenn ich das so lese und höre, dann denke ich an die kürzere Vergangenheit, als ich noch Erwerbsloser und der Verfolgungsbetreuung der ARGE ausgesetzt war. Wenn man die Wirklichkeit des repressiven Verwaltungshandelns in den ARGEn kennt, dann weiß man, dass man dort keineswegs nach der Anweisung verfährt, den sogenannten Kunden – jetzt wieder das Zitat –:

"[...] die gleiche Ehrfurcht vor dem Leben entgegenzubringen, wie dem eigenen",

sondern – so sagt es die Initiative – eher nach der neuen asozialen Marktwirtschaft, Ihnen vielleicht allen bekannt.

(Barbara Ahrons CDU: Nee!)

– Dann sollten Sie mal googeln. Wir hatten vorhin schon einmal das Thema "Googeln". Aber so steht es dann auch im Regierungsprogramm der Hamburger CDU: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Barbara Ahrons CDU: Richtig!)

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Eine so unrichtige wie historisch belastete Phrase.

(Barbara Ahrons CDU: Das sagen Sie!)

Ich habe das dann auch noch in einem Fernsehinterview mit Frau Merkel in einer Handwerkskammer gesehen. Da stand dann statt des eben genannten Spruchs: Sozial ist, wer Arbeit schafft. So kann man sich auch erhöhen.

Unser aller Bürgermeister Ole von Beust hatte zur Mitte des Monats die Unverfrorenheit besessen – so würde ich das bezeichnen –, bei seinem Besuch der Armenspeisung "Alimaus" am Nobistor zu verkünden:

"Mit meinem Besuch will ich zeigen, dass die Politik auch an die Armen und Einsamen denkt."

Dann kam noch ein schöner Satz:

"Nicht jede Hilfe, schon gar nicht Nächstenliebe, ist mit Geld finanzierbar."

(Harald Krüger CDU: Richtig! Recht hat der Mann!)

Klatschen Sie ruhig. Es geht ja noch weiter.

Seit der Einführung von Hartz IV werden auch die Tafeln in Hamburg mit einem wachsenden Zustrom von Bedürftigen konfrontiert, denen das Notwendigste fehlt. Ihnen wäre damit zu helfen, dass sich die Politik ihrer annimmt und die Grundversorgung der Menschen nicht der privaten Mildtätigkeit überlässt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber gerade das ist der Ausdruck einer Politik, die der Bürgermeister nun schon im dritten Senat mit jeweils unterschiedlichen Bündnispartnern betreibt, einer Politik, die bemüht ist, das Soziale in Bereiche der Unverbindlichkeit abzurängen. Von den Tafeln, den wachsenden Andrängen bei den Armenspeisungen ist in der Lebenslagenberichterstattung des Senats – weil nicht sein kann, was nicht sein darf – übrigens nicht die Rede.

Als Ole von Beust 2003 in seiner Rede vor dem Überseeclub ausdrücklich einen – hört, hört – Systemwechsel forderte und an seinem für die Stadt verhängnisvollen Verständnis von Sozialpolitik keinen Zweifel ließ, definierte er – Zitat –:

"[...] Markt als Prinzip, und soziale Gerechtigkeit als Ausdruck von Nächstenliebe."

Jetzt dürfen Sie auch klatschen, wenn Sie denn mögen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nicht bei Ihnen!)

Wie sehr der Bürgermeister an diesem Credo festhält, zeigen seine Äußerungen beim Besuch der "Alimaus",

(Hartmut Engels CDU: Das ist eine Aussage, die ist unverfroren!)

dass Nächstenliebe nicht mit Geld zu bezahlen sei. Weiß die GAL eigentlich schon, welcher Politik sie hier in Wahrheit die Hand reicht? Oder hat sie sich ebenso wie die Mehrheit der Betroffenen in der "Alimaus" von einem freundlich lächelnden Herrn einwickeln lassen, der für jeden ein gutes Wort übrig hat, es sozialpolitisch aber lieber mit Unverbindlichkeiten hält. Ein weiteres gutes Beispiel dafür war die gestrige Regierungserklärung.

Unser Grundgesetz spricht da eine deutlich verbindlichere Sprache, wenn es einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zum Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erklärt.

Die freien Wohlfahrtsverbände fordern seit Jahren einen substanziellen Armuts- und Reichtumsbericht, weil empirische Untersuchungen zu Qualität und Quantität relativer Armut für Hamburg nicht vorliegen. Zu Recht mahnen sie an – ein Zitat der Wohlfahrtsverbände –:

"In der Öffentlichkeit sind in den letzten Jahren Bilder vom 'Sozialschmarotzertum' und 'Sozialhilfemissbrauch' wirkmächtig geworden, die nicht ohne Einfluss auf die gesellschaftliche und politische Wahrnehmung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen und die Wirkungen staatlicher Sozialleistungen geblieben sind. Armutsberichterstattung"

– da bitte ich um Aufmerksamkeit –

"kann hier einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung leisten."

Das kann man auch an die Damen und Herren von der SPD richten, denn ich möchte doch noch einmal die Gelegenheit nutzen und an einen unseligen Minister namens Wolfgang Clement erinnern, der heute als Aufsichtsrat bei Adecco und der Dussmann-Gruppe sitzt und vorher genau diesen Missbrauch mit 20 Prozent benannt hat, ohne auch nur irgendeine Zahl zu haben.

Eine Politik, die Armut entschieden und wirkungsvoll bekämpfen und vermeiden will, muss ein Interesse an einer regelmäßigen und detaillierten Berichterstattung haben, wie sie in anderen Bundesländern, wie etwa im unionsregierten Nordrhein-Westfalen gegeben ist. Eine Politik hingegen, die die von ihr verursachte sozioökonomische Desintegration lieber im Dunkeln belassen will, muss sich beharrlich gegen eine substanzielle Armuts- und Reichtumsberichterstattung stemmen und es lieber bei dem in Hamburg seit nunmehr sieben Jahren wohlbekannten Stückwerk der Lebenslagenberichterstattung belassen, wie es im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL – wer es wissen mag und nachlesen will, auf Seite 43 – bereits wieder festgeschrieben ist.

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Der Lebenslagenbericht Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII, den die ausgeschiedene Sozialsenatorin Schnieber-Jastram zum Ende des vergangenen Jahres vorgestellt hatte, lässt weder auf die Armutsentwicklung in Hamburg schließen, noch bildet er durch die zu enge Fokussierung auf die offiziell registrierten Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen die sogenannte verdeckte beziehungsweise verschämte Armut ab.

Gerade die verschämte Armut ist nicht unterzubewerten, hierzu nur ein Beispiel. In einer Veranstaltung zu Hartz-IV-Problemen, die wir in Bezirken führten, kam jemand auf mich zu und sagte: Ich finde es gut, wie Sie sich da wehren, aber ich selbst könnte das nicht, ich schäme mich zu sehr. Davon haben wir eine ganze Menge und da haben wir eine große Dunkelziffer und die könnte der Armutsbericht zumindest erahnen lassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Martin Schäfer* und *Ksenija Bekeris*, beide SPD)

Die GAL vermisste – damals war sie noch in der Opposition – dort vor allen Dingen Lösungsansätze.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Anlässlich der Vorstellung des Dritten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung erklärte der Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hamburg, Richard Wahser:

"Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer."

Das verwundert uns nicht so sehr, aber dies ist die Relation, die in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung immer wieder hergestellt werden muss, die Schere zwischen Reich und Arm.

Was für die Bundesrepublik ein Skandal ist, gilt für Hamburg als reichste Stadt Deutschlands und viertreichste Stadt Europas in der Potenz. Während nach offiziellen Zahlen mehr als 230 000 Hamburgerinnen und Hamburger in die Armut abgedrängt sind und die sozialen Brennpunkte der Stadt zunehmend sozial abgehängt werden, kennt keine andere Stadt solch einen unermesslichen Reichtum.

In ihrer Pressemeldung vom 7. Februar 2008 wollte die nunmehr ausgeschiedene Sozialsenatorin Schnieber-Jastram diese große Kluft sozialer Ungerechtigkeit verschleiern, indem sie erklärte, dass in Hamburg ein geringerer prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung Sozialleistungen beziehe als zum Beispiel in Bremen, Hannover oder in Berlin.

Was sie verschwiegen hat und was die in Hamburg praktizierte Lebenslagenberichterstattung ver-

schweigen soll, ist der Sachverhalt, dass Hamburg nach den Zahlen von Eurostat in 2005 ein durchschnittliches Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 47 767 Euro ausweist. Man wird sagen müssen, trotz seiner knapp ein viertel Million, offiziell arm. In Berlin liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner bei 23 292 Euro knapp unter der Hälfte und in Hannover mit ungefähr 26 000 knapp über der Hälfte des Hamburger Wertes. Diese Zahlen zeigen, welche enormen Verteilungsspielräume es in Hamburg bei entsprechendem politischen Willen – das vorausgesetzt – geben würde und zeigen Lösungsansätze auf, die die GAL anlässlich der Vorstellung des letzten Lebenslagenberichts noch angemahnt hatte.

Die Zahlen, die wir vom anderen Ende der sozialen Schere kennen, sind ungleich erschütternder, weil sie uns demonstrieren, wie früh Menschen allein aufgrund ihrer sozialen Herkunft ihrer Lebenschancen beraubt werden. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Transferleistungsbezug lag bei 37 844 Euro im ersten Quartal 2002, nicht lange, nachdem der Senat Beust I seine Arbeit aufgenommen hatte.

Bis zum ersten Quartal 2007 – der Senat Beust II ging gerade in sein letztes Regierungsjahr – war die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Leistungsbezug kontinuierlich auf 65 000 Euro gestiegen. Im vierten Quartal 2006 waren unter den ungefähr 271 000 im Melderegister gemeldeten Personen unter 18 Jahren 63 983 auf Transferleistungen angewiesen. Das sind 23,6 Prozent der unter 18-Jährigen, die damit Transferleistungen bezogen haben.

Ich komme zum Schluss.

(Beifall bei *Harald Krüger*, *Karl-Heinz Warnholz* und *Ekkehart Wersich*, alle CDU)

In Hamburg gibt es Armut nicht trotz seines Reichtums, sondern wegen seines unermesslichen Reichtums.

(Zuruf: Oh!)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören,

(*Harald Krüger* CDU: Nein, das bereitet uns körperliche Schmerzen!)

aber Sie können sich ja dann äußern, wenn Sie mögen.

Der Stadtsoziologe Professor Jens Dangschat, kein Parteigänger der LINKEN, hatte bereits in den Neunzigerjahren auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht. Damit dieser mit unserer Verfassung nicht zu vereinbarende Zustand sozialer Ungerechtigkeit – ich erinnere an dieser Stelle an die Sozialpflichtigkeit auch des Privateigentums wie sie im Artikel 14 Absatz 2 unseres Grundgesetzes festgeschrieben ist, auch das hören Sie immer nicht so gerne – in seiner ganzen Unhaltbarkeit of-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

fenkundig wird, fordert DIE LINKE einen substantziellen Armuts- und Reichtumsbericht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre wirren und unzusammenhängenden Zitate möchte ich hier gar nicht weiter kommentieren; es war schon schlimm genug, was Sie da vom Stapel gelassen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dr. Monika Schaal SPD:* Sie sind doch sonst immer so vornehm!)

Das fällt in meinen Augen vielmehr unter die Kategorie was ich immer schon mal irgendwie überbringen wollte, was aber nicht wirklich gelungen ist.

Sie sprachen auch von Besuchen. Ich war vor Kurzem in Berlin und nachdem ich wieder in Hamburg war, konnte ich nur sagen, da merkt man erst, wie weit wir in Hamburg sind und was wir alles Gutes erreicht haben, und in Berlin regieren Sie mit.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Fahren Sie doch mal nach Billstedt!)

Wo ist da Ihre Verantwortung? Sie tun so, als hätten Sie gar nichts damit zu tun. Es ist erstaunlich, was Sie so vom Stapel lassen.

(Beifall bei der CDU)

Mich hat bei Ihren Äußerungen richtig wütend gemacht – das ging vielleicht ein bisschen unter, weil das so unspektakulär vorgetragen wurde –, dass Sie den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement als unselig bezeichnen; das war ein demokratisch gewählter Minister. Ich habe nicht alles geteilt, was er gemacht oder gesagt hat, aber unselige Minister kamen aus Ihren Reihen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt zum Thema sprechen. Wir werden den Hamburger Lebenslagenbericht auf jeden Fall weiterentwickeln. Das steht so im Koalitionsvertrag und ist auch von beiden Seiten gewünscht. Von daher ist Ihr Antrag auch wenig originell und innovativ. Sie schreiben einfach irgendwie zusammen, zu welcher Erkenntnis Sie gekommen sind, und meinen dann, das wäre spektakulär. Ich halte es für wenig innovativ, was da von Ihnen kommt; anders kann ich das nicht kommentieren.

(*Arno Münster SPD:* Das haben wir gestern gerade gehört!)

Es ist geplant, den vorhandenen Lebenslagenbericht mit anderen Berichtsfeldern zu verknüpfen, zum Beispiel der Integration von Zuwanderern, verstärkter Fokus auf Lebenslagen von Kindern

und Jugendlichen und auch Gesundheitsfragen. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar, was wir nicht brauchen. Wir brauchen keinen unsystematischen Datenfriedhof, sondern wir wollen einen handlungsorientierten Ansatz. Wir wollen auch keinen schnüffelnden Staat, der alles wissen will, keine Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Videokameras!)

Ich weiß, bei den LINKEN gibt es eine ganz andere Kultur, angefangen bei Ihrem Bundesvorsitzenden bis in Ihre Fraktion hinein.

(Beifall bei der CDU)

Man muss natürlich bei so einer Sache auch Aufwand und Nutzen beachten; das soll keine ABM-Maßnahme für die Verwaltung sein, nicht unnötig Kapazitäten binden, denn das hilft im Endeffekt niemandem.

Wir wollen aus diesen Gründen einen interpretierenden und handlungsorientierten Berichterstattungsansatz. Einerseits ist ein genaues Lagebild ganz wichtig für solche Sachen, aber man darf die Bedeutung auch nicht überschätzen, denn viele Risiken und Probleme sind bekannt. Es wurde gehandelt und es wird auch in Zukunft gehandelt. Ich will hier nur beispielhaft den Bildungsbereich nennen, also Menschen ohne Bildungsabschlüsse. Das ist ein Problem, das wir alle kennen. Beim Ausbau der Kitas als Bildungseinrichtung gibt es keinen Dissens, da gibt es sogar gemeinsame Beschlüsse. Ich möchte hier nur beispielhaft die Ausgaben nennen, die in dem Bereich deutlich gestiegen sind. Aber auch kleine Grundschulklassen in sozialen Brennpunkten sind ganz konkrete Handlungen, die die Lage mit Sicherheit verbessern werden.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD:* Mussten wir euch doch erst vorstellen!)

Ich darf noch eines sagen: Das beste Sozialprogramm sind nicht irgendwelche Umverteilungsphantasien, die Sie hier vom Stapel gelassen haben, sondern ist ein stetiges und kontinuierliches Wachstum und das wollen wir in dieser Stadt erreichen.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Schneider DIE LINKE:* Wachstum der Zahl der Millionäre!)

Im Armutsbericht der Bundesregierung steht auch, dass es bundesweit zu einer erfreulichen Entwicklung gekommen ist und in Hamburg ist die Lage sogar noch besser. Daher ist das sicherlich der richtige Ansatz. Ich möchte es auf jeden Fall nicht erleben, dass Sie wirtschaftlich richtig loslegen, denn dabei kommt bestimmt nichts Gutes heraus, das kann ich mir nun wirklich nicht vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

(Egbert von Frankenberg)

Also keine Alibiberichte, sondern eine interpretierende, handlungsorientierte Berichterstattung.

Den Antrag selber werden wir an den Ausschuss überweisen und dort können wir noch einmal Ihre Meinung diskutieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt die Drucksache 18/4891 mit der Überschrift: "Hamburg braucht eine realitätsnahe Analyse von Armut und Reichtum als Voraussetzung sozial gerechter Politik". Der Antrag ist von der SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode gestellt und von der CDU-Mehrheit abgelehnt worden. Es gibt den Antrag 18/3463: "Wiedereinführung und Weiterentwicklung der Armutsberichterstattung in Hamburg". Er stammt von der GAL-Fraktion, ist hier diskutiert worden, abgelehnt von der Mehrheit der CDU. Ich könnte diese Serie fortsetzen, wir haben nämlich jedes Jahr einen solchen Antrag gestellt.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

2006 haben wir es dann irgendwann aufgegeben, weil wir merkten, dass es nichts mehr nützt. Dann kam der erste Lebenslagenbericht, nachdem jahrelang gar nichts war. Jetzt haben wir den Antrag der LINKEN.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das wird wohl nichts Neues sein!)

Der Antrag ist nicht falsch, weil er von den LINKEN kommt. Wir haben ihn selber die ganze Zeit ungefähr so gestellt, also werden wir auch nichts Negatives zu diesem Antrag zu sagen haben, sondern ihn inhaltlich unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir nehmen natürlich erfreut zur Kenntnis, dass dieser Antrag nicht wie unsere in der Vergangenheit schlicht hinweggefegt wird, sondern immerhin an den Ausschuss überwiesen wird; das lässt hoffen.

(Martina Gregersen GAL: Na, sehen Sie!)

Die CDU hat keine absolute Mehrheit mehr und muss sich mit ihrem Koalitionspartner abstimmen und der hätte Schwierigkeiten, etwas abzulehnen, was er vor ein paar Monaten selber gefordert hat. Also wird das erst einmal an den Ausschuss überwiesen. Das finden wir gut, weil es eine inhaltliche Diskussion darüber geben wird. Wir haben große Erwartungen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, dass diese inhaltliche Diskussion dann auch wirklich stattfinden wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In der Vergangenheit habe ich insbesondere auf das Thema Kinderarmut abgehoben und mir tut es weh, Herr von Frankenberg, wenn Sie in einer ziemlich arroganten Art über die Probleme hinweggehen

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

und nicht zur Kenntnis nehmen, dass jedes vierte Kind in dieser Stadt unter Armutsverhältnissen groß wird. Wir werden nicht zulassen, dass das weiter hingenommen wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Weil das aber in den letzten Monaten immer wieder hier gesagt worden ist, habe ich mir vorgenommen, heute zu diesem Thema zwei andere Schwerpunkte zu wählen, und der erste Punkt ist das Thema alleinerziehende Menschen.

Das Ergebnis der Bundesberichterstattung ist, dass neben dem Thema Arbeitslosigkeit vor allem das Schicksal von alleinerziehenden Elternteilen das größte Armutsrisiko in Deutschland überhaupt ist. Das muss nicht so sein, es ist nicht von Gott gegeben, dass alleinerziehenden Elternteilen quasi die Armut schon halb auf der Stirn geschrieben steht. Da gibt es gute Voraussetzungen, wir können es als reiche Metropole leisten, dafür zu sorgen, dass mindestens alle Elternteile – es sind überwiegend Frauen, wie wir wissen –, die allein erziehen müssen, spätestens dann, wenn sie Arbeit wollen, auch alle Chancen geboten bekommen, diese Arbeit zu erreichen; das ist doch der springende Punkt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht gar nicht darum, immer nur Geld weiterzugeben, sondern es reicht oft schon aus, den Betroffenen eine reelle Chance zu geben, sich selber zu helfen ganz im Sinne dessen, was im Koalitionsvertrag steht. Gebt den Menschen eine Chance, sich selber zu helfen.

Das hat natürlich vor allem mit den Erziehungsproblemen zu tun und deshalb ist es besonders wichtig, dass gerade Alleinerziehende die Chance eingeräumt bekommen, Kindertagesplätze und Hortplätze auch wirklich zu erhalten und nicht darauf verwiesen werden, dass sie ja keine Arbeit hätten und deshalb auch keine Hortplätze bräuchten. Das muss in dieser Stadt geändert werden, das ist ein wichtiger Ansatz und da müssen wir dranbleiben.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Zweiter Punkt: Warum fordert man eigentlich eine Armutsberichterstattung? Viele glauben, die Sozialdemokraten badeten sich darin, in möglichst vielen Statistiken zu kramen; das ist aber nicht der Hintergrund. Uns geht es darum, Gefährdungen zu erkennen und gezielt zu handeln. Nun gibt es ein

(Uwe Grund)

erkennbar neues Problem. Wer die Berichterstattung der Bundesregierung einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, der konnte zur Kenntnis nehmen, dass eine der Kernaussagen war, dass es eine tendenzielle Auflösung der Mittelschichten in diesem Lande gibt. Es war noch vor sieben Jahren so, dass etwa 62 Prozent der Bevölkerung in sogenannten Mittelschichtsituationen lebten. Innerhalb weniger Jahre ist dieser Prozentsatz auf nur noch 54 Prozent gesunken. Insgesamt sind über 4 Millionen Menschen aus der Mittelschicht in die Armutschicht abgesunken. Das hat vor allem etwas damit zu tun, dass die Niedriglohnentwicklung so gravierend um sich gegriffen hat und wir natürlich viele Jahre hatten, in denen es kaum tarifliche Erhöhungen gegeben hat, jedenfalls real oft sogar sinkende Einkommen. Diese Entwicklung – Arbeitslosigkeit, Niedriglohnentwicklungen, real sinkende Tarifeinkommen – hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen in Armutsverhältnisse abrutschen, wirklich bedrohliche Situationen. Es ist an der Zeit, uns analytisch rechtzeitig damit auseinanderzusetzen und zu Handlungsansätzen zu kommen.

Deshalb ist es notwendig, mit dem Thema Niedriglohn und Mindestlohn umzugehen. Es ist einfach ein Irrtum zu glauben, was die CDU neuerdings wieder tut, das Problem sei via Steuersenkungen zu lösen. Das hört man jetzt aus der Bundesregierung. Von der CDU, der Kanzlerin und vor allem aus Bayern kommt der neue Ruf: Senkt die Steuern, um die Armut zu bekämpfen. Mehr Netto für die Arbeitnehmer, heißt es dann immer. Das ist der Hintergrund, aber in Wahrheit ist es eine Schimäre, denn die Personen, über die wir hier reden, zahlen in der Regel gar keine Steuern mehr oder so wenig Steuern, dass diese Steuersenkungen gar nicht ankommen würden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb ist es ein Trick, um die alte Linie fortzuführen, nämlich die in Wahrheit ohnehin schon Begünstigten über Steuersenkungen immer weiter zu begünstigen. Das ist die wahre Strategie, die dahinter steckt, und das Vehikel der Debatte um Armut wird eigentlich nur missbraucht. Dagegen müssen wir uns wehren, das ist eine reale Gefahr.

(Beifall bei der SPD)

Es wird Sie nicht wundern, dass wir Sozialdemokraten weiter der Meinung sind, dass es notwendig ist, Mindestlöhne einzuführen. Es ist und bleibt unerträglich, dass auch in dieser Stadt Tausende von Menschen ganztags arbeiten und nicht in der Lage sind, von dieser Ganztagsarbeit ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Sie müssen bei der Stadt ankommen, die Hand aufhalten, Sozialhilfe beziehen und wir als Steuerzahler finanzieren das auch noch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auch aus einem anderen Grund ist es unerträglich, der jetzt schon bemerkbar ist. Die vielen Menschen, die durch die Niedriglöhne in Armutsverhältnisse gelangt sind, werden eine bittere Rechnung serviert bekommen, wenn sie in die Altersrente kommen, denn diese Niedriglöhne werden sich natürlich auch bei der Rentenzahlung bemerkbar machen. Das Ergebnis wird sein, dass sie, wenn sie davon nicht leben können, erneut bei der Stadt oder den Gemeinden stehen und sagen, wir brauchen ergänzende Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon die Menschen wenig interessieren, die davon betroffen sind, so hat Sie in der Vergangenheit wenigstens interessiert, wenn der Staatssäckel belastet worden ist. Deshalb nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Verzicht auf Mindestlöhne die Haushalte in Milliardenhöhe belastet und weiter belasten wird, wenn wir nicht gegensteuern.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Wir haben Anlass, ganz konkret hinzuschauen, wo in der Stadt die Probleme am größten sind, und darauf kommt es uns Sozialdemokraten besonders an. Wir wissen vieles über die Armutsentwicklung im Bundesvergleich, wir wissen manches über Hamburg, wir wissen aber ganz wenig über die Quartiere, wie sich die Armutsentwicklung in den Stadtteilen auswirkt, welche Folgen das für die Lebenslagen der Menschen hat. Ich setze auf die Damen und Herren der GAL. Unsere Unterstützung werden Sie in diesem Punkt haben, an die Frage konsequent heranzugehen und endlich zu Fakten zu kommen, die uns helfen, die Probleme besser zu lösen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Gregersen. Bevor Sie beginnen, habe ich noch einen Hinweis an unsere Damen und Herren auf der Zuschauertribüne. Ich möchte darauf hinweisen, dass Beifallsbekundungen nicht erlaubt sind. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Armut macht perspektivlos und Armut grenzt aus. Von daher ist es unsere Aufgabe, Armut zu bekämpfen. Es ist unsere Aufgabe, Wege aufzuzeigen, die aus Armut herausführen und dieses sollten wir gemeinsam erarbeiten. Jeder Mensch soll in Würde leben dürfen, das steht schon in unserem Grundgesetz.

Deshalb ist eine Analyse sehr wichtig und wir brauchen gezielte Maßnahmen. Ich sagte schon ein paarmal an dieser Stelle, dass wir nicht ohne Analyse herumdoktern dürfen, sondern eine gezielte Analyse erstellen und dann gezielte Maßnahmen ergreifen müssen.

(Martina Gregersen)

(Beifall bei der GAL und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag Maßnahmen stehen, die mir sehr wichtig waren und wo ich auch dem Koalitionsvertrag zustimmen konnte. Dies sind der kostenlose Mittagstisch, das Sozialticket, die Hilfe zur Vermeidung von Wohnungsverlust und bessere Hilfe für obdachlose Menschen. Es sind viele Maßnahmen für psychisch Kranke oder aufsuchende Hilfen drin und das sind die Punkte, die wir brauchen, die uns jetzt schon auf der Hand liegen und die wir umsetzen müssen.

Aber wir müssen natürlich noch viel tiefer gucken, dafür ist ein Armutsbericht wichtig und diesen müssen wir erarbeiten. Deshalb haben wir, wie auch schon all die Jahre zuvor, einen Armutsbericht gefordert. Er heißt jetzt Lebenslagenbericht und wird in diese Richtung gehen. Er wird erweitert und die Aspekte Armut und Reichtum mit behandeln,

(*Wolfgang Rose SPD*: Reichtum ist da draußen!)

er wird die Lebenslagen von Migranten mit berücksichtigen, er wird auf Jugendliche und Integration eingehen, er wird Arbeitseinkommen oder Arbeitsarmut mit berücksichtigen. Von daher verdient er auch den Namen Armutsbericht.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Aber das hat der CDU-Kollege ganz anders gesagt!)

– Frau Schneider, dann fragen Sie den CDU-Kollegen, nicht mich bitte.

Da wir dieses umsetzen wollen und es handlungsorientiert und auch praktikabel sein soll, ist es für mich besonders wichtig, die Akteure aus dem Sozialbereich alle mit einzubeziehen, denn wir können es nicht als Politiker alleine umsetzen. Das ist eine zu große Aufgabe, da sind die Spezialistinnen und Spezialisten in der Stadt mit gefordert und deshalb freue ich mich auch, dass wir das gemeinsam machen wollen.

(Beifall bei der GAL)

Wenn uns gerade die praktikablen Handlungsansätze so wichtig sind, dann wundere ich mich schon, wo eigentlich die praktikablen Vorschläge aus der Links-Partei sind. Wenn da steht, weg mit Hartz IV oder man macht nur eine Montagsdemo, dann frage ich mich, wie das Armut verhindern kann.

Herr Joithe-von Krosigk, Sie sprachen noch etwas an und es steht mir vielleicht gar nicht zu, hier diese Rolle einzunehmen. Aber dass Ole von Beust in der "Alimaus" war, fand ich gut und wissen Sie auch warum.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Bülent Ciftlik SPD*: Warum fanden Sie das gut?)

Ich habe hier viele Jahre Sozialpolitik gemacht und viele Sozialprojekte in Hamburg besucht und sie sind vielfältig. Ich habe das Projekt "Alimaus" besucht und war total begeistert von der Warmherzigkeit und der Arbeit, die dort geleistet wird. Aber da Sie, Herr Grote, auch aus Hamburg-Mitte sind, wissen Sie, dass der Bebauungsplan, der vielleicht irgendwann realisiert wird, die "Alimaus" dort nicht mehr mit drauf hat.

(*Andy Grote SPD*: Dann müssen Sie auch wissen, dass Alimaus gar nicht in Mitte liegt!)

– Sie können sich gleich zu Wort melden. – Ich habe Schwester Gerharda, die dieses Haus betreibt, gesagt, wenn Sie hier bleiben möchten, dann laden Sie doch einmal den Bürgermeister ein. Er ist dort gewesen und hat es sich angeguckt und vielleicht hilft es der "Alimaus" als auch den Menschen in dieser Stadt. Sie sollten nicht immer nur kritisieren, sondern das vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Also machen wir jetzt einen Lebenslagenbericht, setzen ihn gemeinsam um und ich würde mich freuen, wenn Sie bei der Armutsbekämpfung mitarbeiten würden und nicht einfach aus Oppositionsgründen immer nur sagen, das ist alles schlecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, liebe Abgeordneten! Ich finde es schon sehr traurig, dass wir in Hamburg, in einer der reichsten und schönsten Städte überhaupt, von Armut sprechen müssen.

(Beifall bei der LINKEN – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Richtig!)

Wir müssen von Armut sprechen, weil der vielgepriesene Aufschwung die Armen dieser Stadt noch nicht erreicht hat, und wir müssen daran arbeiten, dass dieser Aufschwung, in welcher Form auch immer, diese Menschen erreicht.

(*Olaf Böttger CDU*: Weil Sie die anderen Länder ruiniert haben!)

Diese Armen in den Quartieren sind auf Hilfe der Politik angewiesen, die die Rahmenbedingungen schafft, damit diese Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Damit das funktionieren kann, brauchen wir schnellstmöglich detaillierte Angaben wie zum Beispiel einen Sozial- oder Armutsbericht, damit wir aktuell alles aufgelistet bekommen, was in den einzelnen Quartieren von Bedeutung ist. Darum unterstützen wir natürlich die Bestrebungen

(Elisabeth Baum)

der SPD und der Gewerkschaften, die auch schon längere Zeit einen Armuts- und Reichtumsbericht fordern.

So sagt zum Beispiel die Unicef-Studie aus, dass die Kinderarmut in dieser Stadt und auch im Bundesgebiet erheblich schlimmer ausfällt, als im Bericht von Bundesarbeitsminister Scholz zu lesen war. Demnach lebt in Deutschland jedes sechste Kind unterhalb der Armutsgrenze.

Ich zitiere aus dem "Hamburger Abendblatt" von Anfang dieser Woche:

"Der Bericht des Uno-Kinderhilfswerks Unicef kritisierte, dass Deutschland das Wohlergehen von Kindern nicht als zentralen Maßstab für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft ansehe."

Und jetzt frage ich Sie: Sind Kinder unsere Zukunft?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kienscherf.

(Wolfgang Beuß CDU: Der gibt jetzt die Antwort!)

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich gar nicht zu Wort melden,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Zurufe von der CDU)

weil ich es richtig finde, gemeinsam im Sozialausschuss das Thema Armuts- oder Lebenslagenbericht zu diskutieren. Aber, Frau Gregersen, Sie haben zwei, drei Dinge gesagt, die man nicht einfach so im Raum stehen lassen kann.

Wenn Sie zu Herrn Grote sagen, er müsse sich bei der "Alimaus" auskennen, weil die "Alimaus" schließlich im Bezirk Hamburg-Mitte sei, dann muss ich Ihnen leider mitteilen, dass das nicht im Bezirk Hamburg-Mitte liegt, sondern im schönen Bezirk Altona

(Beifall bei der SPD)

und ich glaube, der Bezirk Altona wird schwarzgrün regiert. Von daher wären Sie eigentlich der richtige Ansprechpartner. Da haben Sie ein bisschen die räumliche, vielleicht auch die politische Orientierung verloren.

(Jörg Hamann CDU: Sie sind ja so klug, Herr Kienscherf!)

– Herr Hamann, kommen Sie doch einfach nach vorne. Ihre Reden haben immer einen hohen Unterhaltungswert und von daher wären wir alle sehr gespannt darauf.

Frau Gregersen, ich habe Sie bisher immer so verstanden – vielleicht hat sich das auch geändert –, dass wir unter Sozialpolitik nicht verstehen, dass der Bürgermeister zu einem Haus geht, in dem es kostenloses Mittagessen gibt, sondern unser Anspruch an eine Sozialpolitik ist doch gerade, dass es gar nicht mehr notwendig sein soll, dass die Menschen dort hingehen; das wollen wir doch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich kann die GAL nur davor warnen, auch in diesem Bereich einen Schwenk zu machen, der sich bei Frau Möller gestern schon angekündigt hat. Wo es bisher hieß, der Senat wolle eine seniorengerechte Stadt schaffen, heißt es jetzt nur noch, eine seniorenfreundliche Stadt. Erinnern Sie sich daran, womit Sie vier Jahre lang durch die Gegend gelaufen sind. Da war viel Wahres dran, dafür haben wir Sie auch geschätzt.

(Zurufe von der CDU: Oho! Oho!)

Machen Sie da weiter und lassen Sie nicht alles nur aus reinem Machtwillen hinten runterfallen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/178 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so geschehen.

Wir kommen dann zu Punkt 23 der Tagesordnung, Drucksache 19/93, Antrag der SPD-Fraktion: Qualität der Pflege sichern: Flächendeckende Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten gut vorbereiten – Runder Tisch "Pflegestützpunkte" für die Vorbereitung erforderlich.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Qualität der Pflege sichern: Flächendeckende Versorgung Hamburgs mit Pflegestützpunkten gut vorbereiten – Runder Tisch "Pflegestützpunkte" für die Vorbereitung erforderlich
– Drs 19/93 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? Herr Kienscherf, bitte.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ein Thema, bei dem die Emotionen nicht allzu hoch kochen sollten. Aber es ist ein wichtiges Thema und ich möchte eingangs festhalten, dass wir es als gutes Signal empfinden,

(Dirk Kienscherf)

dass Sie diesen Antrag an den Sozialausschuss mit überweisen, Herr Hesse, und wir dort dann darüber beraten können.

Worum geht es? Sie wissen alle, dass in dieser Stadt rund 41 000 pflegebedürftige Menschen leben. Sie leben in stationären Einrichtungen, sie leben aber vor allen Dingen zu Hause und werden insbesondere durch ihre Angehörigen ambulant gepflegt. Wer einmal selber in der Lage war, einen Angehörigen pflegen zu dürfen beziehungsweise zu müssen, der weiß, welche Last auf einem liegt und was damit verbunden ist.

Wir Sozialdemokraten, aber auch insgesamt das Haus zollen diesen Menschen großen Respekt. Das kann man hier auch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Wer zu Hause diese Pflege für seine Angehörigen organisiert, hat aber auch immer feststellen müssen, dass es äußerst kompliziert war, Pflege zu organisieren. Es lag nicht unbedingt daran, dass es zu wenig Hilfsangebote in dieser Stadt gibt – das haben wir in anderen Bereichen auch –, sondern dass es einfach daran fehlt, relativ schnell einen Überblick zu bekommen, welche Hilfen es gibt, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt, an die man sich wenden muss. Das ist besonders in Fällen, wo es darum geht, möglichst schnell Pflege bereitzustellen, äußerst schwierig und hinderlich und sehr zeitaufwendig für die Angehörigen.

Von daher war es richtig – das haben wir immer unterstützt und Sie sicherlich auch –, dass viele Experten und Betroffene gefordert haben, dass sich im Bereich der Organisation der Pflege für die Angehörigen und die Betroffenen etwas tun muss. Deswegen ist es auch gut, dass es im Rahmen der Pflegereform, die wir auf Bundesebene gerade erlebt haben, nicht nur darum ging, zum einen den Leistungskatalog weiter zu entwickeln, dass wir nicht nur dafür gesorgt haben, eine Dynamisierung der Leistungsentgelte hinzubekommen, sondern dass wir ein ganz neues Instrument geschaffen haben. Dieses neue Instrument sind die Pflegestützpunkte, die dazu beitragen können, Pflege besser für Angehörige und Betroffene zu organisieren; wir Sozialdemokraten begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es herrscht ein hoher Geräuschpegel im Parlament, sodass es sehr schwierig ist, dem Redner folgen zu können. Ich bitte Sie, entweder die Gespräche einzustellen oder außerhalb des Plenarsaals zu führen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Wenn wir hier zum Thema Pflege diskutieren und sagen, dass wir es als ein positives Signal empfinden, dass wir das

Thema auch weiterhin im Sozialausschuss diskutieren können, dann weiß ich nicht, warum Sie jetzt versuchen, hier eine Schärfe hineinzubringen. Wir haben das unsererseits beim Thema Pflege nicht getan, nicht in dieser Debatte und wir werden es auch weiterhin nicht tun.

Wir freuen uns, dass dieses Instrument auf Bundesebene geschaffen worden ist. Herr Krüger, das kann man dann auch einmal sagen, wenn Sie schon die Vorlage geben, dass wir es ausdrücklich bedauern, dass sich CDU und CSU lange geweigert haben, diesen Schritt zu gehen und dass es letztendlich auch CDU und CSU auf Bundesebene waren, die dafür gesorgt haben, dass die Fördermittel, die für diese Pflegestützpunkte in Höhe von 80 Millionen Euro bereitstehen, um 20 Millionen Euro auf 60 Millionen Euro gekürzt worden sind und dass zum anderen letztendlich auch eine bundeseinheitliche Regelung abgelehnt worden ist. Das war im Sinne der Betroffenen kein guter Weg, Herr Krüger. Deswegen sagen wir Sozialdemokraten – das kann ich noch einmal so sagen, dann sage ich SPD-Fraktion, wenn Sie damit keine Schwierigkeiten haben –, dass es nun gilt, dieses Instrument, das wir da geschaffen haben, auf Landesebene umzusetzen. Da wird es darauf ankommen, nicht neue Bürokratie zu schaffen, wie das der eine oder andere von CDU/CSU befürchtet hat, sondern auf Bewährtem aufzubauen. Dass es Bewährtes gibt, zeigt die erfolgreiche Anmeldung des Pilotprojektes aus Hamburg beim Bund, da ist nämlich das Hamburger Pflegetelefon angemeldet worden. Das Hamburger Pflegetelefon berät heute schon zentral Pflegebedürftige und Angehörige und ist auch ein gutes Beispiel dafür, was man Gutes in dieser Stadt machen kann, wenn man eine aktive Rolle als Sozialsenatorin spielen will. Eingerichtet wurde es 1999 von Sozialsenatorin Roth. Wir bedanken uns noch einmal recht herzlich für diese wunderbare Einrichtung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Es wird darum gehen, dass wir das, was auch im Koalitionsvertrag enthalten ist – und was wir durchaus anerkennen, Frau Gregersen –, nämlich dass sich Hamburg im Gegensatz zu einigen anderen CDU-Ländern dafür ausspricht, entsprechend Pflegestützpunkte einzurichten, dass dieser Absichtserklärung letztendlich Taten folgen. Wir müssen einen breiten Prozess einleiten. Wir müssen letztendlich all diejenigen beteiligen, die davon betroffen sind. Sie wissen, dass die Pflegestützpunkte wohnortnah, das heißt im Stadtteil, eine gute Beratung organisieren sollen, dass sie aber auch Pflege koordinieren sollen, dass sie soziale Netze schaffen und das Ehrenamt einbinden sollen. Das sind sehr komplexe Aufgaben. Da gilt es, auf vorhandene Strukturen zuzugehen oder sie aufzugreifen. Da gilt es, alle zu beteiligen, denn diese Reform und diese neuen Instrumente, die wir dort ein-

(Dirk Kienscherf)

setzen, werden die Pflege nachhaltig und auch langfristig beeinflussen. Von daher unser Antrag, dass wir sagen, wir sollten deutlich machen, dass wir das System der Pflegestützpunkte wollen – ich denke, das wollen Sie von der CDU und der GAL auch –, aber wir wollen einen transparenten Prozess und eine zügige Umsetzung, damit wir schnell dazu kommen, dass wir wohnortnah eine gute Beratung und eine gute Qualität der Pflege haben und dass wir letztendlich ein flächendeckendes Netz hinbekommen. Dafür setzen wir uns ein und würden uns freuen, wenn wir das im Sozialausschuss fortsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Krüger.

Harald Krüger CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich sehr erfreulich, dass das Interesse der SPD-Fraktion an diesem Thema so groß ist. Es ist nicht nur einer Ihrer ersten Anträge in dieser Wahlperiode, nein, er ist auch gleich von allen Abgeordneten unterschrieben worden. Das lässt mich hoffen, dass gesundheitspolitische Fragen oder auch das Thema Pflege bei Ihnen in Zukunft eine gewisse Bedeutung gewinnen wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es ist in guten Händen!)

In der Tat ist Hilfe für Pflegebedürftige ein wichtiges Thema. Bundesweit werden zurzeit jährlich etwa 200 Millionen Euro allein für die ambulante oder stationäre Pflege von Demenzzkranken aufgewandt. Die Tendenz ist weiter steigend. Die Betreuung und Pflege älterer Menschen und insbesondere Altersdementer wird sicherlich eine der großen sozialpolitischen Herausforderungen der Zukunft sein.

Der Hamburger Koalitionsvertrag trägt dem Rechnung. Ein Blick hinein hätte Ihren Antrag überflüssig gemacht. Die Bundesmittel werden – Sie haben ihn hoffentlich gelesen – vollständig abgerufen werden. Es sind dezentrale Standorte vorgesehen. Selbstverständlich braucht man dafür ein fachliches Konzept, das erarbeitet werden wird. Die Zusammenarbeit mit den in Hamburg sehr zahlreich vorhandenen Beratungs- und Selbsthilfeeinrichtungen in den Stadtteilen ist ebenso selbstverständlich wie die Einbeziehung von Pflegeanbietern unterschiedlicher Art und von den vielen ehrenamtlichen Initiativen. Daher wird auch die zusätzliche Möglichkeit, weitere Fördermittel von 5000 Euro pro Standort in Anspruch zu nehmen, genutzt werden können.

Die ursprüngliche Forderung von Frau Schmidt – Sie haben darüber gesprochen, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hinsichtlich der Höhe ge-

macht hat – nach flächendeckenden Pflegestützpunkten von jeweils 20 000 Menschen pro Standort sind glücklicherweise vom Tisch. Insbesondere für Hamburg wäre es völlig unsinnig gewesen, wenn wir 80 bis 90 Standorte gehabt hätten. Dass es bundesweit unterschiedliche Regelungen geben wird, ist eine sehr vernünftige Regelung. Sie trägt nämlich dem Rechnung, dass wir eine sehr unterschiedliche Anbieterlandschaft in dieser Republik haben.

Wir wollen für Hamburg eine unbürokratische, niedrigschwellige Lösung, wie sie übrigens auch der Deutsche Städtetag gefordert hat. Wir wollen keine zusätzliche oder neue Behörde, sondern wir wollen die Verantwortung unter dem Dach der Pflegekassen unter Einbeziehung aller anderen Akteure. Ohnehin soll das Pflegeangebot in Hamburg – auch das hätte Ihnen ein Blick in unseren Koalitionsvertrag gezeigt – ausgebaut und optimiert werden. Dazu gehört zum Beispiel die Nutzung von Fördermitteln für Modellprojekte innovativer Pflege- und Betreuungsangebote. Wir wollen – auch das halte ich für sehr wichtig – Dritte, die eigentlich zahlungspflichtig wären, zur Kofinanzierung heranziehen, um so weitere Mittel für die Menschen zu schaffen, die diese Pflege brauchen.

Wir wollen die Pflegeplanung und die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe weiterentwickeln, zum Beispiel durch Einführung einer Berufsordnung. Es nützt uns nämlich alles nichts, wenn wir Pflege propagieren, aber die Menschen nicht haben, die diese Pflege auch ausüben sollen. Wir wollen die kultursensible Pflege ausbauen, neue Wohnformen schaffen und viel in Qualitätssicherung stecken, zum Beispiel durch dichtere Kontrollintervalle.

Schon jetzt wird durch das Pflegetelefon Hamburg erprobt, wie nach telefonischer Kontaktaufnahme ein intensives Fallmanagement möglich ist und für die, die es interessiert, zum Mitschreiben: Unter der Nummer 2805 3822 erreichen Sie schon jetzt dieses Telefon jeden Tag. Das ist ein Projekt des Landespflegeausschusses und, Herr Kienscherf, ich muss Sie korrigieren: Es war nicht Frau Roth, die das Pflegetelefon eingeführt hat, sondern es sind die Akteure im Landespflegeausschuss gewesen. Es war zu der Zeit von Frau Roth. Aber nicht alles, was zurzeit eines Senators passiert, ist auch das Produkt dieses Senators.

(Dirk Kienscherf SPD: Es war Frau Roth, die es initiiert hat!)

– Nein, es ist vom Landespflegeausschuss initiiert worden, Herr Kienscherf. Das kann ich sehr genau sagen, weil ich seit vielen Jahren in diesem Gremium mitarbeite oder partizipiere. Herr Kienscherf, machen Sie sich einfach klug, lesen Sie nach, dann werden Sie es erfahren. Nicht mit fremden Federn schmücken.

(Harald Krüger)

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Aber das sehe ich Ihnen nach. Wir sind uns einig – und das ist das Schöne an der Botschaft –, dass dieses Pflegetelefon auch in Zukunft als zentrale Anlaufstelle für ganz Hamburg erhalten bleiben soll.

Mit diesem Landespflegeausschuss – vielleicht befassen Sie sich einmal damit, das sind nämlich die, die etwas tun – besteht bereits ein Gremium, an dem alle Akteure beteiligt sind.

Die zuständige Behörde wird sehr kurzfristig Gespräche mit den Kranken- und Pflegekassen führen. Sie wird die Bezirksamter, also die Sozialdienststellen einbeziehen und selbstverständlich werden ambulante Pflegeeinrichtungen sowie die Selbsthilfegruppen mit beteiligt werden, damit wir möglichst schnell das Ziel dieser Pflegestützpunkte realisieren.

Die ersten Gesprächsergebnisse, den Planungsstand und die konkreten Maßnahmen können wir dann gerne im Sozialausschuss diskutieren. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auf Überweisung auch zustimmen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Pflege bei CDU und GAL in guten Händen ist.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Frau Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stehe schon wieder hier. Dieses Mal habe ich den Hut der Pflege auf. Herr Krüger, natürlich hätte ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt, aber eigentlich finde ich es gar nicht so schlecht, dass die SPD den Antrag gestellt hat, denn man kann nicht oft genug über Pflege reden.

Pflege – das ist das Interessante an diesem Fachgebiet – geht letztendlich uns alle an. Irgendwie sind wir alle von ihr betroffen, manche früher, manche später. Ja, lachen Sie nicht, irgendwann werden wir alle dazu kommen. Keiner wird darum herumkommen, es sei denn, dass der Idealfall eintritt, aktiv bis zum Tod. Aber wir wissen alle, dass das nicht die Realität ist. Meistens sieht die Realität so aus, dass entweder wir ein Pflegefall werden oder – was auch passieren kann – wir werden anders mit Pflege konfrontiert, indem es sich plötzlich umkehrt und wir für die Eltern, die immer für uns gesorgt haben, sorgen müssen. Egal, wie wir es auch anfangen: Pflege geht uns alle an, wir können sich ihr nicht entziehen.

Ich wette, dass viele von Ihnen und nicht nur ich diese Erfahrungen gemacht haben, wie anstrengend das ist. Das hatte auch Herr Kienscherf zu Recht gesagt. Ich fand es im Übrigen sehr schön,

Herr Kienscherf, dass Sie auch anders können. Sie können ganz persönliche Töne anschlagen, Sie können ganz sachlich reden, ganz genügsam. Also, das gefiel mir richtig gut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GAL*)

Ich denke auch, dass es unsere politische Aufgabe ist dafür sorgen, dass die Angehörigen bei der Pflege eines Angehörigen oder eines Menschen nicht im Regen stehen gelassen werden. Die Anforderungen – und das ist uns allen klar –, die an pflegende Angehörige gestellt werden, sind enorm und übersteigen vor allen Dingen sehr, sehr oft die Kraft der Pflegeperson.

In vielen Fällen wird deswegen auch vorschnell ein Heimplatz für diese Menschen organisiert, weil – und das ist meistens der Grund – Wissen und Zeit für die Alternativen fehlen. Genau an dieser Stelle setzen in der Tat die Pflegestützpunkte an. Sie sollen Erleichterung und Hilfe bieten, vor allen Dingen bei der Planung.

Pflegestützpunkte sollen all die Angebote vernetzen und vor allen Dingen informieren. Es soll einen Pflegeberater geben, der zum einen berät und informiert, aber bei Bedarf auch die Koordination der einzelnen Schritte bis hin zur Inanspruchnahme der Pflege übernimmt. Das – und das können sich alle vorstellen, die schon einmal mit Pflege zu tun hatten – entlastet die Angehörigen extrem. Darum sind wir uns auch durchaus einig, dass wir in Hamburg Pflegestützpunkte brauchen. Wir haben das im Koalitionsvertrag ausführlich ausgeführt und die finanziellen Mittel werden von der Bundesebene abgerufen.

Apropos Bundesebene. Ein bisschen unglücklich ist es, dass es keine Regelung gibt, die die Länder verpflichtet, Pflegestützpunkte einzurichten. So werden wir keine bundeseinheitliche Regelung haben, sondern es liegt im Länderermessen und ich bin sehr froh, dass hier die schwarz-grüne Koalition darauf gleich reagiert und gesagt hat, in Hamburg brauchen wir das. Sinnvoller wäre es natürlich gewesen, das in ganz Deutschland einzurichten, denn pflegebedürftige Menschen gibt es in ganz Deutschland.

Ob wir nun für die Umsetzung der Pflegereform zwangsläufig einen Runden Tisch brauchen, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, sei einmal dahingestellt, aber alle Male ist es wichtig, über Pflegestützpunkte im Fachausschuss zu sprechen. Deshalb überweisen wir Ihren Antrag auch, denn es sind dabei natürlich mehrere Punkte interessant, zum einen die Wohnortnähe, die eingehalten werden muss, damit auch die Bürger das wohnortnah annehmen können, damit auch die Pflegepersonen und die Angehörigen dahingehen können. Die gewollten Kooperationen können nur durch die Dezentralität und die Ehrenamtlichen, die wir einbin-

(Christiane Blömeke)

den wollen, gewahrt bleiben. Da gibt es eine Menge zu bereden.

Ich will noch einen Punkt hervorheben, der noch nicht gesagt worden ist. Wir müssen auch darauf achten, dass die Pflegestützpunkte kultursensibel bleiben oder werden und auch für Migranten passend gemacht werden, denn Altersstrukturen und Pflege haben wir nicht nur bei Menschen mit einem deutschen Pass oder Deutsch sprechenden Menschen, sondern auch bei unseren Migranten in Hamburg. Es ist ganz wichtig, dass wir dem auch Rechnung tragen. Da müssen wir uns natürlich Gedanken machen, wie so etwas gestaltet wird.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei *Frank Schira CDU*)

Alles in allem, denke ich, wird sich die schwarz-grüne Koalition in Hamburg auf den Weg machen, die Pflege mit Leben zu füllen. Pflegestützpunkte, meine Damen und Herren, sind wirklich nur ein Baustein in einem Pflegekonzept, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Menschen mit Behinderung oder die alten Menschen, also generell die Menschen mit Pflegebedarf als Mitglieder der Gesellschaft wahrzunehmen, die eine Teilhabe benötigen und die eine Bereicherung unserer Gesellschaft sind und nicht immer nur als Last empfunden werden. Ich finde, das ist der Tenor, wie wir mit Pflege umgehen sollten, nicht zuletzt, weil sie uns alle betrifft, sondern weil wir immer irgendwie mit ihr konfrontiert werden. Es ist wichtig, die älteren Menschen oder die pflegebedürftigen Menschen nicht mehr als Last zu empfinden, sondern wirklich als das, was sie sind: Mitglieder unserer Gesellschaft, die ein Recht auf Teilhabe haben und so werden wir auch die Pflege in Hamburg gestalten.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus. Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Nebengespräche einzustellen oder außerhalb des Plenarsaals zu führen. – Vielen Dank.

Kersten Artus DIE LINKE: Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Einen Runden Tisch für die Schaffung von Pflegestützpunkten einzurichten, ist eine richtige Maßnahme, geht es doch darum, den Koalitionskompromiss aus Berlin so gut wie möglich umzusetzen, nachdem die Einrichtung der Pflegestützpunkte den Ländern überlassen wurde.

Dennoch möchte ich deutlich machen, dass es hier auch um die Verwaltung eines Mangels geht. Der Gesundheitsexperte der SPD, Karl Lauterbach, hat die Pflegestützpunkte ebenfalls als faulen Kompromiss bezeichnet.

Wichtig ist, dass es bei den Pflegestützpunkten eine Zieldefinition gibt, welche Aufgaben haben sie genau, denn zur Erfüllung der Aufgaben können sich die Träger auch Dritter bedienen. Wer soll das zum Beispiel sein? Was heißt das genau, wenn von Unabhängigkeit gesprochen wird? Wann kann man von Unabhängigkeit reden?

Positiv an den Pflegestützpunkten finden wir, dass nun eine flächendeckende Beratung erfolgen kann, die insgesamt besser und billiger werden kann, weil die Angebote eher auf die Bedürfnisse der zu Pflegenden abgestimmt werden könnten.

Aus unserer Sicht lösen aber Pflegestützpunkte, die wirklichen Probleme von zu Pflegenden, ihren Angehörigen und dem Pflegepersonal nicht. Es ist zum Beispiel nicht im Sinne der Betroffenen, dass Pflegekassen Verträge mit Einzelpflegekräften unterschiedlicher Qualifikationen abschließen können. Ganz geschickt wird nicht mehr von Pflegefachkräften, sondern nur noch von Pflegekräften gesprochen. Dumpinglöhne sind so programmiert. Daher gehört auch die Gewerkschaft ver.di an den Runden Tisch, die die Beschäftigten in der Pflege vertritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sollen Pflegestützpunkte wirklich unabhängig sein, gehören auch die Verbraucherzentrale und die Patientenvertretung mit an den Runden Tisch.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anne Kriechok SPD*)

DIE LINKE fordert zudem, über die beschlossene Reform der Pflegeversicherung hinaus vor allem eine Neudefinition des Pflegebegriffs, eine Überwindung des starren Pflegestufenmodells und die Verankerung der Pflegeversicherung als Rehabilitationsträgerin im SGB IX.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Außerdem sprechen wir uns weiterhin für die Einführung einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung aus. Die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Pflege ist aufzuheben. Sämtliche Einkommen sollen beitragspflichtig sein und mit einem einheitlichen Beitragssatz belegt werden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen insgesamt zur Hälfte an den Beiträgen für die Pflegeversicherung beteiligt werden, die auf Einkommen aus abhängiger Beschäftigung erhoben werden.

Kurzum: Die Pflegestützpunkte müssen neutral und unabhängig von Kostenträgern und Leistungserbringern arbeiten und müssen am Bedarf der Hilfesuchenden ausgerichtet sein. Dafür werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten stark machen und ich hoffe, dass wir einen breiten Konsens in dieser Frage finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/93 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Wir kommen zum Punkt 9 der Tagesordnung, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs 19/142 –]

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs 19/233 –]

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

– Drs 19/234 –]

Ich beginne mit dem Bericht 19/142. Zunächst zu Ziffer 1.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 127/08 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Die in den Ziffern 2 und 3 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Wer möchte das in Ziffer 4 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig erfolgt.

Nun zum Bericht 19/233. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Bericht 19/234, Ziffer 1. Auch hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter B an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Punkt 12 der Tagesordnung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Zukünftige Versorgung mit Postleistungen in Hamburg – Umwandlung von Postfilialen in Partneragenturen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Zukünftige Versorgung mit Postleistungen in
Hamburg - Umwandlung von Postfilialen in
Partneragenturen**

– Drs 19/103 –]

Wird Besprechung beantragt? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/103 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 13 a, Drucksache 19/379 Dringlicher Senatsantrag: Neustrukturierung der Behörden 2008.

**[Dringlicher Senatsantrag:
Neustrukturierung der Behörden 2008
– Drs 19/379 –]**

Wer möchte den Dringlichen Senatsantrag aus der Drucksache 19/379 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Reihe von Enthaltungen einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist wiederum einstimmig bei einer Reihe von Enthaltungen geschehen. Damit ist auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 19/256, Antrag der SPD-Fraktion: Erhalt des

* Siehe Anlage 2, Seite 233

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Hafendenkmals Wassertreppe 51 in der Billwerder Bucht.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Erhalt des Hafendenkmals Wassertreppe 51 in
der Billwerder Bucht
– Drs 19/256 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/256 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig geschehen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 19.52 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Thilo Kleibauer, Michael Naumann, Jana Schiedek und Carola Thimm

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Wahl von acht Mitgliedern und deren Vertreterinnen oder Vertretern
für die Kommission für Stadtentwicklung
- Drucksache 19/9 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Hans-Detlef Roock	108	90	12	6	0
Jörn Frommann	108	89	13	6	0
Jörg Hamann	108	85	14	8	1
Hans Lafrenz	108	92	10	6	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Bernd Capeletti	108	95	6	5	2
Dieter Dreyer	108	94	7	5	2
Thilo Kleibauer	108	93	7	6	2
Ekkehart Wersich	108	96	6	4	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Andy Grote	108	95	8	5	0
Martina Koeppen	108	99	4	5	0
Karin Timmermann	108	100	4	4	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Jan Balcke	108	97	6	3	2
Gunnar Eisold	108	94	8	3	3
Carola Veit	108	91	11	3	3
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Mitglied					
Horst Becker	108	97	5	6	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Martina Gregersen	108	94	7	4	3

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Wahl von zehn ehrenamtlichen Mitgliedern
und deren Vertreterinnen oder Vertretern
für die Kreditkommission
- Drucksache 19/14 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Dr. Volker Streu	109	96	6	7	0
Bernd Reichardt	109	95	7	7	0
Ove Franz	109	95	6	8	0
Thilo Kleibauer	109	94	9	6	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Rüdiger Kruse	109	61	8	5	35
Ralf Niedmers	109	60	10	4	35
Volker Ernst	109	65	6	4	34
Regina Möller	109	66	6	3	34
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Gesine Dräger	109	103	5	1	0
Elisabeth Kiausch	109	100	8	1	0
Erhard Pumm	109	98	9	0	2
Thomas Völsch	109	101	6	1	1
b) Stellvertretende Mitglieder					
Elke Badde	109	70	5	0	34
Dr. Mathias Petersen	109	66	8	0	35
Jürgen Schmidt	109	66	8	0	35
Ina Vogel	109	69	5	0	35
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Mitglied					
Jens Kerstan	109	96	8	5	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Detlev Grube	109	66	5	3	35
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Mitglied					
Dr. Joachim Bischoff	109	75	23	7	4
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dora Heyenn	109	49	19	5	36

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 4

**Wahl von 27 Abgeordneten für die Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg 2008
 - Drucksache 19/44 (Neufassung) -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Heiko Hecht	110	90	14	5	1
Hans-Detlef Roock	110	93	11	5	1
Jörn Frommann	110	93	11	5	1
Jörg Hamann	110	89	13	7	1
Hans Lafrenz	110	95	9	5	1
Barbara Ahrons	110	92	11	6	1
Wolfgang Beuß	110	96	7	6	1
Bernd Capeletti	110	95	9	5	1
Rüdiger Kruse	110	94	10	5	1
Olaf Ohlsen	110	95	9	5	1
Klaus-Peter Hesse	110	97	7	5	1
Thilo Kleibauer	110	94	9	5	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Dr. Monika Schaal	110	94	12	1	3
Anne Krischok	110	101	7	1	1
Carola Thimm	110	101	7	1	1
Martina Koeppen	110	100	7	1	2
Christel Oldenburg	110	100	7	1	2
Andy Grote	110	97	11	1	1
Jan Balcke	110	100	8	1	1
Ole Thorben Buschhüter	110	98	10	1	1
Gunnar Eisold	110	95	11	2	2
Thomas Völsch	110	99	7	1	3
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Horst Becker	110	98	5	6	1
Martina Gregersen	110	96	6	7	1
Jenny Weggen	110	97	5	7	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Dora Heyenn	110	67	30	10	3
Christiane Schneider	110	56	41	9	4

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 5

**Wahl von neun Mitgliedern für den
Beirat für politische Bildung
- Drucksache 19/45 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Andreas C. Wankum	109	90	11	6	2
Wolfhard Ploog	109	96	6	5	2
Karen Koop	109	97	6	4	2
Robert Heinemann	109	94	6	7	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Wilfried Buss	109	96	6	5	2
Ksenija Bekeris	109	100	5	3	1
Christel Oldenburg	109	100	6	2	1
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Linda Heitmann	109	98	4	6	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Christiane Schneider	109	51	37	11	10

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 6

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR)
der Europäischen Union
- Drucksache 19/46 -**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Roland Heintze	109	79	22	7	1

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 7

**Wahl von drei Mitgliedern für den Vergaberat
der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung
- Drucksache 19/47 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Hartmut Engels	110	90	8	11	1
Jenny Weggen	110	96	7	6	1
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Dr. Monika Schaal	110	94	11	3	2

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 8

**Wahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrates
der „Hamburger Stiftung Asien-Brücke“
- Drucksache 19/48 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Ekkehart Wersich	110	95	7	6	2
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Günter Frank	110	98	9	2	1

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 8a

**Wahl eines Mitglieds für die Kommission
zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung
des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
- Drucksache 19/ 393 -**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Kai Voet van Vormizeele	110	91	10	7	2

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 8b

**Wahl von zwei Mitgliedern für den Kontrollausschuss
zur parlamentarischen Kontrolle des Senats
auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes
- Drucksache 19/394 -**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Kai Voet van Vormizeele	110	92	9	7	2
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Antje Möller	110	100	5	3	2

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 8c

**Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium
nach dem Gesetz zur Umsetzung
von Artikel 13 Absatz 6 Grundgesetz
- Drucksache 19/395 -**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
Kai Voet van Vormizeele	110	91	10	7	2

Anlage 2**NEUFASSUNG**

**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 28. und 29. Mai 2008**

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
14	123	Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative, hier: Volksinitiative „Mehr Demokratie – Ein faires Wahlrecht für Hamburg“
18	200	Bericht über die Tätigkeit der Kreditkommission für das Jahr 2007

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
13	154	Fluglärmentwicklung und Umsetzung der Nachtflugbestimmungen am Flughafen Hamburg	SPD	Stadtentwicklungsausschuss
17	199	Unterrichtung der Bürgerschaft über die im Jahr 2007 durchgeführten Maßnahmen akustischer Wohnraumüberwachung	SPD	Kontrollgremium nach Art. 13 Abs. 6 GG
19	10	Jahresbericht 2008 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006	SPD	Haushaltsausschuss
20	11	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2006	SPD	Haushaltsausschuss
22	28	Neuregelung des Hamburgischen Strafvollzugswesens	GAL	Rechtsausschuss
29	436	Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes - Nichteinrichtung von Hauptschulklassen	GAL	Schulausschuss
30		Abänderungen von Überweisungen an den Verfassungsausschuss Aufhebung bisheriger Überweisungen an den Verfassungsausschuss und Überweisung dieser Drucksachen an folgende Ausschüsse:	CDU	
	29	Studiengebühren abschaffen	CDU	Wissenschaftsausschuss
	39	Studiengebühren	CDU	Wissenschaftsausschuss
	89	Studiengebühren, Moratorium für Exmatrikulationen wegen Nichtzahlung der Studiengebühren	CDU	Wissenschaftsausschuss
	30	Kindertagesbetreuung in Hamburg ab August 2008: kostenfreies Mittagessen und Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung	CDU	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
	25	Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein	CDU	Wirtschaftsausschuss
	24	Wiedereinführung eines Sozialtickets	CDU	Sozialausschuss
	115	Wiedereinführung eines Sozialtickets	CDU	Sozialausschuss
	12	Volkspetition „Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit“	CDU	Schulausschuss
	23	Kein Kohlekraftwerk in Moorburg	CDU	Umweltausschuss
	152	Exmatrikulationen wegen Studiengebühren sofort stoppen!	CDU	Wissenschaftsausschuss